



Bernd Hüttner/Christoph Jünke (Hrsg.)

VON DEN CHANCEN DER BEFREIUNG

DER 8. MAI 1945 UND SEINE FOLGEN

INHALT

Vorwort	2
Gerd-Rainer Horn Ein historischer Moment der Befreiung	4
Antifaschismus im Niemandsland des befreiten Westeuropas	
Christoph Jünke Antifaschistische Wirtschaftsdemokratie	19
Die moralische Ökonomie der unmittelbaren Nachkriegszeit	
Keno Ingwersen und Johanna Kornell Um die Mitbestimmung	26
Die westdeutsche Arbeiterbewegung nach 1945	
Gisela Notz Schulter an Schulter mit den Genossen	32
Die Schwierigkeiten des (Wieder-)Aufbaus sozialistischer Frauenarbeit nach 1945	
Julia Lis Zwischen Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsvisionen	38
Linkskatholische und linksprotestantische Positionen in der Nachkriegszeit	
Arno Klönne Die gesamtdeutschen internationalen Jugendtreffen 1946/47 und ihr Scheitern	45
Der Wunsch nach «Jugendeinheit» und die deutschlandpolitische Wirklichkeit	
Jörg Wollenberg Zur verhinderten Neuordnung im Bildungswesen nach 1945	52
Zum Weiterlesen	59
Die Autor*innen	62

VORWORT

Der 8. Mai 1945, der Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und des Endes des deutschen Nationalsozialismus, gehört zu den wenigen Jahrestagen, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur von Staats wegen, sondern von all jenen gewürdigt und begangen werden, denen ein wie auch immer geartetes politisches oder historisches Bewusstsein eigen ist. Das heißt natürlich nicht, dass dieser Tag von allen Menschen und Institutionen gleich gesehen wurde oder wird. Das erinnerungspolitische Interesse nahm durchaus verschiedene Formen an und setzte unterschiedliche Akzente – im Osten oder im Westen Deutschlands, in regierenden oder regierten, in herrschenden oder oppositionellen Kreisen, rechts oder links, in verschiedenen Schichten oder zu verschiedenen Zeiten. Das lange – und sicherlich nicht nur im Westen Deutschlands – vorherrschende Gefühl einer Niederlage ist schon seit Längerem einem breit geteilten Gefühl und Verständnis von Befreiung gewichen. Doch noch immer wird über die deutsche Schuld, ihre Ursachen und Folgen ebenso intensiv geschrieben und gestritten wie über den Charakter des NS-Regimes und sein vermeintliches Nachleben in der westdeutschen Demokratie und der ostdeutschen Republik. Die nicht ganz unwichtige Zeit vom Mai 1945 bis zur doppelten Staatsgründung 1949 jedoch, jene «eigenartige Latenz-Periode der ›Nicht-Geschichte‹»,¹ wird bei solchen Diskussionen im Allgemeinen ausgespart.

Am 8. Mai 1945 ist Europa eine schwer zerstörte Region, voller Flüchtlinge und traumatisierter Menschen. Was soll nun geschehen, wie soll die Zeit nach dem Ende des Nationalsozialismus gestaltet werden? In Europa haben sich in etlichen Ländern Widerstandsbewegungen organisiert, in Deutschland hingegen steht die Bevölkerung bis zum Schluss

vergleichsweise loyal zum Regime. Viele Deutsche erleben den 8. Mai deshalb auch nicht als Befreiung, sondern als Niederlage. Die demokratischen Kräfte sind vergleichsweise schwach, Deutschland und Österreich haben sich nicht von innen «befreit», sondern sind von außen «befreit» worden bzw. entstanden. Die Planungen vieler gewerkschaftlicher, sozialdemokratischer und sozialistischer, christlicher und auch demokratischer Gruppen vor allem im Exil, aber auch innerhalb Deutschlands, sahen tief greifende Maßnahmen vor. Konsens war, dass eine soziale Demokratie und auch ein sozialer Rechtsstaat ökonomische Strukturveränderungen erfordern. Ähnliche Ziele verfolgten anfangs auch progressive Kräfte unter den Alliierten, die sich bekanntlich auf den Nenner der vier großen D's bringen lassen: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demokratisierung.

All diese Ideen stießen aber auf ein unübersichtliches Kräftefeld und große materielle Not. Vor Ort musste das Leben organisiert werden. Die linken Akteur*innen² trugen die politischen Hypotheken der alten (Weimarer) Spaltung und noch mehr der Niederlage der Arbeiterbewegung im Nationalsozialismus mit sich; und sehr bald traten die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Siegermächte stärker in den Vordergrund: Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg begannen. Die machtpolitische Vereinnahmung der beiden Teile Deutschlands durch die zwei «Supermächte» und die prinzipielle Beibehaltung der mentalen und ökonomischen Strukturen, die auch den Nationalsozialismus ermöglicht hatten, inklusive der dazugehörigen Eliten in Staat und Wirtschaft, verunmöglichten in Westdeutschland weitergehende Reformen. Die SPD bewegte sich bis mindestens Ende der 1940er Jahre auf einem Linkskurs, pass-

te sich dann jedoch zunehmend an den neuen Geist an und transformierte sich in den 1950er Jahren von der Arbeiterpartei zu einer Volkspartei. Eine enge Zusammenarbeit mit der KPD lehnte sie von Beginn an ab. Die KPD wiederum war wegen ihres Ende der 1940er Jahre wieder deutlich engeren Verhältnisses zur russischen Besatzungsmacht nicht nur in der späteren DDR kompromittiert (Demontagen, Vergewaltigungen). Vom Kriegsende bis 1947/48 stand ein kleines Fenster für Reformen offen, danach begann die Restauration, insbesondere gegen die Frauen und gegen die Linke.

Gerade diese Zeit bis 1948 steht deswegen im Zentrum der vorliegenden Broschüre, die den gesellschaftspolitischen Hoffnungen und Sehnsüchten der damaligen Zeitgenoss*innen nachspürt. *Gerd-Rainer Horn* erinnert in seinem Beitrag an den europäischen Kontext auch der deutschen antifaschistischen Diskussionen und Aktionen des Jahres 1945. *Christoph Jünke* beschreibt den Übergang dieser «Antifa»-Komitees in den vor allem 1946/47 drängenden Versuch einer antifaschistisch gesinnten und das System des privatwirtschaftlichen «Monopol»-Kapitalismus transzendierenden Wirtschaftsdemokratie. *Keno Ingwersen* und *Johanna Kornell* widmen

sich diesen Anfängen eines zumeist vergessenen Arbeiterprotests, während *Gisela Notz* die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus einer explizit sozialistischen Frauenpolitik darstellt. *Julia Lis* wirft einen zumeist auch von Linken vergessenen Blick auf die gerade in diesen frühen nachfaschistischen Jahren so wichtige Rolle der christlichen Linken, vor allem in Form des sogenannten Linkskatholizismus. Am Beispiel der interzonalen Auseinandersetzungen einer gesamtdeutschen Jugendpolitik verdeutlicht *Arno Klönne* die schon 1947/48 manifesten innerdeutschen Spaltungen, *Jörg Wollenberg* erinnert an die Blockaden einer Erneuerung des deutschen Bildungswesens nach 1945. Hinweise auf wichtige und/oder empfehlenswerte Literatur für interessierte Leser*innen beschließen diese Broschüre.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Bernd Hüttner und Christoph Jünke

Bremen/Bochum, im März 2020

1 Hoffmann, Jürgen: Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur. Politische Soziologie der europäischen und der deutschen Geschichte, Münster 2009, S. 506. **2** Zur Verwendung des Gender-Sternchens in der vorliegenden Broschüre: Für Bezeichnungen von Gruppen, in denen Männer deutlich dominieren, wird nur die männliche Schreibweise verwendet, was nicht heißen soll, dass nicht auch zahlreiche Frauen zu den Mitgliedern gehörten. Häufig fehlen zudem die historischen Angaben zur geschlechterbezogenen Zusammensetzung dieser Gruppen.

Gerd-Rainer Horn

EIN HISTORISCHER MOMENT DER BEFREIUNG

ANTIFASCHISMUS IM NIEMANDSLAND DES BEFREITEN WESTEUROPAS

Es ist eine noch immer ungeklärte Frage, warum es dazu kam. Doch buchstäblich in den letzten Momenten des Zweiten Weltkriegs, als die US-amerikanische und die sowjetische Armee in Mitteldeutschland aufeinandertrafen, geschah das Unerwartete: Mehr als fünf Wochen, zum Teil bis zu sieben Wochen lang blieb ein von etwa 500.000 Menschen bewohnter Teil des deutschen Territoriums im Südwesten Sachsens von der US-amerikanischen und der sowjetischen Armee unbesetzt: Vom 8. Mai 1945 bis Mitte Juni 1945, zum Teil noch länger, wurden zwei Landkreise und zwei Städte (Aue und Schneeberg) – das Gebiet am Fuße des relativ industrialisierten Erzgebirges bis zur tschechoslowakischen Grenze, etwa auf halbem Weg zwischen Chemnitz und Karlsbad – sich selbst überlassen. Nahezu jede einzelne Gemeinde dieses Niemandslandes hatte gleich zu Beginn dieses ungewöhnlichen Moments eines militärischen und politischen Vakuums bei den Kommandeuren der westlich stationierten US-amerikanischen Einheiten darum gebeten, die Landkreise Stollberg und Schwarzenberg in die US-amerikanische Besatzungszone aufzunehmen, doch ohne Erfolg.

Faktisch waren einige Teile dieses halb ländlichen, halb industrialisierten Niemandslandes von US-amerikanischen Truppen befreit worden, die sich allerdings anschließend zurückgezogen und die verwirrte Bevölkerung sich selbst überlassen hatten. Auch die weiter östlich stationierten Einheiten der Roten Armee enthielten sich jeder Beteiligung an den Zivilangelegenheiten des Niemandslandes – bis Mitte Juni, als sie im Anschluss an die mit der

US-amerikanischen Seite geschlossene Vereinbarung über die Aufteilung der von ihnen eroberten mitteldeutschen Gebiete langsam begannen, Präsenz zu zeigen. Die Bewohner*innen¹ dieses Niemandslandes waren daher dazu gezwungen, die administrativen und politischen Herausforderungen der ersten Tage und Wochen nach der Kapitulation allein anzugehen.

Dieser merkwürdige Fall eines Niemandslandes bietet also eine verlockende Fallstudie darüber, was eine Bevölkerung zu tun beschließt, wenn sie gezwungen ist, ihr Leben selbst aufzubauen, wenn keine höhere Autorität anwesend ist, die ihnen sagt, was sie tun soll.

Die Republik Schwarzenberg

Etwa sieben Wochen lang wurde die Verwaltung des Niemandslandes zu einem Laborversuch der Selbstverwaltung. Natürlich waren die Umstände dieser erzwungenen Selbstverwaltung nicht gerade günstig. Paul Korb, das letzte überlebende Mitglied der neuen provisorischen Gemeindeverwaltung von Schwarzenberg, erinnerte sich 1995: «Im Schloss und in mehreren Schulen lagen etwa 1.000 verwundete deutsche Soldaten. In Gaststätten und Fabrikräumen hatten ungefähr 6.000 Flüchtlinge und Bombengeschädigte [wegen der Bombenangriffe auf das nur 60 Kilometer entfernte Dresden, Anm. d. A.] ihre Massenunterkünfte: Mehrere tausend Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter waren in den [Zwangsarbeiter-]Lagern [...] zusammengepfercht.»² Die Zerstörung von Häusern, öffentlichen Gebäuden und die damit zusammenhän-

genden Beeinträchtigungen des Zivillebens im Niemandsland waren zwar vergleichsweise begrenzt, aber die Herausforderungen der Organisation des täglichen Lebens und des Überlebens einer halben Million Menschen waren, wie man sich leicht vorstellen kann, nach zwölf Jahren Nationalsozialismus und sechs Jahren totalem Krieg vielfältig. Vor allem war die lokale NS-Verwaltung zunächst noch weitgehend intakt: «Noch am 9., 10. und 11. Mai marschierten geschlossene Einheiten der Wehrmacht in voller Bewaffnung durch Schwarzenberg. Die Macht der Nazis war hier nicht gebrochen. Doch begann die staatliche Ordnung sich aufzulösen. Es gab keine Lebensmittelversorgung mehr. Diebstähle und Plünderungen häuften sich. Abgelegenen Häusern und Bauernhöfen galten die Raubzüge vor allem.»³

In früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten hatte das Gebiet eine gewisse Industrialisierung durchlaufen. Entsprechend war die Arbeiterbewegung in der Gegend, die im Mai/Juni 1945 zum Niemandsland geworden war, bis 1933 relativ gut vertreten. Paul Korb fährt fort: «Was konnten wir Antifaschisten tun? Mit zwei Genossen sprach ich darüber am Vormittag des 11. Mai im [Schwarzenberger] Stadtteil Wildenau. Für den Nachmittag verabredeten wir eine Beratung im größeren Kreis. Im Wald bei Bermsgrün fanden wir uns dann zusammen, sechs Männer und zwei Frauen aus Schwarzenberg», zwei Sozialdemokraten, die anderen Kommunisten. «Unsere Beratung dauerte kaum eine halbe Stunde. Das Ergebnis hieß: Zurück in die Stadt! Weitere Antifaschisten mobilisieren und bewaffnen! Am Abend das Rathaus besetzen, die Gestapo-Dienststelle, das Wehrkreiskommando und das «Braune Haus» der NSDAP! Die Nazis entwaffnen und die führenden verhaften!»⁴ Etwa 100 bewaffnete Arbeiter drangen in dieser Nacht, gegen 22 Uhr, in das Rathaus ein und verhafteten die Polizisten und Mitglieder der bewaffneten Zivilgarde, einer vom Schwar-

zenberger NS-Bürgermeister in den letzten Stunden des «Tausendjährigen Reichs» geschaffenen Truppe. Am nächsten Tag, dem 12. Mai, wandte sich ein 15-köpfiger Aktionsausschuss, der schließlich als Antifaschistischer Aktionsausschuss bezeichnet wurde, in einem offenen Brief an die Bevölkerung der Stadt.

In den meisten größeren Orten des Niemandslandes wurden zwischen dem 8. und 15. Mai ähnliche antifaschistische Aktionskomitees gebildet. Gekrönt wurde dieses System einer gleichsam erzwungenen spontanen Selbstverwaltung von dem am 23. Mai mit Sitz in Schwarzenberg gebildeten zentralen Regional-Aktionsausschuss. Von Bedeutung ist, dass dieser Bezirks-Aktionsausschuss von den lokalen Aktionsausschüssen gewählt wurde und dass diese Selbstverwaltungsorgane das statutarische Recht behielten, den Schwarzenberger Koordinierungsausschuss zu kontrollieren und neu zu wählen.⁵ Die antifaschistische öffentliche Meinung vor Ort wurde von den Mitgliedern der verschiedenen lokalen Aktionskomitees vertreten, und dies waren vor allem Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberaldemokraten und Personen ohne parteipolitische Zugehörigkeit. Häufig wurde mit großer Sorgfalt darauf geachtet, dass eine ausgewogene Vertretung durch lokal präsente und aktive politische Organisationen gewährleistet war. Im wichtigen Bal lungszentrum Aue erhielten Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberaldemokraten bis Juni 1945 jeweils genau zehn Sitze im lokalen Aktionsausschuss.

Wo immer möglich versuchten die Aktionsausschüsse zunächst, mit den «alten» Stadtverwaltungen zusammenzuarbeiten, um sich der vielfältigen und drängenden Neuausrichtung der öffentlichen Ordnung und den damit verbundenen, scheinbar kaum zu bewältigenden Aufgaben zu stellen. Dennoch sahen sich die Komitees nach etwa zwei Wochen gezwungen, die meisten der alten Kommunal-

beamten von ihren wichtigen Machtpositionen abzulösen. Schon von Anfang an hatten die Aktionskomitees Exekutivbefugnisse in Bezug auf politische Entscheidungsfindung, Entnazifizierung und die Ersetzung kompromittierter Personen übernommen, sodass allmählich immer mehr Schlüsselpositionen von den neuen Behörden kontrolliert wurden. Der ehemalige (und zukünftige) sächsische Landesminister, der Sozialdemokrat Alfred Fellisch, beschrieb die politische Situation im Niemandsland gegen Ende Mai 1945 mit folgenden präzisen Worten: «In Ermangelung jeder Reichsregierung und oberer Behörden sind heute die Landratsämter oder die Bürgermeister in bezirksfreien Städten die einzigen autoritativen Behörden»; aber diese Behörden erhalten nun ihre «Verordnungs- und gesetzgebende Gewalt, bis zu einer später durch die Interalliierte Kommission bestimmten einheitlichen Verwaltung Deutschlands, durch die Aktionsausschüsse, die an die Stelle der früheren Bezirks- und Kreis Ausschüsse getreten sind. Der Aktionsausschuss ist jetzt der Träger der öffentlichen Gewalt, der Polizei und des verwaltenden Rechts. Seine Anordnungen verpflichten zum unbedingten Gehorsam. Seine Beschlüsse sind auch für den Landrat bindend.»⁶ Die Nähe dieses dichten Netzes von Aktionskomitees zu den Formen direkter Demokratie, die selbst nach zwölf Jahren des Nazi-Terrors aus dem noch lebendigen Gedächtnis früherer Traditionen der Arbeiterbewegung aufgerufen wurden, wird noch unterstrichen durch den an vielen Orten des Niemandslandes vorgenommenen Rückgriff auf General- und Vollversammlungen, auf denen zum Teil wichtige Entscheidungen gefällt wurden – wie beispielsweise die geheime Wahl eines neuen Bürgermeisters im Dorf Erla.⁷

Als die Alliierten Mitte Juni 1945 beschlossen, das Niemandsland der sowjetischen Besatzungszone zuzuordnen, war jedoch die Zeit der Aktionsausschüsse abgelaufen. Die sowjetischen politischen Entscheidungsträger

waren nicht viel geneigter als ihre westlichen Verbündeten, die die traditionellen Strukturen politischer und administrativer Hierarchien umgehenden und ihnen widersprechenden Experimente demokratischer Selbstverwaltung über das notwendige Minimum hinaus zu fördern oder auch nur zu tolerieren. Ab Mitte Juni 1945 wurden die Aktionskomitees ausgegrenzt und marginalisiert, wenn nicht sogar ganz aufgelöst. Führende Aktivisten wurden in die neu belebten traditionellen Verwaltungsstrukturen ihrer Orte integriert – meist in beratender Funktion. Einige Überreste ehemaliger Aktionskomitees überlebten noch mehr als ein Jahr lang. Doch nirgendwo haben sich die Aktionsausschüsse des Niemandslandes aktiv gegen ihre faktische Auflösung gewehrt,⁸ nicht zuletzt und ohne Zweifel wegen des klaren Bewusstseins ihrer völligen Isolation in einem Nachkriegsdeutschland, in dem die vier Alliierten die Macht innehatten.

Antifa-Ausschüsse in Deutschland

Das spontane Entstehen solcher Aktionskomitees war keineswegs eine Besonderheit des Niemandslandes. Der einzige Unterschied und das entscheidende Merkmal der sich auf Schwarzenberg konzentrierenden antifaschistischen Aktionskomitees im Erzgebirge waren, dass sie sozusagen aufgrund versehentlicher Vernachlässigung wirkliche lokale und regionale Machtpositionen einnahmen. Auch anderswo in Deutschland entstanden zum Zeitpunkt der Kapitulation bzw. Befreiung mit einer erstaunlichen und überraschenden Gleichmäßigkeit ähnliche Organe. Ihre Selbstbezeichnung unterschied sich von Fall zu Fall, doch genannt wurden und werden sie in der Regel «Antifaschistische Ausschüsse» oder «Antifa-Ausschüsse». Ohne deren damals zumeist marginale Rolle bei der Befreiung Deutschlands übertreiben zu wollen, war doch ihre Präsenz in unzähligen großen und kleinen Städten bemerkbar. Und das

politische Spektrum ihrer Mitgliedschaft war dem der Niemandland-Ausschüsse vollkommen vergleichbar. Vertreten war das gesamte Spektrum des antifaschistischen Untergrunds mit einem bemerkenswerten Übergewicht an Aktivisten, die zu den ehemaligen Volksparteien der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie und des Kommunismus vor 1933, gehörten. Immer wieder spielten dabei jedoch Personen aus der eher kleinen linkssozialistischen und dissidenten kommunistischen Tradition eine überproportional wichtige Rolle bei der Etablierung solcher Antifa-Ausschüsse. Ihre wirkliche Rolle beim Wiederaufbau des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Ordnung war fast immer marginal. Mit wenigen Ausnahmen – und abgesehen vom «Niemandland» – gingen ihre Entwürfe und manchmal weitgesteckten Ziele für den Moment der Befreiung/Kapitulation in allen vier Besatzungszonen des besiegten Deutschland weit über die engen Grenzen der politischen und militärischen Umstände hinaus. So betont Jeannette Michelmann die Ausnahmefälle der kleinen oder mittleren Städte Pirna, Schmiedeberg, Meißen und Waren als Orte, an denen die Antifa-Ausschüsse, wenn auch nur für kurze Zeit, traditionelle lokale Regierungsstrukturen effektiv ersetzt haben.⁹ Rebecca Boehling weist in ihrer wichtigen Studie über Frankfurt, Stuttgart und München im Moment der Befreiung insbesondere auf die Arbeit der dortigen Antifa-Ausschüsse hin, mit tendenziell vergleichbaren Beobachtungen zu Ursprung, Bedeutung und Niedergang solch embryonaler Regierungsformen, und schließt: «In allen drei Städten wurden die formalen Strukturen der Antifas ebenso spontan wie informell geschaffen. In keiner der drei Städte waren sie tatsächlich als Kommunalverwaltungen tätig, obwohl sie gelegentlich als Bezirksverwaltungen in Randgebieten wie Höchst, am Stadtrand von Frankfurt, Alte Haide in München, Gaisberg, Zuffenhausen oder Unter- und Obertürkheim in Stuttgart tätig wa-

ren. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Antifas in München, Frankfurt oder Stuttgart daran interessiert waren, die gesamte Stadtverwaltung zu übernehmen oder als Sowjets oder Räte nach dem russischen oder deutschen Vorbild von 1917 zu fungieren.»¹⁰ Laut Boehling operierten die Antifa-Ausschüsse in diesen Großstädten also ohne große gesellschaftspolitische Ambitionen, was sicherlich auf ihren Realitätssinn hinsichtlich des dort Möglichen verweist. In der Regel wurden diese Komitees buchstäblich in der Hitze der Schlacht des Moments der Befreiung/Kapitulation gegründet. Ihre Initiator*innen kannten sich oft aus informellen Kontakten während des nationalsozialistischen Jochs, wenn nicht bereits aus gemeinsamen Aktivitäten in den Tagen der Weimarer Republik. Doch nur selten, zumeist in den größeren Städten, entstanden solche Ausschüsse aus bereits vor der Befreiung bestehenden formalen Verbindungen ihrer führenden Mitglieder. Ihre Rolle im Vorlauf zur Befreiung war daher bestenfalls vernachlässigbar.

Dennoch lohnt es sich, einige außergewöhnliche Erfahrungen hervorzuheben, die mehr auf ungewöhnliche Umstände als auf bewusstes Design zurückzuführen sind und die ein schwaches Echo ähnlicher Aktionen vergleichbarer Ausschüsse in anderen Ländern darstellen. In Frankreich und Italien (und noch mehr in Griechenland und Jugoslawien) haben ähnliche Ausschüsse schon viele Monate, ja sogar Jahre vor der Befreiung mit einer unvergleichlich stärkeren lokalen und sozialen Verankerung in ihrer jeweiligen Bevölkerung den Kampf gegen die nationalsozialistische Besetzung und lokale Quislinge geführt [«Quislinge» wurden im Zweiten Weltkrieg jene «Verräter» genannt, die, wie der norwegische Politiker Vidkun Quisling, mit der deutschen faschistischen Besatzungsmacht kollaborierten]. Große Teile Frankreichs südlich der Loire und westlich der Rhône sowie der größte Teil Mittel- und Norditaliens, nördlich

von Florenz, wurden buchstäblich von Partisaneneinheiten befreit, die unter der politischen Führung von Befreiungskomitees (und im Gefolge der alliierten Siege anderswo) operierten. In Deutschland, wo es die politischen Umstände ebenso wie die Beschaffenheit des geografischen Geländes nicht zuließen, dass eine Situation aufkam, die den im Untergrund agierenden Widerstandsbewegungen jenseits des Rheins und der Alpen auch nur entfernt ähnelte, konnten die schwachen Verbindungen des Widerstands fast nie selbst auch nur davon träumen, eine effektive Rolle bei der militärischen Befreiung Deutschlands zu spielen. Es gibt jedoch einige Ausnahmen, die eine kurze Diskussion verdienen, da sie das Ziehen bestimmter Parallelen zwischen den antifaschistischen Aktionskomitees und ihren wesentlich mächtigeren und einflussreicheren Schwesterorganisationen im Süden ermöglichen. Die Literatur deutet darauf hin, dass solche Ausschüsse (oder das funktionale Äquivalent solcher Ausschüsse) in einigen wenigen Einzelfällen eine wirkliche Rolle bei der Befreiung einiger deutscher Städte gespielt haben. Peter Bukvič verweist auf die militärische Selbstbefreiung von Stollberg, einer der wichtigen Bevölkerungszentren im Niemandsland, durch die gemeinsamen Bemühungen zweier bereits bestehender Widerstandsgruppen in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1945, wobei die beiden Gruppen ihre Kräfte anschließend im Stollberger Aktionskomitee bündelten. Und natürlich kann die bereits beschriebene Machtübernahme durch das Schwarzenberger Aktionskomitee am 11. Mai als ein ähnlich mutiger Akt betrachtet werden. Ulrich Schröder verweist in einer anregenden Diskussion über die, wie er sie nennt, «regionalen Befreiungsbewegungen» in Südbayern und Österreich auf den spektakulären Erfolg eines lokalen Untergrundnetzes in Oberstdorf im Allgäu (besser bekannt als beliebtes Tourismusziel der Nachkriegszeit), das die lokale Macht bereits vor der Ankunft der alliierten Streitkräfte

ergriff. Im Laufe des Monats April 1945 war ein lokaler «Heimatschutz» von schließlich 200 Zivilist*innen neu geschaffen worden, der auch eine Reihe von dort stationierten deutschen Soldaten umfasste. In der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai 1945 besetzte dieser Heimatschutz wichtige strategische Punkte in Oberstdorf, verhaftete führende NS-Vertreter, nahm dann Kontakt zu langsam herannahenden französischen Militäreinheiten auf und organisierte den kampflosen Einzug alliierter Truppen nach Oberstdorf im Laufe des 1. Mai 1945. Rebecca Boehling macht auf eine ähnlich spektakuläre Aktion aufmerksam, nicht im provinziellen Oberstdorf, sondern in der bayerischen Landeshauptstadt München – eine Aktion jedoch, die nicht von Erfolg gekrönt war: In München übernahm eine Gruppierung verschiedener ziviler und militärischer Kreise, die Freiheits-Aktion-Bayern (FAB), in der Nacht vom 27. auf den 28. April 1945 die Radiosender im Münchner Raum und erklärte für die zwölf Stunden, die sie als FAB die Ätherwellen im Raum München kontrollierte, die Jagdsaison auf Nazi-Funktionäre für eröffnet. Zeitgleich mit der Befreiung des KZ Dachau führte die FAB-Agitation zu sympathisierenden Aufstandsaktionen in einigen Münchner Vororten, wurde schließlich jedoch brutal unterdrückt. Doch schlug selbst diese fehlgeschlagene Aktion Wellen. So betonte der Artikel eines Starjournalisten im einflussreichen US-amerikanischen Nachrichtenmagazin *The New Yorker* die FAB-Aktion und berichtete über die für ihn fast unglaubliche Tatsache, dass er irgendwo in Deutschland tatsächlich Deutsche gesehen habe, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazis riskiert hatten. Die erstaunlichste Selbstbefreiung einer deutschsprachigen Stadt fand jedoch in Innsbruck in Tirol statt. Der zunächst euphorisch von unzähligen Tiroler*innen unterstützte «Anschluss» 1938 hatte gegen Kriegsende viel von seinem Glanz verloren, und Ende April/Anfang Mai 1945 kam das Pech hinzu,

dass sich die letzten Paroxysmen der nationalsozialistischen Militärmacht in den Tiroler und Salzburger Alpen ereigneten. Von der Sinnlosigkeit militärischer Einsätze gegen alliierte Streitkräfte nur wenige Tage vor Kriegsende zunehmend überzeugt, zeigten immer mehr Tiroler*innen Sympathien mit einer Reihe von im Laufe der Zeit entstandenen Widerstandsgruppen. Am 2. Mai 1945 übernahmen militärische und zivile Mitglieder von Widerstandsorganisationen in einer Gemeinschaftsaktion die wichtigste Garnison der militärisch zentralen Stadt Innsbruck. Die regionalen nationalsozialistischen Kommandostrukturen wurden effektiv abgebaut und die führenden Offiziere verhaftet. Die lokale Polizei wurde ebenfalls unter das Kommando von Widerstandsaktivisten gestellt. Am 3. Mai 1945 gab es noch einige tödliche Gefechte mit SS-Einheiten in den Straßen der Stadt, aber bis 17 Uhr war die Stadt Innsbruck befreit, die größte Stadt im westlichen Drittel Österreichs. Als noch am selben Abend US-amerikanische Truppen nach Innsbruck einmarschierten, wurden die Straßen der Stadt mit Fahnen in den österreichischen Nationalfarben rot-weiß-rot geschmückt. Der offizielle Bericht der US-Infanteriedivision bringt die Überraschung und große Freude der alliierten Soldaten und Kommandanten zum Ausdruck: «Es war wie die Befreiung von Paris.»¹¹

Stefan Heym

Der merkwürdige Fall des Niemandslandes an den Nordwesthängen des Erzgebirges erlangte einen gewissen Bekanntheitsgrad aber erst, als der bedeutende deutsche Schriftsteller Stefan Heym, dessen Romane wichtige Aspekte der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts aufgreifen, im Jahr 1984 den utopischen Roman «Schwarzenberg» veröffentlichte: In diesem fiktiven Bericht über die besonderen Lokalereignisse in jenem kurzen Frühjahr überraschender Möglichkeiten des Jahres 1945 schildert

Heym die Geschichte der erfolgreichen Gründung einer demokratischen sozialistischen Republik in der von ihm bezeichneten «Republik Schwarzenberg» – ein augenzwinkerndes Märchen von einem dynamischen Beispiel für Selbstverwaltung und partizipative Demokratie, das auf die immanenten Möglichkeiten hinweisen soll, die das kurze Experiment des Niemandslandes veranschaulichen.¹²

Stefan Heym wusste nur zu gut, dass sich die tatsächliche Geschichte von seinem utopischen Gleichnis deutlich unterschied. Doch in anderen Teilen Europas, in Frankreich und Italien (auch in Griechenland und in Jugoslawien), erlebte dieser historische Moment der Befreiung weitaus bedeutendere Fälle lokaler Selbstverwaltung. Die mit den Antifa-Ausschüssen vergleichbaren Befreiungskomitees bildeten für einige Zeit – Tage, Wochen und manchmal sogar mehrere Monate – die wirksamen Organe einer Lokalregierung. An vielen Orten, in vielen Städten und sogar in französischen Großstädten wie Toulouse oder Marseille oder in den meisten großen Bevölkerungszentren in Norditalien (vor allem in Turin, Genua und Mailand) arbeiteten die traditionellen lokalen und regionalen Verwaltungsstrukturen oft Seite an Seite mit den dort agierenden Befreiungskomitees und den damit zusammenhängenden neu geschaffenen Institutionen, wie die in Frankreich sehr einflussreichen «Republikanischen Kommissare». Die Bürgermeister und Gemeinderäte, sogar Präfekten wurden anfangs zumeist von Befreiungskomitees ernannt (genau wie im nicht-fiktiven Fall des deutschen Niemandslandes). Und so wurden, bis zu einem gewissen Punkt, selbst die Regionalregierungen im Moment der Befreiung weitaus mehr von den neuen Selbstverwaltungsorganen geleitet und kontrolliert als umgekehrt.

Die ersten drei Romane Stefan Heyms waren ursprünglich in englischer Sprache geschrieben und veröffentlicht worden: Der junge Antifaschist Heym hatte Deutschland

Ende März 1933 hastig verlassen, auf Skiern im schneebedeckten Riesengebirge illegal die Grenze zur Tschechoslowakei überquert und schließlich in den Vereinigten Staaten eine neue Heimat gefunden. Als Mitglied einer Einheit der alliierten psychologischen Kriegsführung beteiligte er sich an der Invasion in der Normandie, der Befreiung von Paris und der Ardennenschlacht und erlebte den Tag der Befreiung an der Elbe. Anschließend arbeitete Heym in der Redaktion der deutschsprachigen Publikationen der Alliierten Militärregierung im Ruhrgebiet und in München. Sein dritter Roman «The Crusaders. A Novel of Only Yesterday» (dt. «Kreuzfahrer von heute und/oder Der bittere Lorbeer») wurde sein erster internationaler Erfolg. In «The Crusaders» greift Heym auf seine Erfahrungen aus erster Hand in der US-amerikanischen Armee 1944/45 zurück und verdeutlicht die Widersprüche einer *Befreiungsarmee*, die dazu bestimmt sei, fremde Länder zu *besetzen*. Und er haucht dabei den unterschiedlichsten Charakteren und Charakterfehlern von Offizieren und Soldaten, von kühnen und mutigen Soldaten bis zu Schwarzmarkt-Profiteuren Blut und Leben ein. Damit war Heym bestens vorbereitet und gut gerüstet, seinen utopischen Roman über jenes Niemandland zu schreiben, das zu einer demokratischen sozialistischen Kommune wurde. Obwohl ausdrücklich als Kommentar zur deutschen Geschichte – und keineswegs nur zur ostdeutschen Geschichte – konzipiert, kann dieser Roman (und sollte dies vielleicht auch) als eine Parabel auch für die ebenso bemerkenswerten wie wenig bekannten Geschehnisse des südlichen Europas gelesen werden.

Die frühen Phasen der Befreiung in Europa

Der erste bedeutende Teil Westeuropas, der von den Diktaturen der Achsenmächte befreit wurde, war Sizilien. Im Anschluss an zum Teil heftige Kämpfe gelang es britischen und

US-amerikanischen Truppen zwischen dem 10. Juli und dem 17. August 1943, die deutsche Armee über die Straße von Messina aufs italienische Festland zu vertreiben. Am 3. September 1943 begannen britische und kanadische Streitkräfte von Sizilien aus ihre Invasion Kalabriens. Am 9. September fanden zwei weitere alliierte Landungen statt: eine relativ kleine alliierte Truppe in Apulien und die Hauptinvasionstruppe in Salerno, südlich von Neapel. Die anschließende Befreiung des südlichen italienischen Festlandes wurde zu einem langen und kostspieligen Feldzug. Als die deutschen Truppen am Abend des 17. September 1943 den sardischen Boden in Richtung Korsika verließen, wurde Sardinien die zweite befreite Insel. Hatte die alliierte Invasion Siziliens begonnen, als Mussolini noch an der Macht war, stimmte der Große Faschistische Rat am 25. Juli 1943 – im Bewusstsein, dass die Tage der italienischen faschistischen Macht gezählt waren – dafür, Mussolini zu entlassen und zu verhaften, die Macht an König Victor Emmanuel III. und die effektive Kontrolle an General Pietro Badoglio zu übergeben. Vordergründig noch mit Deutschland verbündet, fanden nun Geheimverhandlungen mit den Alliierten statt, die in einem Waffenstillstandsabkommen endeten, das am 3. September 1943 heimlich unterzeichnet wurde. Am 8. September wurde der Waffenstillstand öffentlich verkündet, was unmittelbar, mit Ausnahme der bereits von alliierten Truppen befreiten Teile, zur sofortigen Übernahme Italiens durch deutsche Truppen führte, die die plötzlich neutralisierten italienischen Streitkräfte ersetzten. Diese «Operation Achse» war ein erstaunlicher militärischer Erfolg. Außer Teilen Kalabriens und Apuliens war Sardinien das einzige bedeutende Territorium Italiens, in dem sich die italienischen Truppen offen auf die Seite der Alliierten stellten, gegen die deutsche Präsenz kämpften und es so schafften, die Insel bis zum 17. September 1943 von der nationalsozialistischen Kontrolle zu befreien.

Der erste Teil französischen Territoriums in Europa, der von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit wurde, war, wie man manchmal vergisst, Korsika. Die Insel der Schönheit (Ile de Beauté) war, wie weite Teile Südostfrankreichs, seit November 1942 von Mussolinis Italien besetzt und verwaltet worden, und so wurde Korsika unter der Anwesenheit von nicht weniger als 85.000 italienischen Besatzungssoldaten aufgerieben, verstärkt ab Juli 1943 durch eine 12.000 Mann starke deutsche Truppe. Obwohl die Kommandeure der italienischen Truppen auf Korsika den Befehl erteilten, die deutschen Truppen nach der Absetzung Mussolinis als ihren Feind zu betrachten, wurde die Befreiung Korsikas vor allem von französischen Truppen durchgeführt. Sich über die Opposition General de Gaulles hinwegsetzend, der auf die Ankunft der alliierten Truppen warten wollte, führte General Henri Giraud, von Juni bis November 1943 Vizepräsident des französischen Komitees für Nationale Befreiung (CFLN), die Truppen der französischen Befreiungsarmee (AFL) in den Kampf gegen die Nazi-Truppen auf Korsika. Die AFL bestand aus französischen Truppen, deren Kommandanten sich in Nord- und Westafrika geweigert hatten, dem Vichy-Regime die Treue zu schwören. Unter Mitwirkung der noch immer auf korsischem Boden stationierten zahlreichen italienischen Soldaten führten die Truppen Girauds, darunter 6.600 Soldaten einer marokkanischen Infanteriedivision, vom 9. September bis zum 4. Oktober 1943 einen durch alliierte Luftangriffe unterstützten vierwöchigen Militärkampf gegen die deutschen Streitkräfte auf Korsika durch.

War Sizilien von alliierten Truppen befreit worden, waren es auf Sardinien italienische Truppen, deren Kommandanten gerade die Seiten gewechselt hatten, die die Insel befreiten. So trat nun auf Korsika ein völlig neues Phänomen auf: Die regulären Truppen der AFL unter der politischen Führung der CFLN waren nicht die einzigen Streitkräfte, die zur Befreiung Kor-

sikas beitrugen, als die letzten deutschen Soldaten in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1943 mit dem Boot von Bastia im Nordosten Korsikas aufbrachen. Ohne Zweifel spielte auch die militärische Aktivität der korsischen Widerstandseinheiten eine wichtige Rolle bei der Befreiung des ersten Territoriums des französischen Mutterlandes. Die Eröffnungssalve der korsischen Befreiung stellte am 9. September 1943 die Übernahme der Präfektur Ajaccio, der am Westufer gelegenen Hauptstadt Korsikas, dar. Die Organisation, die für den Angriff auf die Präfektur verantwortlich war, war das lokale Befreiungskomitee. Im Beisein ihrer Vertreter unterzeichnete der Präfekt von Vichy eine Vereinbarung über die Übergabe Korsikas an die CFLN. Seite an Seite mit den regulären Truppen der AFL nahmen die Widerstandseinheiten an dem vierwöchigen blutigen Kampf um die Befreiung Korsikas teil. Ajaccio war damit das erste bedeutende Bevölkerungszentrum in Westeuropa, das von Widerstandskämpfern befreit wurde, die sich in einem lokalen Dachverband, dem Comité de Libération (Befreiungskomitee), organisierten.

Eine vergleichbare Schlacht zur Befreiung eines bedeutenden Bevölkerungszentrums führten italienische Widerstandskämpfer vier heftige Tage lang, zwischen dem 27. und 30. September 1943, mit Nazi-Truppen in den engen Straßen und Hügelbezirken der drittgrößten Stadt Italiens, in Neapel. Die von alliierten Soldaten nach Norden zurückgedrängten deutschen Truppen waren von keinem Geringeren als Adolf Hitler selbst angewiesen worden, Neapel vor dem deutschen Rückzug und der Ankunft der alliierten Befreier vollständig zu zerstören. Die verzweifelten und heldenhaften Aktionen bewaffneter ziviler Aufständischer Ende September machten es aber unmöglich, den Plan der gezielten Zerstörung Neapels durchzuführen. Die «vier Tage von Neapel» wurden (vergleichbar dem durch AFL und korsische Widerstandskämp-

fer gemeinsam vorgenommen Feldzug zur Befreiung Korsikas) ein machtvoll und symbolisches Omen für die restlichen zwölf bzw. 20 Monate des Befreiungskampfes der beiden Länder, die im Mittelpunkt dieses Buches stehen: Italien und Frankreich. [...]»¹³

Antifaschismen

Antifaschismus hat sich in vielen Farben manifestiert. Als Realität und Begriff zuerst entstanden im Italien der 1920er Jahre, führte die beschränkte Reichweite dieses bis dahin einzig wirklichen Falls dazu, dass Antifaschismus – und Faschismus! – für einige Jahre ein eher marginales Phänomen für Beobachter*innen jenseits der Grenzen des italienischen Staates blieben. In den Worten eines scharfsinnigen, zeitgenössischen Analytikers, des österreichischen Sozialdemokraten Adolf Sturmthal: «Solange der Faschismus als rein italienische Entwicklung angesehen wurde, neigten ausländische Sozialisten dazu, die Schwarz-Hemden so zu betrachten wie neugierige Zuschauer seltsame Tiere eines Zoos betrachten: als interessante Exemplare, aber nicht als Wesen, die das eigene Leben beeinflussen könnten. Sie zu studieren könnte die menschliche Neugier befriedigen, würde aber wenig praktisches Wissen bringen».¹⁴ Außerhalb Italiens waren es italienische Auswanderer, oft antifaschistische Flüchtlinge, die die ersten zaghaften Diskussionen über die Bedeutung von Faschismus und Antifaschismus in die politischen Debatten ihrer Gastländer hineintrugen. Dieses Bild änderte sich erst mit dem anscheinend unaufhaltsamen Machtzuwachs der NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre. Aus einer unbedeutenden Fußnote der Weltgeschichte wurden Faschismus und Antifaschismus in vielen Ländern fast über Nacht zum Stadtgespräch. Was die Entschlossenheit antifaschistischer Analytiker und Aktivisten weiter stärkte, diesem Phänomen ernsthafte Aufmerksamkeit zu schenken, war der parallele Aufstieg faschistischer (oder anderer diktato-

rischer) Bewegungen und Ideologien in vielen anderen europäischen (und auch außereuropäischen) Kontexten.¹⁵

Nichtsdestotrotz konzentrierten sich Beobachter und/oder Aktivisten für einige Zeit vor allem auf verschiedene nationale Einzelereignisse, Prozesse und Konflikte. Die politischen Entscheidungsträger in den beiden einflussreichsten internationalen Verbänden der Arbeiterklasse, der (sozialdemokratischen) Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Kommunistischen Internationale, schauten aus internationaler und internationalistischer Sicht recht genau auf die zunehmende faschistische Bedrohung. Doch außerhalb dieser relativ geschlossenen Kreise der sozialdemokratischen und kommunistischen Welt haben sich Beobachter kaum ernsthaft mit dem Faschismus als einer mächtigen transnationalen Herausforderung beschäftigt. Erst im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) kam es zu einem internationalen antifaschistischen Bewusstsein. Die fast völlige Isolation antifaschistischer Kämpfer auf den brutalen Schlachtfeldern der iberischen Hochebenen – die einzigen Länder, die sich offen auf die Seite der republikanischen antifaschistischen Kräfte stellten und sie mit Waffen versorgten, waren die Sowjetunion (unter bestimmten Bedingungen, die sie an ihre Hilfe knüpften) und Mexiko – sorgte allerdings dafür, dass der Antifaschismus im größeren europäischen Theater der Militärkräfte weiterhin ein Nebenschauplatz blieb. Von vielen wurde der Spanische Bürgerkrieg letztlich nur als die jüngste Fortsetzung einer Serie von innenpolitischen Konflikten betrachtet, bei denen Antifaschisten gegen Faschisten und die mit diesen verbundenen Hilfstruppen kämpften. Eine solche politische Kurzsichtigkeit machte es den traditionellen politischen Eliten in Europa und der ganzen Welt viel leichter, sich von diesem Konflikt fernzuhalten. Die einzige wirkliche Neuerung des Spanischen Bürgerkriegs war die aktive Beteiligung von Zehntausen-

den nicht-spanischen Antifaschisten an einem Bürgerkrieg, der bis heute tiefe Spuren in der spanischen Gesellschaft und Kultur hinterlassen hat.

All dies änderte sich mit den Blitzsiegen der deutschen Streitkräfte gegen die Nachbarstaaten östlich und westlich von Oder und Rhein. Als das erschreckende Echo der kehligten deutschen Kommandos zu einem festen Bestandteil eines Großteils der kontinentaleuropäischen «Kulturlandschaft» wurde, wurde die nationale Befreiung vom Nazi-Joch zu einer transnationalen antifaschistischen Forderung. In den meisten Fällen war die anfängliche Motivation für den zivilen und bewaffneten Widerstand gegen den Nazi-Terror und die Besatzung in ganz Europa ohne Zweifel der Wunsch, die Kontrolle über das eigene tägliche Leben wiederzuerlangen und sein Bestes zu tun, um eine weniger konfliktreiche und schreckliche Zukunft für sein Dorf, seine Stadt, seine Region oder sein Land zu sichern. Doch im Laufe der Jahre, in denen die bedrückende und allgegenwärtige Nazi-Präsenz anhielt, begann sich die Einstellung vieler Antifaschisten allmählich, fast unmerklich zu ändern. Nachdem sie ihr Leben in gefährvollen Kämpfen gegen die Mächte der Unterdrückung und des Terrors eingesetzt hatten, begann sich der Wunsch, die nationalsozialistischen Lehnsherren loszuwerden, in den Wunsch zu verwandeln, auch dafür zu sorgen, dass solche Katastrophen ihre Gemeinschaften und Länder nie wieder treffen würden. Antifaschistische Aktivisten wollten nun nicht mehr nur Nazi-Truppen aus ihrem Heimatgebiet vertreiben. In zunehmendem Maße begannen sie vielmehr, ihren dringenden Wunsch und ihre feste Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, dass der innenpolitische und wirtschaftliche Unterstützungsapparat und die ideologischen und strukturellen Vorbedingungen der nationalsozialistischen Vorkriegsherrschaft im besetzten Europa ein für alle Mal

zu beseitigen seien. Die nationale Befreiung wurde zum notwendigen Schritt ihres Befreiungskampfes, aber nicht mehr zum einzigen Ziel. Auch die Macht der Trusts und Konzerne, der Hochfinanz und der traditionellen, durch die Vorteile der Kollaboration in Versuchung geführten politischen Eliten, wurden zum Aussterben verurteilt – natürlich nicht von jedem einzelnen antifaschistischen Aktivisten, aber von immer umfassenderen Kreisen der betroffenen Menschen. Der Antifaschismus nahm die zusätzliche Färbung der «sozialen Befreiung» von den Übeln der Vorkriegsgesellschaften und -wirtschaften an. Langjährige strukturelle Machtungleichgewichte wurden

Die nationale Befreiung wurde zum notwendigen Schritt ihres Befreiungskampfes, aber nicht mehr zum einzigen Ziel.

nun zunehmend für die Entstehung des Chaos verantwortlich gemacht, das zu Faschismus, totalem Krieg und Besatzung geführt hatte. 1944 und 1945 waren Antikapitalismus und Antifaschismus für viele zwei Seiten derselben Medaille, was sich auch darin ausdrückte, dass und wie kritische Einstellungen zur Macht der Trusts und Hochfinanz in die postfaschistischen Wahlprogramme selbst der traditionell konservativen politischen Gruppen Eingang fanden – selbst in Ländern, die von den verheerenden Auswirkungen des totalen Krieges weitgehend unberührt blieben.

So begann beispielsweise der politische Katholizismus in vielen Ländern, die Hoffnungen und Pläne eines «christlichen Sozialismus» plötzlich sehr ernst zu nehmen. Oft nahmen die frühen Triebe der Christdemokratie solch hybride Ideologien offen an, obwohl diese Einflüsse als wirkmächtig organisierte Minderheitstendenzen nur bis zum Ende der 1940er Jahre andauern sollten.¹⁶ Selbst in Großbritannien, wo keine deutschen Soldaten jemals Fuß

fassen konnten, errang die [sozialdemokratische] Labour Party im Juli 1945 einen Überraschungssieg über die Tories und Winston Churchill. Labour beförderte dann eine Reihe von Gesetzgebungsakten (die Einführung des nationalen Gesundheitssystems, des National Health Service, war nur *ein* Aspekt), die sozialstaatliche Programme zu einem integralen Teil der britischen Gesellschaftslandschaft der kommenden Jahrzehnte werden ließen. Ähnlich radikale, reformistische Sozialgesetze entstanden nach 1945 auch in anderen Ländern, beispielsweise der viel gepriesene und wichtige belgische Sozialpakt. Fast alle der in den europäischen Staaten nach der Überwindung des Nazi-Jochs und der Wiedererlangung der Souveränität erlassenen neuen Verfassungen verlagerten die politischen Parameter der Nachkriegsgesellschaft ebenfalls entschieden nach links. «Italien ist eine demokratische, auf die Arbeit gegründete Republik.» Dieser etwas verwirrende erste Artikel der italienischen Verfassung von 1948 wurde gezielt gewählt, um damit die zentrale Rolle des «gemeinen Mannes» in den Angelegenheiten der italienischen Republik nach 1945 zu unterstreichen. Nach der Befreiung ganz Westeuropas wurden bürgerliche Freiheiten und demokratische Rechte in den politischen und gesellschaftlichen Institutionen qualitativ ausgebaut. Mit Ausnahme der Schweiz erhielten die Frauen auch dort das volle Wahlrecht, wo sie ein Vierteljahrhundert zuvor noch nicht von der ersten großen Frauenrechtswelle profitiert hatten. Der gewaltige Beitrag der Frauen zur Befreiung Europas, insbesondere als Mitglieder ziviler und bewaffneter Widerstandsverbände, hatte ihre fortgesetzte Entrechtung politisch inakzeptabel und moralisch verwerflich gemacht.

Ein außergewöhnlicher Moment der Krise und der Chancen

Tatsächlich kann man den historischen Moment der Befreiung Westeuropas Mitte der 1940er Jahre als jenen Moment betrachten, in dem die sozialen und politischen Konturen der jeweiligen Zivilgesellschaften und der öffentlichen Meinung so weit links angesiedelt waren wie zu keinem anderen Zeitpunkt in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Zeit vor und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs – mit zwei russischen Revolutionen und einer Reihe davon inspirierter mitteleuropäischer Revolutionen, vor allem in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bayern – mag turbulenter gewesen sein. Und tatsächlich nahm die Welle der politischen Aufstände nach dem Ersten Weltkrieg dramatische Konturen an, auch jenseits der mitteleuropäischen Grenzen des Aktivismus. Fabrikbesetzungen zerrissen die italienische Gesellschaft 1919 und 1920 und auch in anderen westeuropäischen Ländern kam es zu anhaltenden sozialen und politischen Unruhen, wenn auch zumeist in geringerem Ausmaß. Die zweite Nachkriegszeit mag deswegen, auf den ersten Blick, als ein im historischen Vergleich weniger konfliktträchtiger Moment des 20. Jahrhunderts erscheinen: Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es keine westeuropäische Revolutionswelle. Sicher gab es damals in den Balkanstaaten große politische Umwälzungen, die zu Revolutionen in Jugoslawien und in Albanien führten. Und nur die konzertierten Bemühungen der britischen und (später) der US-amerikanischen Militärintervention haben dafür gesorgt, dass Griechenland nicht den Beispielen seiner nördlichen Nachbarn folgte.

Der eigentliche Grund für das Fehlen einer offenen revolutionären Herausforderung im Westeuropa der Jahre 1943 bis 1948 war das Fehlen quantitativ relevanter, offen revolutionärer politischer Kräfte.

Doch die Balkanstaaten verströmten nicht die gleiche, international inspirierende Ausstrahlung auf westeuropäische Radikalaktivisten wie Russland, Deutschland oder Italien etwas mehr als ein Vierteljahrhundert zuvor. Mehr noch wog das Gewicht des Stalinismus schwer, das in den Fällen Jugoslawien, Albanien und Griechenland von großer Bedeutung war und bei vielen radikalisierten europäischen Antifaschisten als zusätzliches Element der Vorsicht und Sorge diente. Gleichermaßen wirkte das negative und zunehmend verabscheuungswürdige Beispiel des Stalinismus in weiten Teilen des unter sowjetischer Kontrolle stehenden Osteuropas als starke Abschreckung gegen einen weitreichenden Systemwandel.

Der eigentliche Grund für das Fehlen einer offenen revolutionären Herausforderung im Westeuropa der Jahre 1943 bis 1948 war jedoch das Fehlen quantitativ relevanter, offen revolutionärer politischer Kräfte. Die ohne Zweifel einflussreichsten transnationalen Kräfte eines solchen radikalen Wandels im antifaschistischen Lager, die verschiedenen kommunistischen Parteien, operierten damals unter der strengen Aufsicht des sowjetischen Kontrollzentrums. Und die Sowjetunion hatte bekanntlich und mit aller Konsequenz, zumindest seit dem Sieg des Stalinismus in den 1920er Jahren, als das oberste Ziel das Überleben des Sowjetstaates und nicht die Weltrevolution ausgerufen. Seit dem nationalsozialistischen Bruch des Molotow-Ribbentrop-Paktes am 22. Juni 1941 war sie Teil der alliierten Kriegskoalition und vermied frontale Herausforderungen ihrer Kriegspartner auch, als es zu Streitigkeiten über die Konturen der Nachkriegsgesellschaften in den auf der Konferenz von Jalta vorgenommenen Einflussphären kam. Tatsächlich haben sich, im Westeuropa der Jahre 1944/45, auch die an Moskau orientierten kommunistischen Parteien oft moderateren Positionen verschrieben als ihre sozialdemokratisch-sozialistischen Konkur-

renten – von hybriden Formationen wie der italienischen Aktionspartei mal abgesehen. Diese Politik der Mäßigung wurde durch die den Parteiführern in westeuropäischen Staaten anvertrauten Missionen kraftvoll verstärkt. Palmiro Togliatti und Maurice Thorez waren in dieser Hinsicht nur die Spitze des Eisbergs. Die kommunistischen Parteiführer erhielten die Aufgabe, die radikalen Strömungen und Meinungen innerhalb ihrer Parteien – locker organisierte Tendenzen, die in der vorangegangenen Periode einer unter strenger nationalsozialistischer Herrschaft erzwungenen lokalen Autonomie stark an Bedeutung und Popularität gewonnen hatten – einzudämmen. Und dass die Gefühle an der Basis nicht unbedingt im Einklang standen mit dieser von oben vorgeschriebenen Politik einer Bremsung sozialer Bewegungen, wurde in den vorangegangenen Kapiteln dieses Buches¹⁷ mehr als einmal angedeutet.

Zwei Traditionsstränge der kommunistischen Bewegung haben dazu beigetragen, den überraschend glatten Weg zu einer umfassenden, wenn auch zunächst eher zögerlichen Akzeptanz der vom Kreml vorgegebenen mäßigen Ratschläge zu ebnen. Von Beginn an war der demokratische Zentralismus ein Merkmal der kommunistischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg. Waren auch die «demokratischen» Impulse zunächst genauso ausgeprägt wie die «zentralistischen» Restriktionen, so wurde der «demokratische Zentralismus» seit Beginn der 1920er Jahre praktisch zunehmend mit einem großen Z statt mit dem großen D angewandt. Die kommunistischen Mitglieder, auch ihre radikalsten Basisaktivisten, wurden so in einer Form von Kommunismus erzogen, der auf Konformität mit vermeintlich kommunistischen Entscheidungen setzte. Unnötig zu erwähnen, dass die Vorherrschaft der stalinistischen Version von «demokratischem Zentralismus» von Beginn an, spätestens jedoch ab Ende der 1920er Jahre, die Verwandlung der Kommunistischen Internationale von einer

ehemals internationalen Vereinigung nonkonformistischer Revolutionäre in eine neue, zunehmend klosterähnliche Einheit weiter verstärkte.

Die zweite, die Akzeptanz einer gemäßigten Vorgehensweise durch kommunistische Parteien in ganz Westeuropa erleichternde Tradition des kommunistischen Aktivismus war die kommunistische Erfolgsgeschichte eines in jenen Jahren (annähernd) konsequenten und entschlossenen antifaschistischen Engagements – im Falle Italiens immerhin zwei Jahrzehnte der Illegalität und des Exils. Unter unzähligen Umständen und selbst in den dunkelsten Stunden faschistischer Herrschaft und Terrors hatten Kommunisten ihre antifaschistische Legitimität bewiesen. Als der Mo-

Es gab auf dem ganzen Kontinent machtvolle soziale Basisbewegungen, die eine Herausforderung für das Fortbestehen des privatwirtschaftlichen Marktprinzips darstellten.

ment der Befreiung in Sichtweite kam, war es deswegen für kommunistische Aktivisten fast unmöglich, sich radikale antifaschistische Aktionen außerhalb jener Strukturen kommunistischer Parteien vorzustellen, für die sie sich so lange mit großem Aufwand eingesetzt hatten.

Zusammengenommen haben diese beiden Muttermale kommunistischer Politik im Zweiten Weltkrieg, im Kontext der 1944/45 von Moskau verordneten Orientierung der kommunistischen Parteien auf Kompromisse mit den Alliierten und bürgerlichen Kräften in den jeweiligen befreiten Ländern, dafür gesorgt, dass der Moment der Befreiung nicht zu aus dem kommunistischen Lager kommenden frontalen Herausforderungen für die Wiederherstellung der Vorkriegssozialordnung in Westeuropa führte. Im Moment der Befreiung waren die politischen Parteien ganz allgemein

der Aufgabe nicht wirklich gewachsen, Westeuropa von den Zwängen und Gefahren einer Neuausrichtung auf freie Marktwirtschaft und Privatinitiative zu befreien. Und doch gab es auf dem ganzen Kontinent machtvolle soziale Basisbewegungen, die eine real existierende Herausforderung für das Fortbestehen des privatwirtschaftlichen Marktprinzips als einer vermeintlich magischen Lösung auch für die Dekadenz und die Turbulenzen der modernen Politik in der zweiten Nachkriegszeit des 20. Jahrhundert darstellten.

Bislang jedoch gibt es keine bedeutenden geschichtswissenschaftlichen Werke, die versuchen, die in der europäischen Gesellschaft während der Befreiung tatsächlich bestehenden sozialen Auseinandersetzungen auf transnationaler Ebene nachzuvollziehen. Meiner Meinung nach gibt es nur eine einzige Publikation in Buchlänge, die bisher versucht hat, auf das immanente Potenzial und das Versprechen des kontinentalen, ja globalen Moments von

1944/45 hinzuweisen: Doch trotz all seiner vielen Verdienste beschränkt Fernando Claudin seine kritische Sicht in seinem in den 1970er Jahren veröffentlichten Meilenstein über die kommunistische Bewegung von der Komintern zur Kominform fast ausschließlich auf den politischen Bereich.¹⁸ Für Claudin ist es vor allem der «Verrat» der politischen Führung des kommunistischen Lagers, mit dem eine Chance zur grundlegenden Neuausrichtung der europäischen Gesellschaft und Politik vertan worden ist. Was er jedoch weitgehend unthematisiert lässt, sind die Voraussetzungen eines solchen radikalen Wandels. Dass die europäischen Gesellschaften zu einer grundlegenden Kurskorrektur «objektiv» bereit waren, betrachtet er als Glaubensartikel. Diese wichtige Frage wird auf den Seiten seines Buches – das bis heute, 50 Jahre nach seiner ersten Veröffentlichung, die umfassendste

kritische Globaldarstellung des historischen Moments der Befreiung Mitte der 1940er Jahre ist – kaum wirklich angesprochen oder mit Belegen untermauert. Über den sich auf die hohe Politik konzentrierenden Claudin hinausgehend habe ich deswegen versucht, die Durchgängigkeit radikaler Gefühle auf der Ebene des europäischen Basisaktivismus am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit bildhaft zu unterstreichen. Die Parteipolitik, obwohl eindeutig von entscheidender Bedeutung, geriet konsequenterweise in den Hintergrund meiner Untersuchung jener beiden westeuropäischen Fälle, in denen solche massiven Verschiebungen nach links am deutlichsten sichtbar und spürbar waren: Italien und Frankreich. Nachdem ich mich zunehmend von der letzten Endes vorrangigen Rolle massenbasierter sozialer Bewegungen und ihrer manchmal eher ephemeren Strukturen überzeugt hatte, hielt ich es für notwendiger, konkrete Einblicke in die radikalen Basis-Tendenzen und -Empfindungen zu geben, anstatt noch eine weitere Geschichte des «Verrats» und des «Rückzugs» politischer Akteure zu erzählen. Mehr als andere verkörperten die Befreiungskomitees in der historischen, von 1943 bis 1948 andauernden Phase der Befreiung in Westeuropa die Versprechen dieses besonderen historischen Moments von Krisen und Chancen. Befreiungskomitees waren die wichtigsten institutionellen Instrumente für tief greifende soziale und politische Veränderungen, und wenn es eine radikale, den Moment der Befreiung untermauernde Dynamik gab, dann lag ein solcher Mechanismus in diesen auffällig wenig erforschten institutionellen Innovationen und

den mit ihnen verbundenen Prozessen und politischen Kräften.

Natürlich sind die Befreiungskomitees kein Zauberstab: Sie waren voller Widersprüche und Beschränkungen, und sie arbeiteten unter mehrfachen Restriktionen – was letztlich auch dafür sorgte, dass sich ihre Bemühungen scheinbar in Luft auflösten. Doch meiner Meinung nach sind die in ihrer täglichen Arbeit zum Ausdruck kommenden Stimmungen – und dies nicht nur in den außergewöhnlichen Momenten einsetzender Revolten, beispielsweise der Versammlungen von Vizille und Valence oder in den Operationen der unzähligen Befreiungskomitees norditalienischer Fabriken – der Grund für meine Überzeugung, dass die zweite Nachkriegszeit in Westeuropa mindestens potenziell ebenso subversiv (oder, je nach Sichtweise, vielversprechend) war wie die Revolutionszeit der Jahre 1917 bis 1923. Es wäre deswegen ausgesprochen lehrreich und ergiebig für eine transnational vergleichende Forschung, die Mechanismen und Dynamiken zu untersuchen, die sich aus den institutionellen Innovationen der beiden radikalen Perioden von 1917 bis 1923 und 1943 bis 1948 ergeben. Meiner Meinung nach kommen die Befreiungskomitees in vielerlei Hinsicht (und trotz der unverkennbaren Unterschiede) dem in der früheren Phase allgegenwärtigen Phänomen der Räte (oder «Sowjets») sehr nahe.

Bei dem hier veröffentlichten Text handelt es sich um den Prolog und das Schlusskapitel von Gerd-Rainer Horn: «The Moment of Liberation in Western Europe. Power Struggles and Rebellions, 1943–1948», Oxford University Press, Oxford 2020. Wir danken Oxford University Press für die freundliche Erlaubnis der Übersetzung und Veröffentlichung. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Christoph Jünke.

- 1** Zur Verwendung des Gender-Sternchens in dieser Broschüre siehe Fußnote 2 auf S. 3. **2** Korb, Paul: Der Antifaschistische Aktionsausschuss in Schwarzenberg, in Czerny, Jochen (Hrsg.): Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1997, S. 28. **3** Ebd., S. 32. **4** Ebd., S. 32 f. **5** Bukvič, Peter: Antifaschistische Selbsthilfe im Westerzgebirge, in: Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland, S. 93 u. S. 108. Vgl. auch Michelmann, Jeannette: Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone, Köln 2002, S. 250. Die detaillierteste Studie über das Niemandsland bietet Pritchard, Gareth: Niemandsland: A History of Unoccupied Germany 1944/45, Cambridge 2012, Kapitel 2. Das empirisch wertvolle Buch wird allerdings durch die weder begründete noch belegte Behauptung beeinträchtigt, dass «die Antifas weder demokratisch waren noch auf einem echten Maß an bürgerschaftlichem Engagement der Bevölkerung beruhten» (S. 217), eine Behauptung, die auch bei anderen Fällen solcher Selbstverwaltung von Pritchard gern wiederholt wird. **6** Zit. nach: Schwarzenberger Zeitung, 2.6.1945, in: Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland, S. 302 f. **7** Gross, Werner: Von den Anfängen der Forschung, in: Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland, S. 70. **8** Czerny, Jochen: Ein (un-)passendes Beispiel. Die DDR-Geschichtsschreibung über das Antifa-Regime, in: Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland, S. 207. **9** Michelmann: Aktivisten der ersten Stunde, S. 250. **10** Boehling, Rebecca: A Question of
- Priorities: Democratic Reform and Economic Recovery in Postwar Germany, New York 1996, S. 165. **11** Schröder, Ulrich: Die regionalen Befreiungsbewegungen in Südbayern und Österreich, in: Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976, S. 609. **12** Heym, Stefan: Schwarzenberg, München 1984. Auch Volker Braun, ein anderer bekannter literarischer Dissident Ostdeutschlands, veröffentlichte einen weiteren fiktiven Bericht über diesen Fall: Braun, Volker: Das unbesetzte Gebiet, Frankfurt a. M. 2004. **13** Horn, Gerd-Rainer: The Moment of Liberation in Western Europe. Power Struggles and Rebellions, 1943–1948, Oxford 2020. Bei dem hier veröffentlichten Text handelt es sich um den Prolog (der Text bis hierhin) sowie (folgend) das Schlusskapitel dieses Buches. **14** Sturmthal, Adolf: The Tragedy of European Labor 1918–1939, New York 1943, S. 180. **15** Vgl. Horn, Gerd-Rainer: European Socialists Respond to Fascism: Ideology, Activism and Contingency in the 1930s, Oxford 1996. Eine neue Paperbackausgabe erscheint 2020 bei Oxford University Press. **16** Vgl. Horn, Gerd-Rainer: Western European Liberation Theology, 1924–1959: The First Wave, Oxford 2008, v. a. Kapitel 3: «The Politics of Left Catholicism in the 1940s'», S. 110–174. **17** Horn: The Moment of Liberation in Western Europe. **18** Claudin, Fernando: Die Krise der Kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform [1970], 2 Bde., Berlin 1977.

Christoph Jünke

ANTIFASCHISTISCHE WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

DIE MORALISCHE ÖKONOMIE DER UNMITTELBAREN NACHKRIEGSZEIT

Mit der Kriegswende bei Stalingrad 1943 brachen sich auch die politischen Hoffnungen und Sehnsüchte großer Bevölkerungsteile Europas auf ein Ende des Faschismus Bahn. In ganz Europa stritt man bald für eine moralische Erneuerung, für eine neue moralische Ökonomie, die auf Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit, auf einer demokratisch geplanten Ökonomie und auf neuen Formen von sozialer Demokratie fußen sollte. Und geprägt wurden diese Hoffnungen und Sehnsüchte von einem allgemein vorherrschenden, sozialistisch anmutenden aufklärerischen Humanismus. Allgemein sozialistisch war dieser Geist, weil die bürgerliche Klasse mitverantwortlich gemacht wurde für den Faschismus, weil die Tradition der Arbeiterbewegung als antifaschistisch anerkannt wurde und weil der Kampf um die Erneuerung der Demokratie wesentlich als ein Kampf um die soziale Ausweitung und Vertiefung der Demokratie verstanden wurde. Allgemein humanistisch war dieser Geist, weil solcher Sozialismus nicht als klassenkämpferischer nur des Proletariats daherkam, sondern als klassenübergreifender, aufklärerisch-humanistischer verstanden wurde – weil er auf ein Bündnis mit wesentlichen Teilen des Bürgertums abzielte.

Die kommunistischen Parteien in Europa hatten im antifaschistischen Kampf Respekt und neuen Zulauf erfahren, die Sozialdemokratie war nach links gerückt und nicht selten kam es zu Formen direkter Zusammenarbeit zwischen beiden – ebenso wie mit bürgerlichen Parteien. In vielen osteuropäischen Ländern und in manchen westeuropäischen waren die Kommunisten¹ zur dominierenden Kraft politi-

scher Opposition geworden, in vielen westeuropäischen Ländern erlebte die Sozialdemokratie einen neuen Aufstieg. Kommunistische Mehrheiten zeichneten sich nicht nur in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, Albanien, Bulgarien und Griechenland ab, sondern auch in Frankreich und Italien. Sozialdemokratische Mehrheiten existierten in den skandinavischen Ländern, in Belgien, den Niederlanden und vor allem in Großbritannien – wo die sozialdemokratische Labour Party im Juli 1945 die britischen Unterhauswahlen mit einem auf umfangreiche gemeinwirtschaftliche Vergesellschaftung und einen umfassenden Sozialstaat setzenden Programm erstmals in einem hoch entwickelten Industrieland die Mehrheit der Wahlbevölkerung gewonnen hatte.

Selbst in Deutschland, wo der Nazi-Faschismus gründliche Arbeit geleistet und die erstmals mächtige deutsche Arbeiterbewegung nachhaltig zerschlagen und desorientiert hatte, wo die Arbeiterschaft bis in die letzten Wochen und Tage der Nazi-Herrschaft ohnmächtig, zersplittert und bewegungsunfähig geblieben war, finden sich vergleichbar weitreichende Tendenzen. Im Übergang von der Zusammenbruchskrise zur Besatzungspolitik, das heißt in den Monaten März bis Mai 1945, bildeten sich in ganz Deutschland lokale und betriebliche Organisationszusammenhänge, in denen alte Kader der Arbeiterbewegung – Kommunisten, Linkssozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter – Ausschüsse und Komitees unterschiedlicher Größe und Bedeutung formierten. Sie ergriffen Sicherheitsmaßnahmen gegen die Nazi-Politik der verbrannten Erde, kollaborierten mit dem mi-

litärischen Feind und gingen in Betrieben und Verwaltungen gegen bekannte Nazis vor – in der Regel in Form von Enteignungs- und Straf-Arbeitsaktionen. Sodann begannen sie mit Aufräumarbeiten, beispielsweise mit der Bergung und Bestattung von Toten, und mit Reparaturarbeiten an Wohn- und Produktionsstätten. Sie schützten diese vor Plünderungen und organisierten die Verteilung von Lebensmitteln und Brennmaterial, von Wohnraum und Kleidung und versuchten darüber hinaus, Einfluss auf die noch bestehende kommunalpolitische Verwaltung zu nehmen. Und wie selbstverständlich stellten sie die Kommandogewalt der Unternehmenseigentümer und Betriebsführer partiell infrage und setzten den alten Achtstundentag, die Fünftagewoche und

der die Zusammenbruchskrise gemeinschaftlich statt individualistisch oder klientelistisch zu lösen versuchte».² Sie formten eine spontane Selbsthilfe- und Demokratisierungsbewegung, die improvisiert, selbsttätig und basisdemokratisch aktiv wurde und dabei eine dezentrale, flexible Struktur aufwies sowie Politik und Ökonomie untrennbar vermischte. Doch einmal mehr in deutschen Landen wurde dem kräftigen Demokratieimpuls von unten kein Raum gegeben. Schon im Frühsommer 1945 waren die meisten der Ausschüsse – West wie Ost – wieder aufgelöst «oder doch ihrer Wirkungsmöglichkeiten weitgehend enthoben, und ihr Absterben hinterließ kaum Spuren».³

Die Hoffnungen auf einen umfassenden gesellschaftlichen Neubeginn versandeten allerdings nicht sofort. Sie übertrugen sich in die sogenannte zweite Phase des Wiederaufbaus.

andere soziale Verbesserungen wieder durch. Diese antifaschistischen Komitees – oder «Antifa-Ausschüsse», wie sie zumeist genannt wurden – organisierten in der Regel kaum «Bürgerliche» und schon gar keine breiten Volksmassen. Es waren vielmehr erste originäre Vertretungsformen der Arbeiterschaft (mit zum Teil durchaus Tausenden Mitgliedern und Zehntausenden Anhänger*innen), getragen und geführt von einer qualifizierten Minderheit der alten Arbeiterbewegung – von Leuten also, die zumeist noch in der Weimarer Zeit politisch und gewerkschaftlich sozialisiert worden waren und die den Nazi-Faschismus überlebt hatten, ob im Zuchthaus oder KZ, ob im Widerstand oder im privaten Rückzug. In diesen Antifa-Gruppen organisierte sich, wie es einer ihrer Historiker formulierte, «der am wenigsten demoralisierte, der sozial aktivste und der am entschiedensten demokratische Teil des deutschen Volkes,

Es waren ihre gesellschaftliche Marginalität und ihre politisch-strategische Konzeptionslosigkeit – auch dies Folgen nicht zuletzt von zwölf Jahren faschistischer Diktatur –, die sie zur Ohnmacht verdammt. Ausschlaggebend waren allerdings die neuen Besatzungsmächte, die aus Angst vor unkontrollierbaren Arbeiterinitiativen die Antifa-Aktivitäten massiv beschränkten und innerhalb weniger Wochen entweder zu rein untergeordneten Hilfskräften der eigenen Mängelverwaltung degradierten oder ganz verboten – «Revolution wird nicht geduldet!», so ein britischer Major im April 1945 zu einem Zechenvertreter der Gelsenkirchener Bergwerks-AG.⁴ Entsprechend wurde es ein kurzer Frühling deutscher Selbsttätigkeit, und einmal mehr blamierte sich die Idee, wo sie von den Verhältnissen und vom Interesse geschieden war, denn: «Aus der Sicht der Westmächte drohte jede revolutionäre Bewegung eine antikapitalisti-

sche Richtung zu nehmen, so dass die Gefahr einer national-dirigistischen Wirtschaftspolitik und der Wiedererrichtung einer gesamtdeutschen Staatsgewalt in außenpolitischer Anlehnung an die Sowjetunion bestand. Aus der Perspektive der UdSSR gefährdete eine potentielle deutsche Revolution die Einheit zwischen den Siegermächten und damit nicht nur die durch den Krieg erworbene Einflussphäre in Osteuropa, sondern auch den für die UdSSR lebenswichtigen Frieden, stellte die Reparationsentnahmen in Frage und schwächte die Führungsrolle der Sowjetunion innerhalb des internationalen kommunistischen Lagers.»⁵

Die sich in den «Antifas» machtvoll ausdrückenden – und vom kollektiven Gedächtnis wie der Geschichtswissenschaft lange Zeit vernachlässigten – Hoffnungen und Sehnsüchte auf einen umfassenden gesellschaftlichen Neubeginn nach der Katastrophe des Faschismus versandeten allerdings nicht sofort. Sie übertrugen sich vielmehr – und auch dies ist bis heute nur unzureichend aufgearbeitet worden – in die sogenannte zweite Phase des Wiederaufbaus, in den langsamen und von den Alliierten kontrollierten Wiederaufbau der alten Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen, und prägten deren politisch-programmatische Vorstellungen bis Ende der 1940er Jahre, zum Teil noch bis weit in die 1950er Jahre hinein.

Hatten sich die deutschen (und europäischen) Kommunisten 1944/45 betont gemäßigt gegeben und vor allem eine antifaschistische (Volksfront-)Demokratie gefordert, waren die Sozialdemokraten weiter gegangen und sprachen offen vom Sozialismus als einer unmittelbaren Tagesaufgabe. Kurt Schumacher, der unbestrittene Führer der westdeutschen Sozialdemokratie, wurde nicht müde zu betonen, dass die Demokratie erst in einem wirklich sozialistischen Deutschland gesichert sei. Der Sozialismus als eine unmittelbare Tagesaufgabe, das hieß für Schumacher

und seine Sozialdemokraten damals noch die Überwindung des vorwiegend privatwirtschaftlichen Systems durch eine umfassende gemeinwirtschaftliche Neuordnung. Und wie dies aussehen konnte und sollte, das hat Viktor Agartz, der nach Schumacher zweite Mann der westdeutschen Sozialdemokratie, im Übergang der Jahre 1945/46 ausgearbeitet und öffentlichkeitswirksam propagiert.

Auf dem ersten SPD-Parteitag im Mai 1946 begründete Agartz seine von der SPD breit getragene Forderung nach einer «Sozialistischen Planwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat». Sein Neuordnungskonzept knüpfte zwar an die alten Weimarer Forderungen nach einer sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Wirtschaftsdemokratie an, ging aber nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ über diese mit dem Namen Fritz Naphtali verbundenen Programmdiskussionen hinaus. Anders als einstmals angedacht, wollten Agartz und die SPD nun nicht nur die *praktische Verfügungsgewalt* über das Privateigentum an gesellschaftlichen Produktionsmitteln *schrittweise* angreifen, sondern dieses Privateigentum selbst, zumindest in den modernen Schlüsselindustrien, aufheben – und zwar *unmittelbar*. Die neue Sozialdemokratie, so Agartz, lehne die alte sozialdemokratische Ansicht von 1918 ab, «dass ein Scherbenhaufen nicht sozialisiert werden könne».⁶ Entsprechend fasste er solcherart «neue Wirtschaftsdemokratie» nicht nur *arbeitsrechtlich* und *sozialpolitisch*, sondern auch und vor allem als eine *gesellschaftspolitische* Aufgabe, die auf eine sofortige und vollständige formale Gleichberechtigung von Lohnarbeit und Kapital in allen wirtschaftspolitischen Selbstverwaltungsorganen abzielte und einen *unmittelbaren, sofortigen* Prozess umfassender Sozialisierung und einen expliziten Bruch mit den Prinzipien kapitalistischer Gewinnmaximierung zugunsten eines Primats gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung einleiten sollte. Bedeutete die auf eine originelle Mischung aus Verstaatlichung

und Vergesellschaftung setzende Sozialisierung der ökonomischen Schlüsselindustrien einen wirklichen Bruch mit der privatwirtschaftlichen Form des modernen Finanz- und Monopolkapitals, sollte das kleine und mittlere Eigentum an Produktionsmitteln zwar aufrechterhalten, aber durch neue Formen der Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle in seinem kapitalistischen Charakter nachhaltig entschärft werden.

Eine solche die Gesamtgesellschaft durch öffentliche Planung und Lenkung (vor allem der Preis-, Lohn- und Steuerpolitik) regulierende «Sozialistische Planwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat» brach zwar mit dem alten reformistischen Gradualismus, mit der alten sozialdemokratischen Strategie eines langsamen «In-den-Sozialismus-HineinwachSENS». Sie brach jedoch *nicht* mit der klassenübergreifenden Strategie des Reformismus, der im organisierten Kapitalismus auf die Zusammenarbeit mit bürgerlich-liberalen Kräften setzte. Diese widersprüchliche Originalität der damaligen wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen ist weder damals noch später wirklich verstanden worden. Auch die vom klassenübergreifenden antifaschistischen Geist getragenen linken Sozialdemokraten sahen im unternehmerischen Management und in den bürgerlich-liberalen Politikern gleichsam natürliche Bundesgenossen einer modernen Wirtschaftsdemokratie «jenseits des Kapitalismus» (Paul Sering).⁷ Entsprechend wollten sie im aufklärerisch-humanistischen Gestus und zum Wohle der gemeinsamen Nation auch hier zu einer sozialpartnerschaftlichen Versöhnung von Lohnarbeit und Kapital bzw. zu einem neuartigen technokratischen Management kommen. Dies unterschied sie ebenso nachhaltig von den Kommunisten wie ihre Vorstellung, dass eine solche gemeinwirtschaftliche Planwirtschaft nicht in Form einer Planwirtschaft bürokratischer Eliten, sondern in der Form einer öffentlichen Planung und Lenkung durch den demokratischen Rechts-

staat einerseits und durch paritätisch besetzte Vorstände, Aufsichtsräte und Selbstverwaltungsorgane (vor allem die Industrie- und Handelskammern) andererseits vonstattenzugehen habe. Gerade dieser zweite Aspekt, die Sozialisierung weniger in Form einer Verstaatlichung als vielmehr in Form einer die Unternehmerschaft korporativ einbindenden Sozialpartnerschaft anzugehen, grenzte sich nachhaltig vom kommunistischen Ostblocksystem ab, von jenem, wie es bei Agartz heißt, zentralistischen Staatskapitalismus in Form einer marktlosen Wirtschaft.⁸

Dass die von Agartz propagierte und in die sozialdemokratische Nachkriegsprogrammatik nachhaltig eingegangene Idee einer wirtschaftspolitischen Neuordnung mehr war als nur unverbindliche Programmatik oder das übliche sozialdemokratische Sonntagsgerede, das verdeutlichte Agartz, nachdem er Anfang 1946 von der britischen Besatzungsmacht zum Leiter des in Minden ansässigen Zentralamtes für Wirtschaft, zum sozusagen ersten deutschen Nachkriegswirtschaftsminister gemacht worden war und diese Ideen in die Tat umzusetzen versuchte. Um die Produktion wieder anzukurbeln und die hungernde und frierende Bevölkerung wenigstens mit dem Nötigsten zu versorgen, experimentierte man in Minden mit einschneidenden Planungs- und Lenkungsmethoden und versuchte, Ernst zu machen mit einer paritätischen Umwandlung der bis dahin von der Unternehmerschaft getragenen Industrie- und Handelskammern, denen damals eine führende Rolle bei der Rekonstruktion der Wirtschaft zukam.

Da dies einem direkten Angriff auf die wirtschaftspolitischen Selbstverwaltungsorgane der westdeutschen Unternehmerschaft gleichkam, gingen Agartz' wirtschaftsliberale Freunde aus Handel und Industrie, mit denen er in diesen ersten Nachkriegsjahren nachweislich eng zusammengearbeitet hatte, abrupt auf Distanz zu dem nun öffentlich angefeindeten ranghöchsten westdeutschen

Wirtschaftspolitiker. SPD und Gewerkschaften antworteten darauf im Herbst 1946 mit einer massiven Politisierung der ersten (regional abgehaltenen) Wahlkämpfe der Nachkriegszeit, in denen die SPD offen vor der Rückkehr der alten prokapitalistischen Kräfte warnte. Sie machte ihre weitere politische Mitarbeit von verbindlichen Zusagen hinsichtlich einer Reihe von Forderungen abhängig, unter anderem davon,

«dass ein gerechter Lastenausgleich erfolgt, der die Sachwerte im gleichen Umfange heranzieht wie den Geldbesitz;
dass die Sozialisierung der Grundstoff-Industrien, der Energiewirtschaft, der Verkehrsunternehmen, der Banken und der Versicherungsgesellschaften und eine durchgreifende und produktionsfördernde Agrarreform durchgeführt werden;
dass die deutsche Wirtschaftsverwaltung an der über die Kohlenwirtschaft und Eisenindustrie verhängten Kontrolle maßgebend beteiligt wird;
dass das Sozialprodukt gerechter verteilt wird, wozu es einer Neuordnung der Löhne und Preise bedarf;
dass den Sozialrentnern, Kriegsoptionen und Opfern des Nationalsozialismus eine ausreichende Rente gesetzlich gesichert und das unsagbare Flüchtlingselend gemildert wird;
dass die Besatzungsmächte mit der Politik der Demontage und der Zerstörung von Material und Anlagen aufhören, aus denen eine Friedensindustrie aufgebaut werden könnte;
dass eine ausreichende Ernährung gesichert und ein Ausgleich der Ernährung zwischen Stadt und Land durchgesetzt wird [...];
dass über die bisherigen Ankündigungen hinaus das hungernde Volk vor der Kälte durch verstärkte Hausbrandversorgung geschützt wird;
dass alle zentralen Verwaltungen demokratisch kontrolliert werden. [...]

Diese Forderungen sind die Voraussetzungen für eine Änderung unserer unerträgli-

chen Lage. Wir fordern das deutsche Volk auf, sich zu entscheiden: gegen einen neuen kapitalistischen Umweg, der zu neuen Krisen, Katastrophen und Kriegen führen wird – für einen sozialistischen und demokratischen Neuaufbau Deutschlands.»⁹

In den folgenden Wochen und Monaten kam es zu einer (von den Besatzungsmächten mediatisierten) Auseinandersetzung zwischen den innenpolitischen und sozialen Antagonisten, die eine zum Teil spontane, zum Teil organisierte Sozialbewegung zur Folge hatten, die auf Streikbewegungen und Hungermärsche, auf öffentliche Mobilisierungen und Verhandlungen setzte und sich im anschließenden Hungerwinter von 1946/47 noch zusätzlich verschärfte. Hatten die sozialdemokratischen Gewerkschafter den Briten noch im Herbst 1946 weitgehende Zugeständnisse in Sachen Sozialisierung und Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie abgetrotzt, machte die US-amerikanische Besatzungsmacht ihre gestiegene Bedeutung geltend, als sie sich im Januar 1947 offen gegen den Mindener Verwaltungsamtsleiter Agartz stellte. Lucius Clay, der stellvertretende Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone, stellte öffentlich klar, dass man es dem zweiten Mann der deutschen Sozialdemokratie nicht erlauben werde, seine sozialistischen Pläne in der westdeutschen Industriewirtschaft durchzusetzen: «Dr. Agartz will not be allowed to use his office for the purpose of introducing socialism», zitierte ihn die *New York Herald Tribune* und ergänzte, dass Agartz der Zeitung gegenüber bestätigt habe, dass seine Wahl dem Zweck der Durchsetzung der Sozialisierung der Schwerindustrie diene. Zur gleichen Zeit verabschiedete die CDU gerade ihr berühmt-berüchtigtes Ahlener Programm, in dem sich selbst die Konservativen, aus christlicher Verantwortung, zu einem gemeinwirtschaftlichen Antikapitalismus bekannten. Auch hier gingen nationale und internationale Zuspitzung weitgehend parallel. Zu Beginn

des Jahres 1947 standen die griechischen Kommunisten vor dem Sieg im Bürgerkrieg, und die Lage in Italien und Frankreich, wo es ebenfalls starke kommunistische Parteien gab, radikalisierte sich. Selbst die britischen Labour-Linken machten damals gegen die Rückschläge ihrer sozialdemokratischen Parteiführung mobil. Die Reaktion der Herrschenden, allen voran der neuen Weltmacht USA, ist bekannt: Die Verkündung der sogenannten Truman-Doktrin im März 1947 bedeutete die politisch-militärische Kampfansage der «freien Welt» gegen die «kommunistische Gefahr», während die im Mai erstmals angekündigte Marshallplan-Hilfe diesen Kampf auch wirtschaftspolitisch und finanziell unterstützen sollte. So kam es zur endgültigen Polarisierung der ehemaligen Alliierten, zum «Kalten Krieg» der Supermächte und zur Spaltung der europäischen Politik. Die kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Belgiens wurden im Frühjahr 1947 aus ihren einflussreichen Regierungspositionen verdrängt, Agartz' Mindener Verwaltungspolitik von der bizonalen Militärregierung juristisch ausgebremst, er selbst im Mai aus dem Amt gedrängt. Die Gewerkschaftsbewegung spaltete sich in den folgenden Monaten sowohl international als auch in Deutschland – wo die gesamtdeutschen gewerkschaftlichen Interzonenkonferenzen 1948 endgültig scheitern sollten.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen und kurz bevor Agartz sich gesundheitsbedingt zurückziehen musste, einigte sich die postfaschistische deutsche Arbeiterbewegung auf der vierten gesamtdeutschen Interzonenkonferenz aller Gewerkschaftsorganisationen am 8. Mai 1947 (anlässlich des zweiten Jahrestages der deutschen Kapitulation) auf eine programmatische Erklärung. In dieser letzten gesamtdeutschen und strömungsübergreifenden Erklärung traten die sozialdemokratischen und christlichen ebenso wie die kommunistischen Gewerkschafter aus

West- und Ostdeutschland entschieden für einen demokratischen und gemeinwirtschaftlichen Sozialismus ein und forderten zu diesem Zweck die sofortige Umsetzung folgender Maßnahmen:

«1. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der baldigst die politische folgen muss.

2. Der Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft, Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute.

3. Die Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung und Aufbau eines Systems von Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. In diesen Organen sowie bei der Kontrolle des zentralen Amtes müssen die Gewerkschaften in voller Gleichberechtigung vertreten sein.

4. Die Erhöhung der Industrieproduktion Deutschlands für den friedlichen Bedarf über den vom Kontrollrat vorgesehenen Umfang hinaus, um die Versorgung des deutschen Volkes zu verbessern und die Wiedergutmachungsansprüche erfüllen zu können. Die Demontage von Industrieanlagen, die hierzu dienen können, muss eingestellt werden.

5. Die Aufstellung und Durchführung eines Export- und Importplanes sowie die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft mit dem Ziele, die wirtschaftliche Selbstständigkeit Deutschlands wiederherzustellen. Größere Auslandskredite für Rohstoffe und Lebensmittel sind auf absehbare Zeit dazu notwendig.

6. Die Durchführung einer Bodenreform in Verbindung mit der Aufstellung eines einheitlichen Landwirtschaftsplanes zur restlosen Bebauung und besseren Ausnützung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Mitwirkung von Selbstverwaltungsorganen der Landwirtschaft unter angemessener Beteiligung der Gewerkschaften ist dabei sicherzustellen. Die Erfassung der für die Volkser-

nahrung notwendigen Agrarprodukte muss nach einem einheitlichen Ablieferungsplan mit einer durchgreifenden Kontrolle der Durchführung gewährleistet werden.

7. Die Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform für ganz Deutschland nach erfolgter wirtschaftlicher Einheit. Mit der Reform muss ein gerechter Lastenausgleich unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen sowie eine tiefgreifende progressive Vermögensabgabe verbunden werden. Sachwerte und Geldvermögen sind dabei sicherzustellen.»¹⁰

Dies waren die zentralen programmatischen Vorstellungen nicht nur der Antifa-Bewegungen des Jahres 1945 gewesen, sondern auch die der SPD, der Gewerkschaften und der meisten Kommunisten und Christlich-Sozialen bis 1947/48. Sie können nicht nur als der letzte gesamtdeutsche Versuch eines gemeinwirtschaftlich-sozialistischen Übergangsprogramms, sondern geradezu als Quintessenz der moralischen Ökonomie der postfaschistischen Arbeiterbewegung betrachtet werden – einer moralischen Ökonomie, die zuerst nachhaltig behindert und schließlich erfolgreich verhindert wurde durch die sich mit den westlichen Besatzmächten verbündende politische Ökonomie der sich in Konrad Adenauer und Ludwig Erhard verkörpernden Konservativen und Liberalen.

Waren also die großen Weichen der Nachkriegszeit mit dem Sommer/Herbst 1947 zwar gestellt, sollte es doch noch ein bis zwei Jahre dauern, bis sie – mit der Währungsreform und dem Scheitern des Generalstreiks vom November 1948, mit der Westintegration und dem Wahlsieg Adenauers 1949 – auch für alle sichtbar wurden. Der sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Versuch, das neue Deutschland auf planwirtschaftlich-sozialistischer Basis neu zu ordnen, war einmal mehr an der berühmt-berüchtigten Machtfrage, an den britischen und US-amerikanischen Be-

satzungsmächten ebenso wie an den Beharrungskräften des deutschen Konservatismus und der politischen Schwäche und Spaltung der deutschen Linken gescheitert. In den Jahren 1950 und 1951 versuchten Hans Böckler und die Gewerkschaften noch, wenigstens die ihnen Ende 1946 zugestandene paritätische Mitbestimmung im Montanbereich zu retten und auf die Gesamtwirtschaft auszudehnen. Doch während sie mit dem ersten Aspekt, der Verteidigung des bis dahin Erreichten, erfolgreich waren, scheiterten sie mit dem zweiten Aspekt, der Ausdehnung dieser Form von Mitbestimmung auf andere Wirtschaftszweige, nachhaltig. Die alten Hoffnungen und Sehnsüchte hatten sich nun endgültig an den Realitäten des neuen, gespaltenen Deutschlands zerschlagen. Und mit dem Tod Hans Böcklers 1951 und Kurt Schumachers 1952 endete, wie es einer der Chronisten jener Zeit einmal so treffend formulierte, symbolisch eine Zeit, «in der alles möglich schien und in der tatsächlich so wenig möglich war».¹¹

1 Zur Verwendung des Gender-Sternchens in dieser Broschüre siehe Fußnote 2 auf S. 3. **2** Brandt, Peter: Die Antifaschistischen Ausschüsse, in: Brusis, Ilse (Hrsg.): Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8. Mai 1945, Köln 1985, S. 218. **3** Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen [1980], München 1989, S. 281. **4** Zit. n. Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden [1996], Bd. 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 108. **5** Peter Brandt zit. n. Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976, S. 635 f. **6** Agartz, Viktor: Sozialistische Wirtschaftspolitik (Rede auf dem SPD-Parteitag 1946), in: ders.: Wirtschaft, Lohn, Gewerkschaft. Ausgewählte Schriften, Berlin 1982, S. 11–39. **7** Sering, Paul (d. i. Richard Löwenthal): Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung [1946], Nürnberg 1948. **8** Ausführlicher dazu vgl. Jünke, Christoph: Wirtschaftsdemokratische Neuordnungskonzepte nach dem Faschismus am Beispiel von Viktor Agartz, in: Berger, Stefan (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte, Essen 2015, S. 79–89, sowie Jünke, Christoph: Hoffnung in Trümmern. Viktor Agartz' neue Wirtschaftsdemokratie nach 1945, in: Beutin, Heidi/Beutin, Wolfgang/Bleicher-Nagelsmann, Heinrich/Schmidt, Herbert/Wörmann-Adam, Claudia (Hrsg.): «Endlich unsern Kraft zu trauen und sein schönes Leben aufzubauen». Hoffnung, Sehnsüchte und politische Vorstellungen zum Mai 1945, Mössingen-Talheim 2016, S. 57–74. Allgemein zu Agartz Jünke, Christoph: Vom linken Sozialdemokraten zum heimatlosen Linken: Viktor Agartz 1897–1964, in: Kinner, Klaus (Hrsg.): Die Linke – Erbe und Tradition, Bd. 2: Wurzeln des Linksozialismus, Berlin 2010, S. 201–222. **9** Zit. n. Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964 [1964], Berlin 1977, S. 63 f. **10** Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte, Bd. 14: Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften 1946–1948, Bonn 2007, S. 245 f. **11** Pirker: Die SPD nach Hitler, S. 10.

Keno Ingwersen und Johanna Kornell

UM DIE MITBESTIMMUNG DIE WESTDEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG NACH 1945¹

Nach Kriegsende war die politische Situation im ehemaligen Dritten Reich zunächst von etlichen Variablen beeinflusst und dementsprechend unklar. Die Alliierten entwickelten ein Konzept zur Neuordnung Deutschlands, das maßgeblich durch den Ost-West-Konflikt beeinflusst war. Zeitgleich regte sich auch in der Bevölkerung der alliierten Besatzungszonen ein entschiedener Wunsch nach Mitbestimmung über die Neuordnung der Gesellschaft. Im Folgenden soll gezeigt werden, welchen Anspruch die Arbeiterbewegung hierbei formulierte und wie sie diesem Ausdruck verlieh.

Um die Situation der Arbeiter² zu verstehen, sollen vorab einige Punkte betrachtet werden. Die Arbeiterbewegung, die im Nationalsozialismus zerschlagen worden war, formierte sich nach dem Mai 1945 neu, und auch die Gewerkschaften begannen schnell, sich wieder zu organisieren, um handlungsfähig zu werden. Da es keine zentralen Instanzen mehr gab, waren lokale Initiativen, in denen sich die Arbeiter zusammenfanden, zunächst relativ einflussreich.

Die sich neu formierenden Gewerkschaften waren in ihrer Ausrichtung oft noch nicht eindeutig bestimmt. Es herrschten rege Diskussionen um die eigene politische Orientierung.³ So hatten zwar Basis und Leitung der Gewerkschaften dieselben Ziele, allerdings war der Weg dahin nicht eindeutig. Auch das allgemeine Verständnis von Politik ging bei diesen beiden Gruppen auseinander. Die Gewerkschaftsleitung zeigte kein Interesse an sozialer Aktivierung ihrer Basis und verfolgte ihre Ziele lediglich über Verhandlungen. Dahinter verbarg sich zum einen eine lange Tradition der deutschen Gewerkschaften, die eher eine permanente Passivität und Streikunwilligkeit

zeigten, zum anderen aber auch die Furcht vor zu viel Macht ihrer Basis.

Vonseiten der Besatzungsmächte gab es keine Unterstützung beim Aufbau der Gewerkschaften, eher wurden sie durch Maßnahmen der Besatzungsmächte in ihrer Arbeit behindert. Auf betrieblicher Ebene wurden den Betriebsräten nur unzureichende Handlungsspielräume zugebilligt.⁴ Dies scheint darin begründet zu sein, dass die Besatzungsmächte eine zu große Dominanz der sich schnell formierenden Organisationen der Arbeiterbewegung verhindern wollten. Jene waren besonders daran interessiert, etwaige kommunistische Bestrebungen im Keim zu ersticken.⁵ Der Systemkonflikt mit der Sowjetunion, dessen Zuspitzung bereits 1945 absehbar war, führte auch dazu, dass in der US-amerikanischen Besatzungszone diejenigen Gewerkschaften und Funktionäre, die sich der USA gegenüber als loyal erwiesen, schnell mehr Macht erlangen konnten als solche, die dies nicht taten.

Nicht zuletzt ist auf die prekäre soziale Lage in der Nachkriegszeit hinzuweisen: Es herrschten Ernährungsschwierigkeiten, Kohlenmangel und Wohnungsnot. Eine schlecht funktionierende Bewirtschaftung ließ den Schwarzmarkt blühen. Die unzureichende Versorgungslage war bis in die 1950er Jahre hinein immer wieder Anlass zu größeren und kleineren Protesten.⁶

Konflikte um die Betriebsvereinbarungen

Trotz aller Konflikte, die zwischen den Besatzungsmächten, den Gewerkschaften und ihrer Basis heranwuchsen, wurden die Arbeiter bald aktiv. Sie zeigten sehr früh ihren Willen, an der wirtschaftspolitischen Neuordnung der westlichen Besatzungszonen mitzuwirken.

Das Bestreben der Arbeiterbewegung, die wirtschaftspolitische Neuordnung zu ihren Gunsten einzurichten, zeigt sich zunächst im Kampf um die sogenannten Betriebsvereinbarungen. Diese sollten eine Beteiligung der Belegschaften an Entscheidungen sicherstellen, die ihre jeweiligen Unternehmen betrafen. Als zentrale Interessenvertretung der Arbeiter sollten die Betriebsräte an solchen Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Am 10. April 1946 trat das alliierte Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 22, das Betriebsrätegesetz, in Kraft. Dies formulierte erste Befugnisse der Betriebsräte. In den allgemeinen Bestimmungen, die das Gesetz festschrieb, blieben einige Fragen unklar. So wurde das Verhältnis der Betriebsräte zu den Gewerkschaften nicht explizit bestimmt und auch der Einfluss, den die Belegschaft auf betriebliche

Entscheidungen hatte, wurde hierin nicht deutlich. Insbesondere die Betriebsräte und die Gewerkschaften kritisierten, dass das Gesetz die Rechte der Belegschaft nicht klar formulierte, wie es in dem Betriebsrätegesetz von 1920 noch der Fall gewesen war.⁷ Um eindeutigere Bestimmungen zu finden, wurden vor wie auch nach dem Erlass des KRG Nr. 22 in den Unternehmen einzelne «Betriebsvereinbarungen» getroffen.⁸ Diese wurden in den Betrieben erkämpft, wobei Streiks zum zentralen Druckmittel wurden.⁹ Beispielhaft hierfür steht die Auseinandersetzung in der Panzerschrankfirma Bode-Panzer: Hier traten die Arbeiter geschlossen in den Vollstreik, nachdem die Unternehmensleitung ein Ultimatum des Betriebsrats unter Vorsitz von Fritz Wilharm (KPD) hatte verstreichen lassen.¹⁰ Vorangegangen war diesem Schritt, dass der Leitung eine Musterbetriebsvereinbarung der Gewerkschaften ein halbes Jahr lang vorlag, ohne dass es zu zielführenden Verhandlungen kam.¹¹ Am 14. Dezember 1946 wurde der Streik nach 23 Tagen beendet, wobei sich

die Belegschaft mit ihren Forderungen weitgehend durchsetzen konnte.¹² Dieser Streik gilt als «erster organisierter Streik»¹³ seit 1933 und wurde durch die IG Metall Bezirk Hannover unterstützt. Diesen Moment des politischen Erfolgs nutzten die Hannoveraner Metallarbeiter aus, um in weiteren Betrieben erfolgreich auf Betriebsvereinbarungen zu drängen. In mindestens 14 niedersächsischen Großbetrieben wurden infolgedessen Betriebsvereinbarungen geschlossen, die im Sinne der Gewerkschaften als Erfolg zu sehen sind. Teilweise konnten Vereinbarungen für ganze

In einigen Fällen zeigte sich der Wille nach Mitbestimmung auch darin, dass Belegschaften gegen ihre nationalsozialistisch belasteten Vorgesetzten eintraten.

Industriezweige geschlossen werden.¹⁴ Ab Mitte Februar 1947 wurden von dem gewerkschaftlichen Zonenausschuss der Britischen Besatzungszone bzw. den Landesgewerkschaften der US-amerikanischen Besatzungszone Musterbetriebsvereinbarungen veröffentlicht,¹⁵ worauf die Arbeitgeber mit eigenen Mustervereinbarungen reagierten.¹⁶ Diese Veröffentlichungen führten zwar zu etlichen Verhandlungen, die allerdings von den Gewerkschaften nicht weiter begleitet wurden. Dies scheint zu einer «prinzipiell[en] Streikunwilligkeit der Gewerkschaftsführung»¹⁷ sowie der Befürchtung der Gewerkschaften, dass die Betriebsräte zu mächtig werden könnten, zu passen.¹⁸ Trotzdem kam es zu etlichen Streiks,¹⁹ die aber aufgrund von fehlender Breite nicht die erhoffte Wirkung entfalten konnten. So wurden in der Folge nur wenige Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die, mit einigen Ausnahmen, die Stellung der Betriebsräte nicht wesentlich verbesserten.²⁰ In einigen Betrieben streikte die Belegschaft aber trotz mangelnder gewerkschaftlicher Un-

terstützung konsequent für mehr Mitbestimmung. In diesen Fällen wurden auch Erfolge erzielt. So bei Miele,²¹ den Schmidding-Werken in Hannover,²² aber auch bei mehreren Betrieben im Bereich Württemberg-Baden.²³

Entnazifizierung als Personalpolitik im Betrieb

Doch der Arbeiterbewegung ging es nicht allein um die Beteiligung an innerbetrieblichen Entscheidungen. In einigen Fällen zeigte sich der Wille nach Mitbestimmung auch darin, dass Belegschaften gegen ihre nationalsozialistisch belasteten Vorgesetzten eintraten.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft bemühten sich die Besatzungsmächte der westlichen Zonen vor allem um eine politische und wirtschaftliche Anbindung des besetzten Deutschlands an den westlichen Teil der neuen Weltordnung. Damit einhergehend wurden die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und auch die Entnazifizierung innerhalb der Betriebe zu einem zweitrangigen Thema. Die Belegschaften drängten aber vermehrt darauf, alte Nationalsozialisten in den jeweiligen Betrieben zu entlassen. Weil die Arbeiter auch hierbei unter anderem Streiks als Druckmittel einsetzten, mussten sich die Besatzungsmächte ebenso wie die Arbeitgeber den Forderungen oftmals beugen.²⁴

Waffen-SS gelegt hatten,²⁵ reagierten die Arbeiter mit politischen Streiks.

Auch in Salzgitter führten die Verstrickungen eines Betriebsdirektors in den Tod von 18 KZ-Häftlingen zu einem Streik von 3.500 Stahlarbeitern.²⁶ Noch 1947 lassen sich ähnliche Forderungen und Streiks in Essen,²⁷ in einem Nürnberger MAN-Werk²⁸ und in einer Werkzeugfabrik in Hamburg-Altona²⁹ nachweisen. In Essen war insbesondere der Betriebsrat tätig, während in Nürnberg und Altona die Arbeiter selbst handelten. Im selben Jahr begannen die Arbeiter, ihren Forderungen auch außerhalb der Betriebe Nachdruck zu verleihen und die politischen Führungskräfte für die Entnazifizierungspolitik innerhalb der Betriebe verantwortlich zu machen. So breiteten sich Streiks bei der AG Weser gegen die unzureichende Verurteilung von antisemitischen Mördern zu einer stadtweiten fünfminütigen Arbeitsniederlegung und einer am nächsten Tag abgehaltenen öffentlichen Kundgebung aus.³⁰ Auch in Düsseldorf führten im März 1947 die Bemühungen, ehemalige Nationalsozialisten aus ihren betrieblichen Stellungen zu entlassen, zu einer öffentlichen Demonstration, an der 80.000 Menschen teilnahmen.³¹ In den Schmidding-Werken wurde neben der Mitbestimmung in der Entnazifizierung des Betriebes auch für mehr Rechte der

Es ist bemerkenswert, wie massiv die Arbeiterbewegung, speziell im Ruhrgebiet, den öffentlichen Raum als Ort der politischen Auseinandersetzung wiederbelebte.

Beispielsweise veröffentlichten die «Groß-Stuttgarter Betriebsräte» 1946 eine Entschlie-ßung zur mangelhaften Entnazifizierung, in der sie forderten, Gegner des Nationalsozialismus in die Entscheidung über NS-belastete Personen einzubeziehen. Als es daraufhin zur Explosion von Sprengkörpern in drei Städten vor den Büros der Entnazifizierungs-Spruchkammern kam, die ehemalige Angehörige der

Belegschaft gestreikt.³² Mindestens bis Ende November 1948 lässt sich zeigen, dass sowohl in den Betrieben als auch in der Arbeiterbewegung außerhalb einzelner Betriebe die Entnazifizierungspolitik und die Möglichkeiten, diesen Prozess zu beeinflussen und voranzutreiben, zum Thema gemacht wurden.³³ Zwar ist noch nicht untersucht worden, inwiefern diese Phänomene flächendeckend auf-

traten, aber deutlich wird in Betrachtung der Geschehnisse, dass die Arbeiterbewegung einen neuen Anspruch auf Teilhabe an politischen Entscheidungen in der Neuordnung der deutschen wirtschaftlichen-politischen Lage in den westlichen Gebieten stellte.

Rückkehr auf die Straße: die ersten Massenproteste 1947

Die politischen Auseinandersetzungen beschränkten sich allerdings nicht nur auf die Betriebe. Die Unzufriedenheit über die soziale Lage trieb die Menschen ab Februar 1947 auch auf die Straße, zunächst vor allem im Ruhrgebiet. So kam es in Essen am 3. Februar 1947 zur ersten Massendemonstration in Deutschland seit Ende des Krieges. Ein Demonstrationzug von bis zu 17.000 Menschen zog von den Krupp-Werken zum Hauptquartier der Militärverwaltung. In den folgenden Tagen kam es in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets zu weiteren Streiks und Demonstrationen.³⁴ Die Proteste wurden durch die katastrophale Versorgungslage ausgelöst. Allerdings erstreckten sich die Forderungen der Betriebsräte, Belegschaften und Demonstrierenden neben einer Reihe konkreter Forderungen zur Verbesserung der Versorgungslage auch auf die Verstaatlichung wichtiger Teile der Industrie.³⁵

Nicht nur in Essen gingen die Menschen auf die Straße: So kam es Ende März bzw. Anfang April 1947 im gesamten Ruhrgebiet zu Protesten, an denen sich Hunderttausende beteiligten.³⁶ Auch in anderen Teilen der britischen Besatzungszone regte sich Widerstand: Eine Streikkundgebung in Braunschweig richtete sich gegen die Behörde für Ernährung und Landwirtschaft, auch aufgrund ihrer Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus.³⁷ In der Folge kam es zu heftigen Ausschreitungen, Verletzten, zerstörten Fensterscheiben, Plünderungen und Angriffen auf Polizeibeamte.³⁸ Am 3. April fand ein eintägiger (General-)Streik in den Schachtanlagen des Ruhrgebiets und in

Aachen statt, es beteiligten sich über 300.000 bzw. 13.000 Arbeiter. Dies war der erste größere Generalstreik seit 1932.³⁹

Im selben Zeitraum regte sich auch in der amerikanischen Besatzungszone Protest, auch dort kam es Ende März 1947 zu Betriebsräteversammlungen, Streiks und öffentlichen Kundgebungen. Ganz ähnlich wie in der britischen Besatzungszone beschränkten sich auch dort die Forderungen nicht auf konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage, vielmehr wurden weitreichende Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaft an wirtschaftspolitischen Entscheidungen gefordert.⁴⁰

Insgesamt wird die Zahl der von November 1946 bis November 1947 in der britischen Zone an Streiks Beteiligten auf 2,5 Millionen geschätzt.⁴¹ Zur Einordnung dieser Zahlen ist zu bedenken, dass sich alle Parteien (mit Ausnahme der KPD), die Besatzungsmacht und auch die Gewerkschaften eindeutig gegen jegliche Streiks positionierten. Die Besatzungsbehörden bestraften die Rädelsführer der Streiks mit einer Reduzierung der Lebensmittelzuteilung.⁴² Daher ist es besonders bemerkenswert, wie massiv die Arbeiterbewegung, speziell im Ruhrgebiet, den öffentlichen Raum als Ort der politischen Auseinandersetzung wiederbelebte.

Die Forderungen der Streikenden folgten keiner einheitlichen Linie, sondern wurden von den jeweiligen Akteuren vor Ort formuliert. Meist wurden zunächst praktische Maßnahmen zur Bewältigung der Versorgungskrise verlangt. Vielfach ging es dabei um eine Reform der Zonenverwaltung, konkret um die bürokratische und von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern durchgesetzte Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft. Diese akuten Anliegen wurden allerdings mit weitreichenderen Forderungen verknüpft, wie zum Beispiel mit der nach Verstaatlichung.

Die Reform der Verwaltung war eine kurzfristige und die Verstaatlichung der Schlüssel-

dustrien eine politisch langfristig konzipierte Antwort der Arbeiterbewegung auf die Ernährungskrise nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Frühjahr 1947 verbanden sich diese und andere Forderungen und die konkrete Notlage zu einer starken Bewegung, in der sich «Hungerdemonstration und politischer Protest eng miteinander verzahnten».⁴³

Dass sich die auffälligen Proteste vor allem in der britischen Zone abspielten, lag zum einen an der an Ruhr und Rhein traditionell starken linken Arbeiterbewegung, zum anderen an der dortigen Versorgungslage, die besonders schlecht war. Proteste an anderen Orten erreichten immer dann ein ähnliches Ausmaß, wenn dort diese beiden Faktoren ebenfalls zusammenkamen. So kam es Anfang des Jahres 1948 auch in der US-amerikanischen Besatzungszone zu massiven Protesten, nachdem sich die dort anfänglich bessere Versorgungslage verschlechtert hatte. Ein Beispiel dafür ist der Generalstreik in Bayern am 23. Januar 1948, an dem sich weit über eine Million Beschäftigte beteiligten.⁴⁴

Zusammenfassung

Nach dem Kriegsende hatten sich in den Auseinandersetzungen um die Betriebsvereinbarungen die ersten demokratischen Bewegungen auf der Betriebsebene bemerkbar gemacht, ab 1947 erreichten mit den Protesten gegen die schlechte Versorgungslage ganz ähnliche Themen auch die Sphäre

des öffentlichen Raums. Es war die Arbeiterbewegung, die demokratische Partizipation und kollektive Interessenvertretung durch Demonstrationen, Entschließungen und Streiks wiederbelebte. Die Auseinandersetzungen

Die passive Haltung der Gewerkschaftsleitungen machte es der Arbeiterbewegung schwer, ihre potenzielle Macht auszuspielen.

konzentrierten sich auf politische Konflikte, insbesondere auf das Feld der Mitbestimmung. Es gelang der Arbeiterbewegung nicht, während der historischen Ausnahmesituation bei Mitbestimmung und Verstaatlichung nachhaltige Erfolge zu erzielen. Dies lag zum einen daran, dass die Grenzen des Erreichbaren zu diesem Zeitpunkt durch die Besatzungssituation und die zunehmende Zuspitzung des Kalten Krieges gesetzt waren. Zum anderen machte die passive Haltung der Gewerkschaftsleitung es der Arbeiterbewegung schwer, ihre potenzielle Macht auszuspielen. Die oben angeführten Beispiele bezüglich der Kämpfe um die Betriebsvereinbarungen, der Protest gegen die schlechte Versorgungslage und nationalsozialistisch belastete Vorgesetzte zeigen allerdings, dass die Arbeiterbewegung durchaus klare Vorstellungen im Hinblick auf die Neugestaltung Nachkriegsdeutschlands formulierte und für diese auch immer wieder entschlossen – und bisweilen auch erfolgreich – kämpfte.

1 Der Artikel basiert auf dem Kapitel «Um eine neue Gesellschaft» in Uwe Fuhrmanns Buch «Die Entstehung der ›Sozialen Marktwirtschaft‹ 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse» (Konstanz 2017). Mit freundlichem Einverständnis von Uwe Fuhrmann. 2 Zur Verwendung des Gender-Sternchens in dieser Broschüre siehe Fußnote 2 auf S. 3. 3 Vgl. Angster, Julia: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003, S. 14. 4 Vgl. Milert, Werner/Tschirbs, Rudolf: Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008, Essen 2012, S. 340 f. 5 Vgl. Zink, Harold: The United States in Germany 1944–1955, Princeton, NJ 1957, S. 282. 6 Exemplarisch Kocka, Jürgen: 1945. Neubeginn oder Restauration?, in: Stern, Carola/Kocka, Jürgen (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt a. M. 1979, S. 141–168. 7 Vgl. Milert/Tschirbs: Die andere Demokratie, S. 360–364. 8 Vgl. ebd., S. 365. 9 Beispielhafte Auszüge aus drei Betriebsvereinbarungen bei Kleißmann, Christoph/Friedemann, Peter: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948, Frankfurt a. M. 1977, S. 109 f. 10 Vgl. Hartmann, Franz u. a.: 40 Jahre DGB-Niedersachsen, Hannover 1987, S. 19. 11 Vgl. ebd. 12 Vgl. Kleißmann/Friedemann: Streiks und Hungermärsche, S. 36 f. 13 Milert/Tschirbs: Die andere Demokratie, S. 367. 14 Vgl. Hartmann u. a.: 40 Jahre DGB-Niedersachsen, S. 23 f. 15 Vgl. Milert/Tschirbs: Die andere Demokratie, S. 368 f. 16 Vgl. Müller-List, Gabriele: Neubeginn bei Eisen und Stahl im Ruhrgebiet. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie 1945–1948, Düsseldorf 1990, S. 89–91. 17 Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1970, S. 92–94, hier: S. 92. 18 Vgl. Milert/Tschirbs: Die andere Demokratie, S. 371–374. 19 Vgl. Müller, Gloria: Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht – Unternehmer – Gewerkschaften, Düsseldorf 1987, S. 163–178. 20 Vgl. Milert/Tschirbs: Die andere Demokratie, S. 378 f. Es ist anzumerken, dass es anscheinend keine systematische Forschung zu lokalen Vereinbarungen gibt und diese Aussagen daher unter Vorbehalt stehen müssen. 21 Vgl. Schmidt: Die verhinderte Neuordnung, S. 94 und «Entschließung des DGB (BBZ) zum Miele-Streik», in: Mielke, Siegfried/Rütters, Peter (Hrsg.): Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945–1949, Köln 1991, S. 202 f. 22 Vgl. Droege, Heinrich/Behrens, Otto: Bode-Panzer wird geknackt. Die ersten Mitbestimmungstreiks nach 1945, in: Schöfer, Erasmus (Hrsg.): Die Kinder des roten Großvaters erzählen. Berichte zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1976, S. 110–121. 23 Vgl. Fichter, Michael: Aufbau und Neuordnung. Betriebsräte zwischen Klassensolidarität

und Betriebsloyalität, in: Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1989, S. 469–549, hier: S. 533–542. 24 Zum Beispiel auf einer Zeche in Marl, wo über 20 Nationalsozialisten gegen den Willen der Konzernleitung entlassen werden mussten, vgl. Milert/Tschirbs: Die andere Demokratie, S. 344 f. 25 Vgl. Ernst, Albrecht: Terroranschläge gegen Spruchkammern in Stuttgart und Umgebung. Der Fall Kabus, in: Archivnachrichten des Landesarchivs Baden-Württemberg 36, März 2008, S. 10 f. 26 Vgl. Hudemann, Rainer u. a.: Statistik der Arbeitskämpfe, St. Katharinen 1992, S. 149 f. 27 Vgl. Kleißmann/Friedemann: Streiks und Hungermärsche, S. 46. 28 Vgl. Bähr, Johannes: GHH und MAN in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit (1920–1960), in: ders. u. a. (Hrsg.): Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte, München 2008, S. 231–374, hier: S. 356; Schmidt: Die verhinderte Neuordnung, S. 136. 29 Vgl. Hudemann u. a.: Statistik der Arbeitskämpfe, S. 141 u. 146. 30 Ebd., S. 201 f. 31 Vgl. Kleißmann/Friedemann: Streiks und Hungermärsche, S. 46 f. 32 Vgl. Droege u. a.: Bode-Panzer wird geknackt, S. 120. 33 Vgl. Hudemann u. a.: Statistik der Arbeitskämpfe, S. 155: Am 3. November 1948 verhinderte eine Arbeitsniederlegung von über 10.000 Arbeitern der Continental-Gummierwerke in Hannover die Rückkehr eines politisch belasteten Aufsichtsrates. 34 Vgl. «Essens Streik», in: Der Spiegel, 8.2.1947 und Fichter, Tilman/Schmidt, Ute: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48, Berlin 1971, S. 26. 35 Zum Beispiel die Essener Betriebsräte, vgl. Kleißmann/Friedemann: Streiks und Hungermärsche, S. 46. 36 Vgl. Neues Deutschland, 2.4.1947, S. 2; Kleißmann/Friedemann: Streiks und Hungermärsche, S. 47 f.; Mannschatz, Gerhard/Seider, Josef: Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945–1947, Berlin 1962, S. 221 ff. 37 Vgl. Fichter/Schmidt: Der erzwungene Kapitalismus, S. 28. 38 Vgl. Boll, Friedhelm: Hungerstreiks und Jugendunruhen 1947/48, in: Pollmann, Birgit (Hrsg.): Schicht, Protest, Revolution in Braunschweig 1292 bis 1947/48, Braunschweig 1995, S. 197–224, hier: S. 208. 39 Vgl. Generalstreik im Ruhrgebiet. Gegen die Saboteure der Wirtschaft und der Ernährung, in: Neues Deutschland, 4.4.1947. 40 Vgl. Seifert, Christfried: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945–1949, Marburg 1980, S. 224 u. 456. 41 Vgl. Müller: Mitbestimmung in der Nachkriegszeit, S. 174. 42 Vgl. Schmidt: Die verhinderte Neuordnung, S. 137 f. 43 Milert/Tschirbs: Die andere Demokratie, S. 372. 44 Vgl. Gerstenberg, Günther: Hungermärsche – Hungerstreiks. Materialien 1948, in: ders. (Hrsg.): Protest in München 1945 bis in die Gegenwart, Onlinepublikation, unter: protest-muenchen.sub-bavaria.de.

Gisela Notz

SCHULTER AN SCHULTER MIT DEN GENOSSEN

DIE SCHWIERIGKEITEN DES (WIEDER-)AUFBAUS SOZIALISTISCHER FRAUENARBEIT NACH 1945

Die sozialistische Frauenbewegung erlebte mit Clara Zetkin, Ottilie Baader und vielen anderen ihre Hochzeit in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg und war wegweisend für den Kampf und die Durchsetzung von Frauenrechten. Von dem unversöhnlichen Bruch, der mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges einherging, sich während der unvollendeten Revolution von 1918 fortsetzte und zur Spaltung der Sozialdemokratie führte, erholte sich auch die sozialistische Frauenbewegung nicht. Zwar hatte sie mit dem erkämpften Frauenwahlrecht nach dem Ersten Weltkrieg einen großen Sieg errungen, als Frauenbewegung verlor sie während der Zeit der Weimarer Republik jedoch an Bedeutung. Die aktiven Frauen kämpften in den Parlamenten gegen die Politik der konservativen Parteien oder wurden in der 1919 gegründeten Arbeiterwohlfahrt aktiv, die hauptsächlich durch Frauen getragen wurde. Versuche, die 1907 gegründete Sozialistische Fraueninternationale wiederzubeleben, waren von wenig Erfolg gekrönt.¹ Noch viel gravierender war der Einschnitt, der durch den Nazi-Faschismus und den Zweiten Weltkrieg erfolgte. Die Organisationen der proletarischen Frauenbewegung waren, wie auch die sozialistischen und sozialdemokratischen Verbände, mit dem Beginn der Nazi-Herrschaft verboten worden. Neue Strukturen wurden notwendig.

Nach Kriegsende hatten Frauen wie Männer unterschiedliche Erfahrungen zu verarbeiten. Zu viele waren bemüht, die NS-Zeit und die Rolle, die sie darin spielten, zu verdrängen.² Frauen waren während des Nazi-Faschismus Opfer und Täterinnen, es gab unzählige Mit-

läuferinnen und viel zu viele Heldenbewunderinnen. Freilich gab es auch Frauen, die Widerstand geleistet hatten. Ihre Aktionsformen waren unterschiedlich und vielfältig, ihre Motive waren weltanschaulich oder politisch geprägt. Viele Sozialistinnen wurden ebenso wie viele ihrer Genossen wegen ihrer Unterstützung des Widerstands hingerichtet oder in Konzentrationslagern ermordet. Nicht nur die «Trümmerfrauen» machten sich unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in allen Besatzungszonen ans Werk, auch wenn sie es waren, denen Denkmäler gesetzt wurden.³ Frauen waren es auch, die, wie schon in den Kriegsjahren, die Überlebensarbeit (Haushalt, Erziehung etc.) und die Arbeit in Industrie und Landwirtschaft weitgehend leisteten, denn in Deutschland lebten nach 1945 über sieben Millionen mehr Frauen als Männer; 3,5 Millionen waren Kriegerverwitwen mit Kindern.⁴

Im Folgenden soll es vor allem um die Rolle der Frauen beim politischen Wiederaufbau gehen, in den sie ihre während der NS-Zeit gemachten Erfahrungen einbrachten oder/und an ihre während der Zeit der Weimarer Republik geleistete Arbeit anknüpften. Auch Sozialistinnen schlossen sich zunächst den überparteilichen Frauenausschüssen an, auf die ich zuerst eingehen werde. Dass die Ausschüsse Klassen- und Schichtzugehörigkeit und politische Vorstellungen als trennende Kategorien neben der Geschlechtszugehörigkeit vernachlässigten, rief den Widerstand der SPD-Spitze hervor und erschwerte die Arbeit. Dagegen wurde der Einfluss auf die Durchsetzung des Gleichstellungsparagraphen im Grundgesetz möglich, indem Klas-

sen- und Parteigrenzen bei der Mobilisierung übergangen wurden, wie in den folgenden beiden Abschnitten deutlich wird. Der lange Weg, der erst viel später zu einer eigenständigen Arbeitsgemeinschaft in der SPD der Bundesrepublik führte, auf die ich mich nach der doppelten Staatsgründung im Wesentlichen beziehe, wird im letzten Abschnitt dargestellt.

Über- und außerparteiliche Frauenpolitik

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges formierten sich in allen vier Besatzungszonen mehr als 5.000 überparteiliche und überkonfessionelle Frauenausschüsse als Basisorganisationen für Frauen, die am Aufbau einer demokratischen Republik auf antifaschistischer Grundlage arbeiten wollten. Mit viel Energie waren Frauen aus allen Klassen und Schichten, mit verschiedenen Weltanschauungen, aus allen Parteien und parteiunabhängige Frauen in den Ausschüssen tätig. Sie wollten – über parteipolitische und ideologische Grenzen hinweg – helfen, die Not der Nachkriegszeit zu lindern, und protestierten und demonstrierten gegen die katastrophale Ernährungs- und Wohnungslage. Die Sozialistinnen in den Ausschüssen waren es vor allem, die für den (Wieder-)Aufbau einer friedlichen, sozialistischen, demokratischen Gesellschaft von gleichberechtigten Individuen arbeiten wollten. Sie ergriffen die Initiative, um für mehr «Fraueneinfluss» in Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu sorgen. «Eine politisch einwandfreie Vergangenheit im Hinblick auf den Nationalsozialismus» war Voraussetzung für die Teilnahme.⁵ Die in den Ausschüssen aktiven Frauen schafften sich damit Strukturen, durch die es ihnen möglich werden sollte, sich nicht in traditionelle weibliche Rollen zurückweisen zu lassen, sondern schrittweise die politische Handlungsfähigkeit im Gemeinwesen zu gewinnen. Partiiell knüpften sie zunächst an die Erfahrungen der bürgerlichen und der sozialistischen

Frauenbewegungen während der Weimarer Zeit an, die mit der Machtübernahme der Nazi-Faschisten ihr Ende gefunden hatten. Gleichberechtigte Geschlechterverhältnisse sahen sie als selbstverständliche Menschenrechte an. Teilweise unterstützt durch die Militärregierungen entwickelten sie eine speziell an die Frauen gerichtete und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene politische Bildungsarbeit, vermittelten staatsbürgerliche Kenntnisse und informierten über demokratische Verfahren.

Die Bedeutung der Frauenausschüsse für die SPD-Frauenarbeit

Die Ausschüsse waren den Parteien, vor allem der CDU, ein Dorn im Auge. Aber auch die SPD-Politikerinnen der drei westlichen Zonen wurden mit Appellen konfrontiert, dass ihr Platz allein in der SPD sei. Schließlich galt es, unter den noch wenig organisierten Frauen Parteimitglieder zu werben oder zumindest Wählerinnenstimmen zu gewinnen. Durch Funktionsträger wurde immer wieder vor der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauen, die schließlich aufgrund ihrer Klassenherkunft andere Interessen als Sozialistinnen hätten, gewarnt.

Ganz unbegründet war das nicht, denn die Frauenausschüsse beabsichtigten offensichtlich eine Wiederbelebung des 1894 gegründeten bürgerlichen Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF), der sich mit dem Argument, sie sei politisch, stets deutlich von der proletarischen Frauenbewegung abgegrenzt hatte und sich 1933, ohne Widerstand zu leisten, selbst auflöste. Als sich 1947 die Frauenausschüsse institutionalisierten und überregional zusammenschlossen sowie eine festere Struktur von Frauenverbänden annahmen, waren nur noch wenige Vertreterinnen der SPD-Frauen dabei. Es war die KPD, die sich als einzige Partei eine Verstärkung ihrer Wählerbasis durch die Mitarbeit in den Ausschüssen erhoffte. In

der sowjetisch besetzten Zone wurde bereits am 8. März 1947 auf dem «Deutschen Frauenskongress für den Frieden» der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) gegründet, der aus den Frauenausschüssen hervorgegangen war. Unter den 400 Gästen waren auch 104 Frauen aus den westlichen Besatzungszonen.⁶ In Westberlin entwickelte sich aus den DFD-Kreisverbänden der Demokratische Frauenbund Berlin (DFB). Aus den DFD-Landesverbänden in der Bundesrepublik Deutschland wurde am 8. März 1951 ein eigenständiger Verband, der 1957 im Zuge des KPD-Verbots ebenfalls verboten wurde.

Auch der DFD bezog sich auf die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, sah seine Vorbilder in den Sozialistinnen um Clara Zetkin, der Friedenskämpferin Bertha von Suttner und in der Gründerin des bereits 1865 entstandenen bürgerlichen Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) Louise Otto-Peters, der sich für Berufsausbildung und gleiche Löhne der Arbeiterinnen eingesetzt und sich ebenfalls 1933 selbst aufgelöst hatte, um der Gleichschaltung durch die Nazis zu entgehen. 1950 erfolgte die Gründung westdeutscher Landesverbände des DFD und am 8. März 1951 ein bundesweiter Zusammenschluss. Laut Entscheidung des Parteivorstands der SPD von 1948 war eine gleichzeitige Mitgliedschaft und Mitarbeit im DFD und in der SPD schon vor dem KPD-Verbot ausgeschlossen. In dem entsprechenden Beschluss heißt es: «Die Mitgliedschaft im Deutschen Demokratischen Frauenbund sowie die Anwesenheit auf Kongressen, die vom Deutschen Demokratischen Frauenbund einberufen sind, ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD».⁷ Das war ein eindeutiger Unvereinbarkeitsbeschluss. In der DDR wurde der DFD 1952 als einheitlicher, überparteilicher und überkonfessioneller Frauenverband als Teil der SED zur Massenorganisation.

Die Frauen der drei westlichen Besatzungszonen trafen sich zur ersten interzonalen Frauen-

konferenz, die vom 20. bis 23. Mai 1947 in Bad Boll mit rund 240 Vertreterinnen von 42 überparteilichen und überkonfessionellen Frauenausschüssen stattfand. Lisa Albrecht wurde als Vertreterin der SPD in Bayern zur Vorsitzenden des Kongresses gewählt. Die Frauen diskutierten über Perspektiven, Organisationsformen und Ziele ihrer Arbeit. Unter dem Motto «Friedensbewegung, Völkerversöhnung als Aufgabe der Frau»⁸ wollten sie sich vor allem über eine gemeinsame Friedensarbeit verständigen. Ziel der Konferenz sollte ein Verband aller Frauenverbände der Westzonen auf überparteilicher und überkonfessioneller Basis sein. Nach einigen Auseinandersetzungen und gefördert durch die westlichen Besatzungsmächte, kam dieser erst nach dem Zusammenschluss der drei Westzonen zur Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1949 in Form des heute noch bestehenden Deutschen Frauenrings (DFR) in Bad Pyrmont zustande. Vorsitzende wurde Theanolte Bähnisch, niedersächsische Regierungspräsidentin, Vorsitzende des überparteilichen Frauenrings der britischen Zone und einzige anwesende SPD-Frau. Sie vertrat die Meinung, dass die Majorität der Frauen allein gelassen würde, wenn man ausschließlich auf Agitation für Parteiarbeit baue.⁹ Damit setzte sie sich bewusst von den offiziellen Parteiverlautbarungen ab.

Der SPD ging es nicht mehr allein um das Verbot der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauen, den «Madames», in denen «noch der Geist der früheren Vaterländischen Frauenvereine» stecke. Im Zeichen des Kalten Krieges ging es auch um die Ablehnung der Mitarbeit von Frauen, in denen «der kommunistische Eroberungswille» vermutet wurde, wie aus einer Stellungnahme des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher bei der Sitzung des Parteivorstands vom 2. Juni 1947 hervorgeht.¹⁰ Darin hieß es auch: «Die Zugehörigkeit zu einer selbständigen Frauenpartei oder zu einer eindeutig von der Politik einer gegnerischen Partei bestimmten Organisation lässt sich mit der

Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei nicht vereinbaren.»¹¹ Er betonte, dass «die sozialdemokratische Frau in erster Linie Sozialdemokratin ist und daß die Aufgaben der Partei niemals beeinträchtigt werden dürfen».¹² Die Stellungnahme war eine Antwort auf die Position zur überparteilichen Frauenarbeit, die Bähnisch auf derselben Sitzung dargelegt hatte, in der sie besonders den antikommunistischen Charakter ihrer Arbeit betont hatte. Die Mitglieder des Parteivorstands bekräftigten jedoch dessen Frankfurter Beschluss: die «Entschließung zur Frauenfrage» vom August 1946, in der es um die «kameradschaftliche Zusammenarbeit von Männern und Frauen», also gegen die Geschlechtertrennung in der Partei ging und «jede Form einer Frauenpartei und sogenannter unpolitischer Frauenvereine» abgelehnt wurde.¹³ Deshalb konnte es auch dann nicht zu partiellen Bündnissen kommen, wenn es um die gemeinsame Zielsetzung der Erhaltung des Friedens ging. Herta Gotthelf, Leiterin des zentralen Frauensekretariats, betonte immer wieder, wie schädlich die Teilnahme an «diesen Friedenskundgebungen» für die Partei sei.¹⁴ Auch die westdeutschen Frauenverbände, die bis dahin ihre Überparteilichkeit so hochgehalten hatten, schlossen nun ihre kommunistischen Mitglieder aus. Die Zusammenarbeit zwischen den Frauen verschiedener parteipolitischer Ausrichtungen brach damit auseinander und die Blockbildung fand auch in der Frauenbewegung infolge des zunehmenden Ost-West-Konflikts ihren Ausdruck. 1951 wurde in der Tradition des bürgerlich-gemäßigten BDF der «Informationsdienst für Frauenfragen e. V.» als Interessenvertretung und Vorläufer des Deutschen Frauenrates von 1969 gegründet.¹⁵ Dass die Frauenvertretungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) dabei waren, galt damals als Versöhnung zwischen liberal-bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung.¹⁶

«Männer und Frauen sind gleichberechtigt»

Unterdessen waren am 1. September 1948 in Bonn vier Frauen und 61 Männer – darunter 25 Sozialdemokraten und zwei Sozialdemokratinnen – zum Parlamentarischen Rat (PR) zusammengetreten: die Väter und Mütter des Grundgesetzes.¹⁷ Sie mussten nicht nur parteipolitische Grenzen überwinden, sondern auch die «richtigen» Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Dass es seit dem 23. Juni 1949 im Grundgesetz (GG Art. 3 Abs. 2) für die Bundesrepublik Deutschland eindeutig heißt: «Männer und Frauen sind gleichberechtigt», war der Zusammenarbeit zwischen den beiden Sozialdemokratinnen Elisabeth Selbert und Frieda Nadig mit Frauen aus Gewerkschaften und Parteien, unorganisierten Frauen und den überparlamentarischen Frauenverbänden zu verdanken. Zunächst mussten sie ihre eigenen Parteigenossen überzeugen, dann die männlichen Abgeordneten aus den konservativen Parteien und schließlich setzten sie sich auch gegen ihre Geschlechtsgenossen im Parlamentarischen Rat durch. Nach zweimaliger Ablehnung des beabsichtigten Verfassungstextes mobilisierten sie Frauen in Stadt und Land. Es regnete Eingaben einer breiten Frauenöffentlichkeit.

Elisabeth Selbert war über die Mitarbeit im Überparteilichen Ausschuss der Stadt Kassel am politischen Aufbau der zu gründenden Bundesrepublik beteiligt. Seit Juni 1946 war sie Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung für das Land Hessen, deren Inhalt sie wesentlich mitprägte. Obwohl sie gegenüber den überparteilichen Frauenorganisationen zwischenzeitlich eine strikt ablehnende Haltung vertreten hatte, weil sie – wie die Spitze der SPD – der Meinung war, «dass in einem demokratischen Staat die politische Willensbildung des Volkes in den und durch die politischen Parteien erfolgt»,¹⁸ war sie nun stolz darauf, dass «auch die Frauenausschüsse und die überparteilichen Frauenverbände»

das Anliegen unterstützten.¹⁹ Der massenhafte Protest war sensationell und einmalig in der bundesdeutschen Geschichte – und hatte Erfolg. Am 18. Januar 1949 wurde der Gleichheitsgrundsatz einstimmig gebilligt und im Mai im Grundgesetz verankert.

Das Ziel der faktischen Gleichberechtigung von Frauen und Männern war in der Bundesrepublik allerdings noch nicht einmal de jure erreicht, denn die Ungleichheit blieb, insbesondere durch das Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und hier vor allem das Ehe- und Familienrecht bis 1977 festgeschrieben. Faktisch dauert die Umsetzung des Rechts auf Gleichberechtigung bis heute an.

Wie ging es mit der SPD-Frauenpolitik weiter?

Obwohl die Berechtigung und Verpflichtung der Frauen zur Teilung der Verantwortung mit den Männern im Grundgesetz stand, befanden sich im ersten Bundestag von 1949 nur sieben Prozent Frauen. Auch wenn die SPD mit 9,6 Prozent der weiblichen Abgeordneten am stärksten vertreten war, war das ein Armutszeugnis. Viele der SPD-Abgeordneten kamen aus der Arbeiterklasse, kannten die Probleme der ärmeren Schichten und sorgten dafür, dass die «soziale Frage» öffentlich diskutiert wurde. Das war nicht immer leicht, denn nach der Sternstunde der Gleichberechtigung folgten während der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer (CDU) erst einmal bleierne Zeiten einer restaurativen Familien- und Geschlechterpolitik.²⁰ Mit dem Wiederaufbau der Parteien verschwanden die Frauenausschüsse in der Bundesrepublik oder schlossen sich dem DFD an, der bis zu seinem Verbot 1957 gegen Faschismus und Militarismus, für Frieden und für die Gleichberechtigung der Frauen kämpfte.

Nicht alle Genossinnen sahen die Notwendigkeit einer besonderen Frauenarbeit innerhalb der SPD. Sie vertraten den Standpunkt, Frauen sollten sich am Leben der Gesamtpartei beteiligen und Schulter an Schulter mit den Ge-

nossen dafür arbeiten, dass ein sozialistisches und demokratisches Deutschland geschaffen werde, in dem Unrecht, Ungerechtigkeit, Faschismus und Krieg ein für alle Mal der Boden entzogen werde.²¹ Ihr Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse in ihrer Partei war jedoch gering, denn in den meisten Macht- und Entscheidungspositionen saßen, wie in den anderen Parteien auch, schon wieder Männer. Der Parteivorsitzende Kurt Schumacher machte dafür die Frauen selbst verantwortlich, denn er hatte ihnen bereits bei der Bezirksfrauenkonferenz der SPD 1946 in Fürth zugerufen: «Ihr seid, wenn Ihr wollt, diejenigen, die alle Arbeit in der Partei machen können, Ihr seid der Machtfaktor.»²² Von einer eigenständigen Frauenarbeit wollte er jedoch nichts wissen.

Die Frauensekretärin Herta Gotthelf betonte immer wieder, «dass Frauen, deren politisches Interesse wir erst wachrufen wollen»,²³ nicht ohne Weiteres bereit seien, zu allgemeinen politischen Veranstaltungen zu gehen. Sie seien durch besondere Frauenzusammenkünfte leichter zu bewegen, sich an der politischen Arbeit zu beteiligen. Allerdings ging es auch Gotthelf weniger darum, die bestehende Benachteiligung von Frauen in einem geschützten Raum unter Frauen zu diskutieren und Strategien zu entwickeln, um ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen innerhalb der Partei zu stärken, sondern darum, das «andere Geschlecht» zu gewinnen, um das Mitglieder- und Wählerinnenpotenzial der Partei zu vergrößern. Die Liste «dauernder Aufgaben einer Frauengruppe», die in allen größeren Ortsgruppen gebildet werden sollten, reichte von der Teilnahme an *allen* Veranstaltungen der Ortsvereine, für die die Frauen selbstverständlich die «würdige Ausgestaltung des Raumes» übernehmen sollten, bis hin zur Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen und anderen Frauengruppen. Alles mehr oder weniger «typisch weibliche» Aufgaben, die zudem zu einer Überlastung der wenigen aktiven Frauen führen mussten. Kein Wunder, dass die prak-

Das «letzte Ziel» der Arbeit sei schließlich, «auch die letzte Frau für unsere Bewegung zu gewinnen». Mit «unsere Bewegung» war die (männerdominierte) Gesamtpartei gemeint.

tische Frauengruppenarbeit zögerlich anließ und nur von wenigen älteren Frauen getragen wurde. Manche Frauengruppen verkamen auch zu einer Versammlung der weiblichen Parteimitglieder unter männlicher Leitung. Trotz des enormen organisatorischen Aufwands blieb der gewünschte Erfolg aus. Anstatt der Stärkung der Frauenarbeit in der Gesamtpartei mit ihren eigenen inhaltlichen Forderungen stärkeres Gewicht zu verleihen oder diese selbst zu übernehmen, beklagten die Genossinnen immer wieder die mangelhafte Unterstützung durch «ihre» SPD-Männer, während die Männer nicht müde wurden, darauf hinzuweisen, dass sie die Sache der Frauen schon entsprechend mitvertreten würden. «Die Frau» müsse allerdings erst einmal «im politischen Leben geschult und herangebildet werden, damit sie die Aufgaben, die ihr gestellt werden, auch erfüllen kann». Das «letzte Ziel» der Arbeit sei schließlich, «auch die letzte Frau für unsere Bewegung zu gewinnen».²⁴ Mit «unsere Bewegung» war die (männerdominierte) Gesamtpartei gemeint.

Es dauerte lange, bis den Sozialdemokratinnen der Geduldsfaden riss. Als Ende der 1960er Jahre die Frauen des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) als «neue» Frauenbewegung mit dem Slogan «Das Private ist politisch» an die Öffentlichkeit traten, weil sie im gemischt-geschlechtlichen Verband mit ihren Anliegen kein Gehör fanden, wollten auch die SPD-Frauen die «unruhige Generation junger Frauen» einbinden.²⁵ Wenn sie auch nicht mit Tomaten warfen, wie die Frauen des SDS, die bereits 1961 aus der SPD ausgeschlossen worden waren, so gründeten sie doch 1973 – nach langen Auseinandersetzungen, denen ein Beschluss des Parteivorstandes folgte – die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) als Frauenorganisation der SPD. Die damalige Vorsitzende Elfriede Eilers skizzierte deren Auftrag mit den Worten: «Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hat die Aufgabe, sich selbst überflüssig zu machen.»²⁶ Darauf, dass sie davon weit entfernt ist, weisen SPD-Frauen bis heute immer wieder hin.

1 Notz, Gisela: «Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!» Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht, Bonn 2008, S. 48–51. 2 Hoffmann, Christa: Stunden Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945–1989, Bonn 1992, S. 17. 3 Kritisch dazu: Treber, Leonie: Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes, Essen 2014. 4 Kuhn, Annette (Hrsg.): Die Chronik der Frauen, Dortmund 1992, S. 520. 5 Vgl. das Beispiel des Frankfurter Frauenausschusses in: Schüller, Elke/Wolff, Kerstin: Fini Pfannes. Protagonistin und Paradiesvogel der Nachkriegsfrauenbewegung, Königstein 2000, S. 102. 6 Bundesvorstand des Demokratischen Frauenbundes Deutschland (Hrsg.): Geschichte des DFD, Leipzig 1989, S. 8. 7 Zitiert nach einem Brief der späteren Bundestagsabgeordneten Luise Herklotz an die Mitglieder des Bezirksfrauenausschusses vom 28.2.1948, in: SPD-Bezirk Pfalz (Hrsg.): Luise Herklotz, eine pfälzische Sozialdemokratin in der Nachkriegszeit, o. O., o. J., o. S. 8 Frauen fordern Frieden. Interzonale Tagung – Gäste aus den USA und England, in: Neue Zeitung (NZ), 26.5.1947. 9 Brief von Theanolde Bähnisch an Herta Gotthelf, 29.4.1947, in: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Nachlass Albrecht, unverzeichnet. 10 Veröffentlicht in: Albrecht, Willy: Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963, Bonn 1999, Bd. 1, S. 231. 11 Ebd. 12 Ebd. 13 Ebd., S. 79. 14 Brief von Herta Gotthelf an Lisa Albrecht, 24.10.1949, in: AdsD, Nachlass Albrecht. 15 Icken, Angelika: Der deutsche Frauenrat. Etablierte Frauenverbandsarbeit im gesellschaftlichen Wandel, Wiesbaden 2002. 16 Die historischen Wurzeln des Deutschen Frauenrats, unter: www.frauenrat.de/verband/geschichte/. 17 Notz, Gisela/Wickert, Christl: Die geglättete Verfassung. Sozialdemokratische Handschrift des Grundgesetzes, Bonn 2009. 18 Selbert, Elisabeth: Zur Frage der Frauenausschüsse, hektografiertes Papier o. D., in: AdsD, Sammlung Personalien Elisabeth Selbert. 19 Notz, Gisela: Frauen in der Mannschaft, Bonn 2003, S. 95. 20 Notz, Gisela: Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes, Stuttgart 2015, S. 80f. 21 Vgl. zur SPD-Frauenpolitik im Nachkriegsdeutschland auch: Notz, Gisela: «Ihr seid, wenn ihr wollt, diejenigen, die alle Arbeit in der Partei machen können.» Sozialdemokratische Frauenpolitik im Nachkriegsdeutschland, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 40, November 2001, S. 58–63. 22 Zit. nach Lisa Albrecht in einer Rede vom 8.3.1948 zum Thema: «Die Spekulation mit der Not». Manuskript, in: AdsD, Nachlass Albrecht. 23 Gotthelf, Herta: Liebe Genossinnen!, in: Vorstand der SPD (Hrsg.): Handbuch für Frauengruppenleiterinnen, Bonn o. J., S. 5f. 24 Ebd. 25 Thömer, Heinz: «Wenn Frauen aktiv sind, sind sie's meistens länger als Männer». Elfriede Eilers – Lebensbilder, Marburg 1996, S. 82. 26 SPD Eisenach: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, unter: <https://spd-eisenach.de/asf/>.

Julia Lis

ZWISCHEN VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG UND ZUKUNFTSVISIONEN

LINKSKATHOLISCHE UND LINKSPROTESTANTISCHE POSITIONEN IN DER NACHKRIEGSZEIT

Um die Bedeutung der linkschristlichen Aufbrüche der Nachkriegszeit zu verstehen, ist es notwendig, kurz das gesamtkirchliche Bewusstsein in der Nachkriegszeit zu skizzieren, mit dem sich linkschristliche Kreise kritisch auseinandersetzten, von dem sie sich abzugrenzen und auf das sie zu reagieren suchten. Das gesamtkirchliche Bewusstsein jener Zeit war dabei vor allem von der Frage geprägt, wie sich kirchliche Organisationsstrukturen und ein kirchliches Milieu nach 1945 rekonstituieren ließen.

Durch den Nationalsozialismus fanden sich die Kirchen 1945 in einer sehr veränderten Lage wieder, die sich von der Situation in der Weimarer Republik erheblich unterschied. So war etwa das Verbandswesen, das bis 1933 einen wesentlichen Beitrag zur Organisation kirchlicher Milieus geleistet hatte, nachhaltig zerstört worden. Der Niedergang der Verbände, in denen sich seit dem 19. Jahrhundert Christ*innen¹ organisiert hatten, um gemeinsam meist soziale oder caritative Aufgaben zu verfolgen, bewirkte einen Rückzug in die Kirchen und Pfarrhäuser und damit eine veränderte Situation, was die Öffnung hin zu säkularen Strukturen anbelangte. Dies hatte entscheidende Auswirkungen auf die Autonomie der Verbände: Als diese nach 1945 wiedergegründet wurden, standen sie viel stärker unter Kontrolle der kirchlichen Strukturen als zur Zeit der Weimarer Republik. Diese Entwicklung macht eine gewisse Verengung im kirchlichen Milieu deutlich, die das kirchliche Bewusstsein weiter Teile der Christ*innen wieder stärker binnenkirchlich orientierte, indem der kirchliche Blick auf die Gesellschaft

aus einer Außenperspektive erfolgte: Die Kirchen als moralische Instanzen sollten die Gesellschaft christlich prägen und ausrichten. In einer solchen Sichtweise ist wohl auch der hohe Stellenwert begründet, den die christlichen Kirchen in dieser Zeit ihrem Einfluss auf das Bildungswesen beimaßen, den sie nach dem Nationalsozialismus nun wiederzugewinnen versuchten.

Eine zweite Neuentwicklung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Kirche und Politik war die Zustimmung der katholischen Bischofskonferenz zur Bildung der Unionsparteien, womit die Idee einer eigenen katholischen Partei, in der auch Geistliche Ämter und Aufgaben übernehmen, wie es das Zentrum im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gewesen war, verschwand. Eine solche Entwicklung eröffnete zum einen die Chance einer größeren Autonomie der politischen Sphäre, weil damit die Bindung des katholischen Milieus an eine eigene Partei aufgeweicht und die direkte Einmischung des Klerus in die Politik zurückgedrängt wurde. Zum anderen entstand mit der Bildung der Unionsparteien erneut eine Anbindung der christlichen Kirchen – und zwar nicht nur der katholischen, sondern auch der protestantischen – an eine konservative Partei, deren politisches Programm einer kapitalistischen Ausrichtung der Nachkriegswirtschaft sowie der Wiederaufrüstung und Westintegration der neu entstehenden Bundesrepublik vonseiten der Kirchen ideologisch mitgetragen und legitimiert werden sollte. In Absetzung von diesem Kurs der Kirchenleitungen und großer Teile der kirchlichen Milieus waren es linkskatholische und linksprotestantische Stimmen,

die auch nach der Entstehung der Bundesrepublik gegen eine solche politische Ausrichtung Protest einlegten.

Obwohl man historisch von einem Versagen der Kirchen als Institutionen und weiter Teile der Christ*innen während der Zeit des Nationalsozialismus sprechen muss, was die Verteidigung fundamentaler Menschenrechte und den Protest gegen die Shoah wie den brutalen Vernichtungskrieg angeht, war das kirchliche Selbstbewusstsein der Nachkriegszeit ein diametral anderes: Nach dem Ende des Nationalsozialismus erhofften sich die Kirchen, dass das Scheitern dieser aus ihrer Sicht antichristlichen Ideologie nun auch im Gegenzug zur Rechristianisierung der Gesellschaft, ja zu einer «Renaissance des christlichen Abendlandes»² führen könnte. Man ging davon aus, dass sich nicht die Kirchen, sondern die säkularisierten Ideologien und Heilsversprechen als gescheitert erwiesen hätten, sodass das christliche Sinndeutungsangebot nun wieder gefragt sei. Die eigene Rolle im Nationalsozialismus wurde als widerständig heroisiert. Man habe sich nicht durch Kollaboration mit den Nazis diskreditiert. Bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen schienen einer solchen Hoffnung der Kirchen auf Gewinn an gesellschaftlicher Bedeutung zunächst recht zu geben: Tatsächlich lässt sich für die Jahre 1947/48 eine solche Wiederbelebung insbesondere katholischer Frömmigkeitsformen beobachten, die jedoch ein kurzlebiges Phänomen blieben und in eine lang anhaltende Phase übergingen, in der ein zunehmender Verlust von kirchlichen Bindungen zu beobachten war. Diesen Hoffnungen auf Rechristianisierung lag die Wahrnehmung zugrunde, dass die Bundesrepublik ein bereits weitgehend säkularisiertes «Missionland» sei,³ das nun, in Absetzung zum nationalsozialistischen, wieder ein christliches Deutschland werden sollte.

Anhand der Diskussionen um die Frage nach dem Versagen der Kirchen im Nationalsozia-

lismus und den Möglichkeiten einer neuen Wirtschaftsordnung im Nachkriegsdeutschland im Sinne eines «christlichen Sozialismus» sollen im Folgenden zwei Interventionen, die versucht haben, den Diskurs der Kirchen nach links zu verschieben, exemplarisch vorgestellt werden.

Beide Diskussionen waren dabei auch organisatorisch in Kreisen situiert, die für den Linkskatholizismus bzw. Linksprotestantismus jener Zeit eine bedeutende Rolle spielten: auf katholischer Seite das Milieu um die Zeitschrift *Frankfurter Hefte* und deren Herausgeber Walter Dirks, auf evangelischer der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Martin Niemöller als prominentem Mitglied.

Diskussion um die Schuldfrage

Eine der ersten und drängendsten Herausforderungen, die sich den Kirchen in der unmittelbaren Nachkriegszeit stellte, war die Frage nach dem Umgang mit der eigenen Rolle im Nationalsozialismus: Inwieweit lässt sich von einer (Mit-)Schuld der Kirchen und Christ*innen an den während der NS-Zeit begangenen Verbrechen sprechen und wie sollten sich die Kirchen zu ihrer eigenen Rolle in der NS-Zeit positionieren?

Die katholischen Bischöfe nahmen im August 1945 bereits in einem Hirtenwort zur Schuldfrage Stellung: Sie lobten die Katholiken, die integer geblieben waren und zum Beispiel in vorbildhafter Weise Juden versteckt hätten, und beklagten, dass es andere gegeben habe, die gegenüber den Verbrechen gleichgültig geblieben oder gar selbst zu Verbrechern geworden seien. Über ein Versagen der Kirche als Organisation und Institution oder eine konkrete Beurteilung des eigenen Verhaltens durch die Bischöfe schweigt sich das Hirtenwort aus. Die Abwehr der These von der Kollektivschuld der Deutschen blieb in den 1940er und 1950er Jahren die Einheitsmei-

nung der Bischofskonferenz und damit auch weiter Teile des deutschen Katholizismus.

Die protestantische Kirche sah sich durch das katholische Schuldbekenntnis ebenfalls zu ei-

ten⁴ und große Teile des protestantischen Milieus gespielt hatten, die mit dem Nationalsozialismus sympathisiert hatten. Es waren nur wenige, die sich wie Martin Niemöller, ehemaliger Konzentrationslagerhäftling und Repräsentant der Bekennenden Kirche, dagegen wandten, dass Menschen, die selbst in der NSDAP gewesen oder diese politisch und ideologisch unterstützt und gefördert hatten, nun wieder leitende Funktionen in den Kirchen

Das «Darmstädter Wort», stellt eine linksprotestantische Intervention in den Diskurs dar, der ansonsten von der Abwehr der Kollektivschuldthese geprägt war.

ner eigenen Positionierung herausgefordert, auch aus Sorge um die eigene Glaubwürdigkeit in der weltweiten Ökumene der protestantischen Kirchen. Das «Stuttgarter Schuldbekenntnis» vom Oktober 1945 blieb an vielen Stellen vage, klagte vor allem den mangelnden Widerstand an, ohne den Antisemitismus und die Mitschuld insbesondere an der Shoah zu thematisieren. In den Diskussionen um die Bewertung des Verhaltens der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus setzten sich die Spannungen unter den unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der evangelischen Kirche weiter fort, weit weniger als die katholische Kirche erschien die evangelische Kirche im Nationalsozialismus als ein monolithischer Block. So war der Flügel der Bekennenden Kirche der Überzeugung, als Einziger einen Weg aus den NS-Organisationsstrukturen herausgefunden und somit seine moralische Integrität bewahrt zu haben, während von vielen landeskirchlichen Vertretern dieser Weg als einer galt, der die kirchlichen Strukturen letztlich geschwächt habe, sodass sie auch im Nachhinein ihre Position der Neutralität gegenüber dem NS-Staat als eine legitime ansahen. Diese sich als neutral verstehenden landeskirchlichen Vertreter versuchten auf diese Weise, auch nach 1945 wieder Einfluss innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland zu erlangen und deren alte Strukturen wieder zu errichten. Was aber weitgehend unsichtbar blieb, war die Rolle, die die Deutschen Chris-

einnahmen. Niemöller sah darin einen erheblichen Schaden für die kirchliche Glaubwürdigkeit. Es blieb hier jedoch bei Appellen, die aus machtpolitisch Gründen innerhalb der Kirche folgenlos blieben. Die Evangelische Kirche in Deutschland konnte sich auf kein klares Vorgehen in dieser Frage einigen und so blieb der Umgang mit diesem Thema dem Ermessen der Kirchenleitungen selbst überlassen.

Das «Darmstädter Wort», ein Text von 1947, in dem sich der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Mitschuld der Kirche an den Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus bekannte, stellt eine linksprotestantische Intervention in den Diskurs dar, der ansonsten von der Abwehr der Kollektivschuldthese und dem Ruf nach Versöhnung über die unterschiedlichen kirchlichen Fraktionen hinweg geprägt war. Es thematisiert im Unterschied zur allgemeinen Tendenz der Schuldverdrängung und Schuldrelativierung eine Reihe von politischen Fehlentwicklungen innerhalb der Kirche, die die breite Zustimmung zum Nationalsozialismus und das Ausbleiben eines deutlichen kirchlichen Protests erst möglich gemacht hatten. Als solche benennt das «Darmstädter Wort» die Zustimmung der Kirchen zu einer auch militärischen Machtentfaltung des deutschen Staates, das Bündnis der Kirche mit den konservativen Kräften, eine weltanschauliche Frontbildung der Kirche und ihren Verrat an der Sache der Armen und Entrechteten. Allerdings

fehlte auch hier eine Stellungnahme zum Antisemitismus, zum Verbrechen der Shoah und dem Schweigen der Kirchen. Im «Darmstädter Wort» kommt bereits ein Linksprotestantismus zum Ausdruck, der kritisch nicht nur mit der Haltung der Kirchen im Nationalsozialismus umgeht, sondern diese auch in eine Verbindung zum Antikommunismus und Nationalismus weiter Teile der Kirchen setzt – und somit entsprechend kontextualisiert. Dies erkannten auch die Kritiker der Erklärung, die vor einem Eindringen des Sozialismus in die Kirchen warnten. Keine Kirchenleitung oder Landessynode stellte sich hinter das «Darmstädter Wort». Es blieb das Manifest einer kleinen Gruppe, die die Entwicklungen kritisch kommentieren, nicht aber maßgeblich bestimmen konnte.

Das «Darmstädter Wort» ist aus dem Bruderrat hervorgegangen, einer der kirchlichen Strukturen, die ihre Wurzeln in der Bekennenden Kirche hatte. Der Reichsbruderrat der Deutschen Evangelischen Kirche war in Zeiten des Nationalsozialismus als Organ der Opposition gegen die Kirchenleitungen in den Händen der Deutschen Christen entstanden. In der Nachkriegszeit wollte die Bekennende Kirche dieses Organ nicht aufgeben, aus dem Reichsbruderrat wurde der Bruderrat der Evangelischen Kirche. Das Konzept eines Bruderrates setzte zugleich ein bestimmtes Verständnis von Kirche voraus, die sich als Gemeinde von Brüdern konstituierte und somit in einer gewissen, für das klassische landeskirchliche Verständnis unüblichen weltanschaulichen Distanz zum Staat und den herrschenden politischen und weltanschaulichen Überzeugungen gesehen wurde. Der Bruderrat stellte also eine Form von Kirchenleitung dar, die weniger als die traditionellen evangelischen Kirchenleitungen am Konzept der staatlichen Verwaltung orientiert war. Er sollte in der Nachkriegszeit zu einer Instanz werden, die die Entwicklung der jungen Evangelischen Kirche in Deutschland kritisch be-

gleitete. Er war somit eines der wichtigsten organisatorischen Gremien des Linksprotestantismus, der sich gegen restaurative Tendenzen in der Nachkriegsgesellschaft wie in der Kirche wandte, legitimiert durch die eigene Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

So wies Martin Niemöller, der innerhalb des Bruderrates eine treibende Kraft war und auch an der Entstehung des «Darmstädter Wortes» wichtigen Anteil hatte, bereits im Juli 1945 darauf hin, dass die sogenannten neutralen Kräfte innerhalb der Kirchen und Kirchenleitungen, die also nicht zu den Deutschen Christen gehört hatten, sich aber in der Zeit des Nationalsozialismus stets loyal und herrschaftskonform verhalten hatten, nun wieder die führenden Positionen in der Kirche besetzten. Niemöller wollte den Geist der Bekennenden Kirche erhalten, statt die unterschiedlichen Fraktionen einfach zu befrieden und den Konflikt innerhalb der Evangelischen Kirche während des Nationalsozialismus vergessen zu machen. Die Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland im August 1945 stellte dennoch einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen kirchlichen Fraktionen her und führte somit zu einer Schwächung der Organe der Bekennenden Kirche.

Die Gründung der CDU und der Traum vom christlichen Sozialismus

Auf katholischer Seite hatte es zur Zeit des Nationalsozialismus keine vergleichbare Fraktionierung gegeben. Allerdings lässt sich die Frage, die das «Darmstädter Wort» aufwerfen wollte – nämlich auf welcher Seite sich Kirchen und Christ*innen in den gesellschaftlichen und politischen Fragen ihrer Zeit zu positionieren hätten –, in den Diskussionen um die Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialordnung in der Nachkriegszeit und der Suche nach einer entsprechenden christlichen Position wiederentdecken.

In der Gründungsphase der CDU gab es durchaus linke katholische Stimmen, die für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Geiste der christlichen Soziallehre eintraten und damit eine Alternative zu einer rein kapitalistisch ausgerichteten Wirtschaftsweise im Sinn hatten. Nach dem Nationalsozialismus, so ihre Auffassung, konnte eine bloße Restauration kapitalistischer Verhältnisse nicht der richtige Weg sein. Den meisten Vertretern der katholischen Soziallehre ging es dabei um eine Vermittlung der Interessen der Arbeiter*innen mit den Kapitalinteressen, um so eine Befriedung sozialer Konflikte zu erreichen. So wurde im «Ahlemer Programm» der CDU von 1947 eine Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne einer Bindung der Privatwirtschaft an die Bedarfsdeckung gefordert. Von einem solchen christlichen Sozialismus, der sich an den Grundideen der katholischen Soziallehre ausrichtete, erhoffte man sich, dass er helfen könnte, einen marxistisch inspirierten Sozialismus abzuwehren. Denn eine Rezeption marxistischer Ideen war bei den meisten Vertretern eines «christlichen Sozialismus» weder vorhanden noch erwünscht, vielmehr ging es darum, den Marxismus erfolgreich zu überwinden. Obwohl also insbesondere der Materialismus und die Idee des Klassenkampfes entschieden abgelehnt wurden, forderte man dennoch das Ende des kapitalistischen Gewinn- und Machtstrebens und eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen in den Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung. Ziemlich deutlich wurde damit von weiten Teilen der sich gründenden CDU die Hoffnung auf einen Sozialismus in der Wirtschafts- und Sozialpolitik formuliert, eine Diskussion freilich, die nach 1947 in der CDU vollständig zum Erliegen kam, als sich der Adenauer-Kurs durchsetzte.

Der am weitesten gehende Vorschlag in puncto christlicher Sozialismus aus dem linkskatholischen Milieu kam im Mai 1945 von dem katholischen Publizisten und Intellektuellen

Walter Dirks, der für die Gründung einer Sozialistischen Einheitspartei (SED) votiert hatte, die sich aus den Resten von KPD, SPD und linkem Zentrum bilden sollte. Nachdem KPD und SPD sich aber zu Walter Dirks Enttäuschung dazu entschieden, sich in alter Form neu zu konstituieren, hatte Dirks die Vision von der CDU als dritter sozialistischer Partei, die auf eine Koalition mit der SPD ausgerichtet sein sollte. Es ging darum, jene Schichten, die bislang nicht sozialistisch engagiert und nicht in der Arbeiterbewegung verwurzelt waren, durch die Anknüpfung an christliche soziale Motive für einen «demokratischen Sozialismus» zu gewinnen. Dieser linkskatholischen Vision nach sollte die CDU einen Mittelweg zwischen Staatssozialismus und Staatskapitalismus anstreben und eine Demokratisierung der Wirtschaft einläuten. Dirks' Ideen, formuliert in den «Frankfurter Leitsätzen», sahen das Bekenntnis zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage vor. Dies sollte die Überführung von großen Industrien und Banken in Gemeineigentum und eine planvolle Lenkung der Wirtschaft einschließen. Die Parteinahme von Walter Dirks für den Sozialismus beruhte auch auf den Schlüssen, die er aus dem Scheitern der Weimarer Republik gezogen hatte. Sie implizierte zudem eine Kritik am Bürgertum, das an diesem Scheitern einen entscheidenden Anteil hatte. Für Dirks und den linkskatholischen Kreis um die *Frankfurter Hefte* bedeutete dies das Ende der bürgerlichen Republik, auf das die Katholik*innen mit einem Eintreten für eine sozialistische Gesellschaft reagieren müssten. Dirks verfolgte damit ein anderes Konzept des christlichen Sozialismus als dasjenige, das etwa von dem Dominikanerpater Eberhard Welty vertreten wurde und das für die Diskussionen innerhalb der sich neu gründenden CDU bedeutsamer war. Gemeinsam war beiden die Forderung nach einer Umverteilung, die den Interessen der Besitzlosen dienen sollte, sowie die Aufhebung der Klassenspaltung durch eine De-

mokratisierung der Wirtschaft, die die Interessen aller vertreten und sich am Gemeinwohl orientieren sollte. Uneins war man sich darüber, wie das Verhältnis zur marxistischen Arbeiterbewegung zu bestimmen sei: Während Welty hier auf deutliche Abgrenzung setzte und jede Anknüpfung an einen marxistischen Sozialismus ausschloss, plädierten Walter

einfach um die Übernahme des gesellschaftlich Gegebenen, sondern um die Nachfolge Jesu in der praktischen Solidarität mit den Armen und den an den Rand Gedrängten und Ausgegrenzten, die sich in einer entsprechenden Positionierung innerhalb der Gesellschaft erst bewähren muss. Das katholische Milieu wurde dabei als Engführung und damit auch

Erst eine Auseinandersetzung und Annäherung an sozialistische Gewerkschaften und Parteien könne zu einer Rückbesinnung des Christentums auf die eigenen Wurzeln führen.

Dirks und die anderen Frankfurter Linkskatholiken für ein praktisches Zusammengehen von Christ*innen und Arbeiterbewegung, um sozialistische Forderungen durchzusetzen, wobei auch sie von einer prinzipiellen Unvereinbarkeit des christlichen und des marxistischen Welt- und Menschenbildes ausgingen. Allerdings war Dirks durchaus auch der Überzeugung, dass es wichtige Elemente gäbe, die Christ*innen vom Marxismus lernen und übernehmen könnten. Ein weiterer Unterschied war die Frage des Vorgehens bei der Bildung von Gemeineigentum: Welty plädierte für Entschädigungen an die ehemaligen Eigentümer*innen, auf die die Frankfurter verzichten wollten.

Die von Walter Dirks und Eugen Kogon im April 1946 gegründeten *Frankfurter Hefte* stellten mit einer Auflage zwischen 50.000 und 70.000 Exemplaren ein wichtiges Publikationsorgan des Linkskatholizismus in dieser Zeit dar und ermöglichten so die publizistische Verbreitung linkskatholischer Positionen. Wie sich am Beispiel der Auseinandersetzung um die Ausrichtung der CDU und des politischen Katholizismus aufzeigen lässt, war für den Linkskatholizismus die Ausrichtung auf die Welt und damit die Überwindung eines kirchlichen Binnenraums ein entscheidendes Anliegen. Es ging in dieser Hinwendung nicht

als Verzerrung der ursprünglichen Intentionen des Christentums kritisiert. Dieses Milieu habe sich in eine Frontstellung gegen die Moderne und den Sozialismus begeben, die dazu führe, dass eine Rückbesinnung auf die biblische Botschaft, die den sozialistischen Ideen durchaus nahestehe, nicht mehr möglich sei. Erst eine Auseinandersetzung und Annäherung an sozialistische Gewerkschaften und Parteien könne zu einer Rückbesinnung des Christentums auf die eigenen Wurzeln führen. Für den Linkskatholizismus war die Besinnung auf die kommunitären und egalitären Ideale des Christentums entscheidend, aus der heraus auch Demokratiedefizite, dogmatische Verhärtungen und der Verlust utopischer und internationalistischer Perspektiven innerhalb der politischen Linken kritisiert wurden. Seine politische und gesellschaftliche Ausrichtung auf den Raum *jenseits* der Kirche unterscheidet den Linkskatholizismus von anderen katholischen Reform- und Erneuerungsbewegungen der Zeit. Während diese auf innerkirchliche Fragen konzentriert blieben, beanspruchte die linkskatholische Botschaft, klar an den gesellschaftlichen Verhältnissen ausgerichtet zu sein. An Fragen der Kirchenreform war sie nur dann interessiert, wenn durch sie ein neues politisches Verständnis des Christentums deutlich und möglich wur-

de. Die Wirkung des Linkskatholizismus jener Jahre auf die politische Gegenwart war letztlich gering: Hier setzten sich im katholischen Milieu weitgehend die restaurativen und konservativen Positionen durch, der linke Katholizismus blieb marginal.

Kritik an alten Bindungen und Versuche einer gesellschaftlichen Neuausrichtung

Linkskatholizismus wie Linksprotestantismus der Nachkriegszeit teilten miteinander die Erfahrung gesellschaftlicher wie kirchlicher Marginalität. Es gelang ihnen zwar durch die Präsenz ihrer bedeutenden Repräsentanten, wie Walter Dirks und Martin Niemöller, öffentlich wahrnehmbar zu sein und mit ihren Veröffentlichungen in den Diskurs zu intervenieren, ihre Positionen blieben jedoch kritische Kommentare in einer Zeit, die politisch wie kirchlich vor allem auf Restauration setzte. Im kirchlichen wie gesellschaftlichen Leben ihrer Zeit konnten linkschristliche Positionen kaum Wirkung entfalten, es fehlte hierzu ein breites Milieu, das diese aufgegriffen hätte. Dies hat sicher auch damit zu tun, dass die Bereitschaft zu einer echten Vergangenheitsbewältigung im Sinne einer Auseinandersetzung mit der Entstehung und dem Aufstieg des Faschismus und seinen Gründen sowie auch der Rolle gesellschaftlicher Institutionen wie der Kirchen darin weder in der Kirche noch in der Gesellschaft gegeben war.

Linkskatholizismus wie Linksprotestantismus der Nachkriegszeit waren also keine sozialen Bewegungen, auch keine kirchlichen Reformbewegungen, sondern blieben ein Anliegen kleiner Zirkel und Gruppen, die allerdings gerade durch ihr Nachdenken über mögliche Allianzen zwischen Christ*innen und Linken und

ihrer Kritik der Bindung der Kirchen an den politischen Konservatismus ein Möglichkeitsfeld eröffneten. Sie griffen damit auf die christliche Botschaft selbst und die hier angelegten Traditionen des Einsatzes für die Armen und Unterdrückten sowie der Herrschaftskritik zurück. Diese egalitäre Botschaft des Christentums war durch den kirchlichen Antikommunismus sowie die Feindschaft gegenüber der Moderne und dem Sozialismus im 19. und 20. Jahrhundert verstellt worden und spielte damit im kirchlichen Bewusstsein kaum eine Rolle. Sie wieder hervorgehoben zu haben und damit den Weg einer gesellschaftlichen und politischen Neuausrichtung des Christentums eröffnet zu haben ist sicherlich ein Verdienst des Linkskatholizismus wie des Linksprotestantismus der Nachkriegszeit.

Durch ihre publizistischen und kirchlichen Positionierungen wurde ein Bündnis zwischen Kirche und gesellschaftlicher Linker denkbar, auch wenn diese Positionierung kaum praktische Folgen hatte. Die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer Allianz zwischen Christ*innen und Linken theologisch zu durchdenken wie politisch im Zusammengehen mit sozialen Bewegungen und linken Gewerkschaften und Parteien umzusetzen sollte jedoch den befreiungstheologischen und politisch-theologischen Aufbrüchen und Reflexionen ab den 1960er Jahren vorbehalten bleiben.

1 Zur Verwendung des Gender-Sternchens in dieser Broschüre siehe Fußnote 2 auf S. 3. 2 Walter, Franz: Katholizismus in der Bundesrepublik. Von der Staatskirche zur Säkularisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1996, S. 1103. 3 Ziemann, Benjamin: Säkularisierung und Neuformierung des Religiösen. Religion und Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Archiv für Sozialgeschichte 51, 2011, S. 13. 4 Die «Deutschen Christen» waren eine Strömung in der evangelischen Kirche während der NS-Zeit. Ihr Hauptziel war eine Angleichung des Christentums an die NS-Ideologie. So forderten sie etwa den Ausschluss von Christ*innen jüdischer Herkunft aus der Kirche, was zum Kirchenkampf mit anderen evangelischen Christ*innen führte.

Arno Klönne

DIE GESAMTDEUTSCHEN INTERNATIONALEN JUGENDTREFFEN 1946/47 UND IHR SCHEITERN¹

DER WUNSCH NACH «JUGENDEINHEIT» UND DIE DEUTSCHLANDPOLITISCHE WIRKLICHKEIT

Anfang November 1947 konferierten in Haus Altenberg bei Köln Repräsentanten der deutschen Jugendverbände quer durch die Besatzungszonen, um Möglichkeiten einer interzonalen Zusammenarbeit und eines gesamtdeutschen «Jugendringes» zu prüfen. Es war vor allem die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die auf eine solche interzonale Jugendkonferenz hingedrängt hatte, der spätere Staatsratsvorsitzende Erich Honecker war in Haus Altenberg deren Wortführer für die Sowjetische Besatzungszone. Heinz Westphal, später Vizepräsident des Deutschen Bundestages, war bei der Altenberger Konferenz einer der Sprecher der Sozialistischen Jugend «Die Falken», und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend wurde durch Josef Rommerskirchen vertreten, der später Erster Vorsitzender des (west-) Deutschen Jugendringes und Bundestagsabgeordneter der CDU wurde.

Das gesamtdeutsche Treffen von Jugendverbandsvertretern im November 1947 war der Höhepunkt der Versuche, in den ersten Nachkriegsjahren eine umfassende Vertretung der «jungen Generation» einschließlich der Jugendverbände und Jugendbünde zustande zu bringen; es verband sich damit der Gedanke, dass in der Jugendgeneration in besonders intensiver Weise der politische Wille zur Erhaltung der deutschen Einheit existiere. Die damaligen Versuche, einen interzonalen Jugendring zu bilden, waren einerseits den politischen Bedingungen der Teilung Deutschlands unterworfen, andererseits bestand doch ein gewisser Spielraum für eigene Initiativen

der Jugendverbände. Auch war noch nicht endgültig klar, welche Organisationsstrukturen die Jugendarbeit bestimmen würden. Wenige Jahre später hatten diese Fragen ihre Antworten gefunden: in der Bundesrepublik mit der Durchsetzung der großen Jugendverbände und deren Konföderation im Deutschen Bundesjugendring (von dem die westdeutsche FDJ ausgeschlossen blieb); in der DDR mit dem langfristigen Monopol der FDJ im Feld der Jugendarbeit und der Homogenisierung dieses Verbandes im Sinne der SED-Politik.

Die ersten Versuche zur Bildung eines Deutschen Jugendrings kamen nicht aus dem Raum der großen Jugendverbände, sondern aus dem Terrain parteipolitisch oder konfessionell nicht festgelegter, an die «freie» Jugendbewegung anknüpfender Gruppierungen. Den Anstoß gab hier der Historiker Ulrich Noack. Als persönlicher politischer Referent des hessischen Ministerpräsidenten Karl Geiler rief Noack im Frühjahr 1946 eine verbandsunabhängige Gruppierung ins Leben, die sich «Tag der jungen Generation» nannte. Der «Bund der Bünde», demokratisch und gesamtdeutsch orientiert, war als «Bewegung politisch aktiv denkender junger Deutscher» gedacht.

Oktober 1946: «Tag der jungen Generation» auf dem Hohen Meißner

Die Veranstaltungen des «Tags der jungen Generation» hatten zeitweise durchaus öffentlichen Erfolg; das Spektrum der Beteiligten zeigt die zu dieser Zeit noch mögliche politische Spannweite an. Noack suchte be-

wusst die symbolische Verbindung seines Vorhabens mit dem Aufbruch der deutschen Jugendbewegung bzw. der Freideutschen Jugend vor dem Ersten Weltkrieg. Für den 12./13. Oktober 1946 rief der «Tag der jungen Generation» zu einem Jugendtreffen auf dem Hohen Meißner auf, dem «historischen Ort» der deutschen Jugendbewegung. Das Treffen sollte ein Signal sein für eine «neue Einheit Deutschlands durch den neuen Bund seiner jungen Generation».

Immerhin kamen trotz aller zeitbedingten Schwierigkeiten im Oktober 1946 auf dem Hohen Meißner mehr als 1.000 Jugendliche und Jugendleiter zusammen; freilich fand Ulrich Noack mit seinen Vorschlägen zum «Hochbund» mehrheitlich keine Zustimmung. Zu stark waren die Romantizismen seiner Konzeption. Am Treffen nahmen Gruppen aus den verschiedensten Jugendverbänden – auch aus der FDJ – teil, und man einigte sich auf die folgende Proklamation:

«Die vom Tag der jungen Generation zum 13. Oktober 1946 auf den Hohen Meißner eingeladene deutsche Jugend ruft einmütig dazu auf, überall in Deutschland, in Stadt und Land und allen Zonen, sich zu Jugendringen in demokratischem Geiste zusammenzuschließen zu gemeinsamer Arbeit mit dem Ziele der Bildung des deutschen Jugendrings. Die deutsche Jugend bekennt sich aus höchster menschlicher und politischer Verantwortung der Jugend aller Völker gegenüber zum Gedanken der Demokratie, sozialen Gerechtigkeit und Völkergemeinschaft. Mit innerer Wahrhaftigkeit will sie damit dem Völkerfrieden dienen.»

Ein weiteres interzonales Jugendtreffen sollte Pfingsten 1947 auf dem Hohen Meißner stattfinden; der Kurhessische Jugendring übernahm es, eine «Mittelstelle des Deutschen Jugendringes» mit dem Sitz in Kassel-Wilhelmshöhe einzurichten. Die Rolle des Initiators gesamtdeutscher Jugendkontakte ging damit von Ulrich Noack an den Pfarrer und Pädagogen

Hermann Schafft über, der aus der Jugendbewegung vor 1933 kam und Vorsitzender des Kurhessischen Jugendrings war. Ebenso übernahm der Bayerische Jugendring eine Art Mittlerfunktion für den erstrebten gesamtdeutschen Jugendring, dies insbesondere im Hinblick auf Kontakte zur FDJ in der Sowjetischen Besatzungszone.

Die Kasseler «Mittelstelle des Deutschen Jugendrings» vertrat das Konzept eines «Aufbaus von unten her»; aus vielen lokalen und regionalen Jugendringen und aus größeren Treffen von Jugendgruppen sollte ein interzonales «Dach» entstehen. Mit einem Flugblatt «Was will der Deutsche Jugendring?» wandte sich die Mittelstelle gegen «die Gefahr der politischen Gleichgültigkeit der Jugend», aber auch gegen «die Gefahr der Politisierung der Jugend von Seiten der Parteien» und gegen jede «neue Einheits- oder Staatsjugend». Publizistische Unterstützung fand das Konzept des Meißner-Treffens und der Kasseler «Mittelstelle» bei einigen einflussreichen unabhängigen Jugendzeitschriften in den Westzonen, so bei der in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift *Das junge Wort*, die sich ebenfalls auf die Tradition der Jugendbewegung berief. Hier wurden «die Einheit Deutschlands über alle trennenden Zonengrenzen hinweg, der friedliche Austausch mit der Jugend aller friedliebenden Völker und die Überwindung des Naziungeistes durch einen neuen Lebensstil der deutschen Jugend» als politische Perspektiven des Deutschen Jugendrings herausgestellt.

Sollte der auf dem Hohen Meißner angezielte Weg zu einem gesamtdeutschen Jugendring gangbar sein, so setzte dies allerdings eine Billigung durch die Besatzungsverwaltungen und zumindest die Toleranz der deutschen politischen Institutionen voraus. Dazu hätte auch die Bereitschaft der damals politisch entscheidenden Instanzen gehört, im Feld der Jugendarbeit oder Jugendbewegung einen Raum für die Kommunikation zwischen den Westzonen und der Ostzone offenzuhalten.

Die Hoffnung auf eine gesamtdeutsche «Beweglichkeit» der jungen Generation erwies sich jedoch als utopisch angesichts der damaligen machtpolitischen Konstellationen; damit verlor auch das Konzept eines Deutschen Jugendrings als Ausdruck einer «synthetisierenden» Jugendbewegung seinen Boden. Offen blieb zunächst noch, ob wenigstens ein gesamtdeutscher Jugendring im Sinne eines Arrangements «von oben her», also im Wege einer taktisch ausbalancierten Repräsentation der Hauptrichtungen der Jugendverbände zustande käme.

Die FDJ in der sowjetischen Zone und die Leitungen der großen Jugendverbände in den Westzonen hatten jene Bemühungen um einen Deutschen Jugendring, die von Noack und dann von Schafft ausgingen, mit Unbehagen beobachtet. Der FDJ in der Sowjetischen Besatzungszone musste eine Jugendring-Bewegung «von unten her» als mögliche Gefährdung einer politisch kontrollierten Entwicklung der Jugendarbeit erscheinen; den großen Jugendverbänden in den Westzonen erschien eine Jugendringentwicklung im «Meißner»-Stil als lästige Konkurrenz zu der von ihnen angestrebten gemeinsamen Repräsentation der jugendverbandlichen Leitungen. Zudem sahen die FDJ und die westzonalen großen Jugendorganisationen die Meißner-Initiativen als zu sehr von der Tradition der Jugendbewegung geprägt an. Im Frühjahr und Sommer 1947 wechselte das Thema «Deutscher Jugendring» von der Seite des Kurhessischen und Bayerischen Jugendrings hinüber zu den Jugendverbandszentralen. Gleichzeitig entwickelte die FDJ in der Sowjetischen Besatzungszone den größten Öffentlichkeitsdruck in Richtung auf eine «Einheit der deutschen Jugend», was sich durchaus in die damalige deutschlandpolitische Argumentation der SED und der Sowjetunion einfügte.

Die Betonung einer «gesamtdeutschen Mission» der jungen Generation im Zonen-Deutsch-

land spielte in den politischen Verlautbarungen der frühen FDJ eine zentrale Rolle. Das 1. Parlament der FDJ Pfingsten 1946 in Brandenburg an der Havel hatte die «Erhaltung der Einheit Deutschlands» zum obersten Leitsatz der Jugendorganisation erklärt; Erich Honecker zitierte in seinem Referat dort das nationale «Bekenntnis» der Studenten auf der Wartburg 1817:

«Die Lehre von der Spaltung in Norddeutschland und Süddeutschland ist irrig, falsch und verrucht. Es ist eine Lehre von dem bösen Geist ausgegangen [...] Deutschland ist eins und soll nur einen Sinn und ein Herz haben.»

Das zweite Parlament der FDJ Pfingsten 1947 in Meißen verkündete eine «Botschaft an die deutsche Jugend», die an erster Stelle die «unteilbare deutsche Republik» als Zielsetzung nannte; in Meißen wurde auch ein «Aufruf an die demokratischen Jugendorganisationen in Deutschland» herausgebracht, mit dem nun die FDJ offiziell die Bildung eines gesamtdeutschen Jugendrings vorschlug.

Schon vor dem Parlament in Meißen hatte die FDJ-Leitung in der FDJ-Hochschule Bogensee Gespräche mit Vertretern westdeutscher Jugendorganisationen (darunter Erich Lindstaedt für die Falken, Hans Mertens für die Katholische Jugend, Michael Jovy für die Bündische Jugend) geführt, um die Möglichkeiten einer institutionalisierten Zusammenarbeit auszuloten. In der Folge dieser Kontakte kam es zu Verabredungen, wonach der Jugendhof Vlotho (damaliger Leiter: Klaus von Bismarck) der Treffpunkt für weitere Bemühungen um einen Deutschen Jugendring sein sollte. Dieses Vorhaben stieß aber auf Einwände der Britischen Militärregierung, bei der die Kontrolle über die Tätigkeiten des Jugendhofs Vlotho lag. Die Briten fürchteten, dass es zu hochpolitischen gesamtdeutschen Jugendkontakten kommen könnte. Nun übernahm es die Katholische Jugend, zu einer gesamtdeutschen Konferenz in ihre Zentralstelle Haus Altenberg einzuladen. Der Britischen Militärregierung er-

schien ein solches Treffen «auf dem Boden» eines konfessionellen Verbandes, noch dazu als «Gedankenaustausch» deklariert, nicht so problematisch wie eine Zusammenkunft in einer Stätte der öffentlichen Jugendarbeit. Im Sommer und Frühherbst 1947 warb die FDJ-Zeitung *Junge Welt* auf ihren Titelseiten für ein Zustandekommen und Gelingen der gesamtdeutschen Jugendkonferenz im Haus der Katholischen Jugend. Kennzeichnend für die damalige Stimmung: Der Bayerische Jugendring sah in dem FDJ-Aufruf zur Vorbereitung eines Deutschen Jugendrings «einen neuen, entscheidenden Schritt zur Überwindung der Schranken», die wegen der Zoneneinteilung auch zwischen der Jugend der verschiedenen deutschen Gebiete aufgestellt seien. Und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend lehnte zwar eine Einladung zum FDJ-Parlament 1947 in Meißen ab (unter Hinweis auf den Ausschluss des jungen Katholiken Manfred Klein aus dem Zentralrat der FDJ), erkannte aber «Positives» in der Arbeit des FDJ-Parlaments «mit Freude an» und erklärte: «Dazu arbeiten wir gern in der gesamtdeutschen Jugend mit.»

Als es im November 1947 zur Konferenz von Jugendverbandsvertretern aus ganz Deutschland in Haus Altenberg kam, verbanden sich jugendpolitische Probleme mit den nun rasch zur Entscheidung drängenden Fragen der «großen» Deutschlandpolitik; es stand die Außenministerkonferenz in London an, die über die künftigen deutschlandpolitischen Vorgehensweisen der Besatzungsmächte befinden sollte.

In der FDJ-Führungszeitschrift *Junge Generation* (Berlin) hatte Erich Honecker in einem Beitrag unter dem Titel «London und die deutsche Jugend» folgende Position formuliert: «Es gibt für jeden vernünftigt denkenden Menschen keinen irgendwie gearteten Grund, dem deutschen Volk in der schwersten Periode seiner Geschichte deshalb seine nationale Einheit vorzuenthalten, weil es von einer ver-

brecherischen Bande von Abenteurern zu dem Versuch ausgenutzt wurde, andere Völker zu unterwerfen. So wenig jemand auf den Gedanken kommt, die deutsche Sprache zu verbieten, weil sich ihrer einst die Nazis bedienten, so wenig kann man die Zusammengehörigkeit eines Volkes aufheben, weil es sich auf einem verhängnisvollen Weg befand.»

Die emphatische Forderung nach der Einheit Deutschlands vertrat Erich Honecker damals gewiss nicht nur, weil sie zu diesem Zeitpunkt dem deutschlandpolitischen Konzept der Sowjetunion entsprach; gesamtdeutsches Denken war in den Jahren nach 1945 sicherlich Teil des politischen Weltbildes, dass jemand wie Honecker aus dem Widerstand und aus dem Zuchthaus mitbrachte. Bemerkenswert ist, dass die deutsche Nation im Sinne des Deutschen Reiches von 1871 in Honeckers Denken 1947 offensichtlich als «natürliche», überhistorische Größe begriffen und das «Dritte Reich» als Werk einer «Bande von Abenteurern» charakterisiert wurde; da wurden geschichtspolitische Vereinfachungen von links her sichtbar.

Zur Konferenz in Haus Altenberg brachte Erich Honecker einen Satzungsentwurf für den erstrebten Deutschen Jugendring mit, der sich an das Statut des bis 1933 bestehenden «Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände» anlehnte, ferner den Entwurf einer Erklärung der deutschen Jugendverbände an die Londoner Außenministerkonferenz. Dieser Text, als historische Quelle zumeist kaum beachtet, wird im Folgenden vollständig wiedergegeben:

«Entwurf: Erklärung der deutschen Jugendverbände zur Londoner Konferenz

In tiefer Sorge um die Zukunft unseres Volkes und erfüllt von hoher sittlicher Verpflichtung, blickt die deutsche Jugend mit großen Erwartungen auf die bevorstehende Konferenz der Außenminister in London. Die junge Generation will durch tätige Mitarbeit zur Festigung der Grundlagen der Demokratie

und des Friedens beitragen. Darum erwartet die deutsche Jugend Entscheidungen, die den augenblicklichen Zustand der Zerrissenheit Deutschlands beenden und durch die Schaffung eines Friedensvertrages mit Deutschland eine neue Periode friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern einleiten. Das deutsche Volk und seine Jugend würden damit die Gewißheit erhalten, daß ungeachtet der schweren Belastungen bei der demokratischen Neugestaltung des Lebens der Weg in eine bessere Zukunft führt. Die deutsche Jugend als die künftige Trägerin eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen Deutschlands unterbreitet daher folgende Vorschläge der Konferenz der Außenminister:

Aufhebung der Zonengrenzen und Schaffung einer einheitlichen demokratischen Republik. Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung, Bildung einer provisorischen deutschen Regierung und Vorbereitung von Wahlen für ganz Deutschland.

Ausarbeitung des Entwurfes einer deutschen demokratischen Verfassung. Durchführung einer Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf. Schnelle Zurückführung aller Kriegsgefangenen.

Endgültige Festsetzung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen.

Die unterzeichneten demokratischen Jugendverbände sind sich der großen Bedeutung dieser Vorschläge bewusst, die für sie gleichzeitig auch Verpflichtung sind. Es geht vor allem um die Sicherung der Einheit Deutschlands. Eine Teilung Deutschlands widerspricht den Lebensinteressen des deutschen Volkes und seiner Jugend. In einem geteilten und zerrissenen Deutschland werden selbst die größten Anstrengungen zur Beseitigung des Militarismus und Faschismus ohne Erfolg bleiben. Die junge Generation kann sich deshalb niemals mit einer Zerreißung Deutschlands abfinden.

Die deutschen demokratischen Jugendver-

bände versichern, von sich aus mitzuhelfen, Deutschland entsprechend den Grundsätzen der Demokratie, des Friedens und der Völkerfreundschaft aufzubauen.»

Die von Honecker vorgeschlagene gemeinsame Erklärung an die Londoner Konferenz kam in Haus Altenberg nicht zustande; insbesondere die Vertreter der Falken und des Bundes der Katholischen Jugend waren nicht bereit, zusammen mit der FDJ eine politische Deklaration zu unterzeichnen, solange in der Sowjetischen Besatzungszone die freie Betätigung für alle Jugendverbände nicht zugestanden war. Allerdings gab es bei der Diskussion in Altenberg keine Äußerungen, die zu dem Honecker'schen Satz, dass «die junge Generation sich mit einer Zerreißung Deutschlands niemals abfinden» könne, Widerspruch kundtaten.

Gegensätzliche Meinungen standen sich bei der Altenberger Konferenz in der Frage nach der Struktur der Jugendarbeit und im Demokratieverständnis gegenüber. Insbesondere Josef Rommerskirchen und Heinz Westphal kritisierten scharf, dass in der Sowjetischen Besatzungszone als Jugendverband nur die FDJ zugelassen war; angesichts dessen sei die Bildung eines gesamtdeutschen Jugendrings vorerst nicht denkbar. Erich Honecker schlug daraufhin vor, dass sich alle Jugendorganisationen, die in Altenberg vertreten waren, an den Alliierten Kontrollrat wenden und ihre Zulassung auf gesamtdeutscher Ebene beantragen sollten; er beklagte, dass die FDJ in den Westzonen keine volle Entfaltungsfreiheit habe. Die Vertreter der Falken und des Bundes der Katholischen Jugend erklärten, für gesamtdeutsche Zulassungsanträge beim Kontrollrat sei die Situation in der Sowjetischen Besatzungszone noch nicht reif; eine Jugendarbeit «frei von Furcht» sei dort zurzeit nicht möglich, was sich unter anderem in den Verhaftungen nonkonformer, politisch aktiver junger Menschen durch die sowjetische Besatzungsmacht erweise.

Interessant ist, dass die Vertreter der FDJ in Haus Altenberg zwar alle Vorwürfe zurückwiesen, in der Sowjetischen Besatzungszone etablierte sich eine neue Diktatur, dass sie aber die konkrete Kritik an Maßnahmen der Sowjetischen Militärverwaltung nicht völlig ablehnten. Helmut Heins (Vertreter der Westzonen-FDJ) betonte, die FDJ sei nicht mit der sowjetischen Besatzungsadministration identisch. Edith Baumann (die in Altenberg neben Honecker die FDJ der Sowjetischen Besatzungszone vertrat) stellte heraus, dass die FDJ sich bei der Sowjetischen Militärverwaltung für verhaftete Jugendliche eingesetzt habe; die Sowjets «ließen sich aber ebenso wenig wie die Engländer und Amerikaner von den Deutschen etwas vorschreiben». In einer gemeinsamen Stellungnahme der FDJ-Delegation hieß es: «Die «Falken» mögen vom Gesichtspunkt der Entfaltung ihrer Organisation berechnete Klagen haben [gemeint: im Hinblick auf die Sowjetische Besatzungszone], wahrscheinlich sind diese Klagen genauso berechnete wie die unsrigen hinsichtlich der Entwicklung in den westlichen Zonen.» Vorrangig, so argumentierten die FDJ-Vertreter, sei in der gegebenen Situation das gemeinsame öffentliche Eintreten der Jugendverbände für die Einheit der Nation.

Eine vermittelnde Rolle spielten in Haus Altenberg die Repräsentanten der Bündischen Jugend. Sie schlugen vor, die gesamtdeutsche Verständigung der Jugendorganisationen «von unten her» zu befördern durch den Ost-West-Austausch von Fahrtengruppen, ein Gedanke, dem Erich Honecker zustimmte, der aber in der Folgezeit nicht mehr zur Realisierung kam. Kompromissvorschläge der Vertreter der Bündischen Jugend ermöglichten dann die folgende gemeinsame Presseerklärung der in Haus Altenberg Versammelten:

«In Haus Altenberg bei Köln waren vom 3. bis 5.11.1947 Vertreter deutscher Jugendverbände zu einem Gespräch über die Möglichkeiten interzonaler Zusammenar-

beit für die Interessen der gesamtdeutschen Jugend versammelt. Ausgehend von dem Wunsch der deutschen Jugend zur Schaffung eines einheitlichen und unabhängigen Deutschlands, wurde die grundsätzliche Bereitschaft zu solcher Zusammenarbeit von allen Verbandsvertretern ausgesprochen. Es ist Voraussetzung für die erfolgreiche Zusammenarbeit, daß die freie demokratische Entwicklung und Arbeit der Jugendverbände in allen Zonen Deutschlands gleichermaßen verwirklicht wird.»

Intern wurde ferner vereinbart, den einzelnen Jugendverbänden zu empfehlen, sich mit Appellen an die Londoner Außenministerkonferenz für die Einheit Deutschlands einzusetzen. Der Zusammenkunft in Haus Altenberg sollte ein weiteres Treffen in derselben Zusammensetzung im Frühjahr 1948 folgen, wo über Grundrechte der jungen Generation als mögliche gemeinsame Leitlinien der Jugendverbände diskutiert werden könne.

Die gemeinsame Presseerklärung wurde von der FDJ zunächst publizistisch als Erfolg bewertet, obwohl eine der beiden darin enthaltenen Aussagen sich als Kritik an der Jugendpolitik der Sowjetischen Besatzungszone verstehen ließ. Ein gesamtdeutscher Jugendring war zwar in Haus Altenberg nicht gegründet worden, aber die Türen im ost-westlichen Umgang der Jugendverbände miteinander waren nicht zugeschlagen worden – noch nicht.

Erst im Frühjahr 1948, als die anderen Jugendverbände nicht mehr bereit waren, zu dem in Haus Altenberg verabredeten nächsten Treffen mit der FDJ zusammenzukommen, rückte die FDJ von der positiven Wertung der Altenberger Konferenz ab; Erich Honecker schrieb nun, diese habe «unter einem ungünstigen Stern gestanden». Gemeint war damit, die westlichen Besatzungsverwaltungen hätten hinter den Kulissen die in Haus Altenberg geplante Konstituierung einer gesamtdeutschen Jugendvertretung verhindert; Vertreter der westlichen Mi-

Dass die westalliierten Kontrollorgane 1947 einen Deutschen Jugendring als zonenübergreifende Repräsentation einer unabhängigen Politik der jungen Generation in Deutschland nicht wünschten, liegt nahe.

litärregierungen hätten dann, so Honecker, in den folgenden Monaten in Kooperation mit den Falken und der Katholischen Jugend die gesamtdeutschen Jugendverbandkontakte generell zum Erliegen gebracht. Plausibel ist daran, dass den politischen Entscheidungen auch der Jugendverbände in den Westzonen damals durch die Interessen der Besatzungsmächte bestimmte Grenzen vorgegeben waren. Dass die westalliierten Kontrollorgane 1947 einen Deutschen Jugendring als zonenübergreifende Repräsentation einer unabhängigen Politik der jungen Generation in Deutschland nicht wünschten, liegt nahe.

Andererseits scheiterte das Projekt eines Deutschen Jugendrings 1947 auch – wie Vertreter der Katholischen Jugend und der Falken später zu Recht festgestellt haben – an der Weigerung der FDJ, für die Koalitionsfreiheit der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone einzutreten. Ob die FDJ-Führung hier gegenüber der Sowjetischen Militäradministration Spielraum für eine andere Politik hätte erreichen können, lässt sich nachträglich nicht klären. In jedem Falle hatte der Wunsch nach einem gesamtdeutschen Jugendring nur so lange eine Chance, als die staatliche Aufteilung Deutschlands noch nicht vollzogen war. Die in raschem Tempo verlaufende deutsche Nachkriegsgeschichte ging über alle Versuche «gesamtdeutscher Jugendverständigung» hinweg; die Jahre 1948/49 ließen die Trennung der politischen Entwicklungen in Deutschland (Ost) und Deutschland (West) perfekt werden. Mit der Währungsreform 1948 in den drei westlichen Besatzungszonen war die westdeutsche Staatsgründung vorbereitet, die dann 1949 erfolgte; danach wurde rasch die DDR gegründet.

Die großen westdeutschen Jugendverbände bereiteten ihren Bundesjugendring vor. Er wurde im Oktober 1949 in Haus Altenberg konstituiert, unter Ausschluss der westdeutschen FDJ. Immer mehr wurde sie in ihren Ideen und Formen auf sowjetische Muster der Jugendarbeit ausgerichtet. Abweichler in der Leitung der FDJ wurden verdrängt, es kam weiter zu Verhaftungen politisch kritischer junger Leute. In der Bundesrepublik wurde die FDJ im Jahr 1951 verboten. Hier setzten nun darüber hinaus umfangreiche Repressionen des Staates gegen politisch aktive Bürger ein, die sich in die Fronten des Kalten Krieges nicht einordnen wollten und der «Ostorientierung» verdächtigt wurden.

Dass die deutsche Jugend «sich mit der Zerreißung Deutschlands niemals abfinden» werde, erwies sich, was die jungen Generationen in und nach den Trümmerjahren angeht, als historische Fiktion. Die machtpolitischen Gegebenheiten waren stärker als alle gesamtdeutschen Hoffnungen. Für die große Mehrheit der jungen Menschen im Osten wie im Westen Deutschlands ging es vorrangig erst einmal darum, unmittelbare Lebensbedürfnisse realisieren zu können, sich zu «beheimaten», Wege zu Ausbildung und Beruf zu finden. Das geschah unter den Bedingungen der jeweiligen Besatzungszonen. Die Trennungen im deutschen Territorium gewöhnten sich alltagspraktisch ein. Vier Jahrzehnte hindurch war nun auch die Jugendphase im Lebenslauf der Deutschen teilstaatlich geformt.

1 Bei diesem Text handelt es sich um ein Kapitel («Der Wunsch nach Jugendeinheit und die deutschlandpolitische Wirklichkeit») aus Arno Klönne: Hoffnung in Trümmerjahren. Die junge Generation in Deutschland 1945–1949, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt 2015. Wir danken der Landeszentrale für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung.

Jörg Wollenberg

ZUR VERHINDERTEN NEUORDNUNG IM BILDUNGSWESEN NACH 1945

Für Friedrich Meinecke, den damals 83-jährigen Kathederfürsten der deutschen Historikerzunft, war die Welt nach 1945 schnell wieder in Ordnung: «Wir bedürfen keiner radikalen Umschulung, um wieder als Glied der abendländischen Kulturgemeinschaft wirksam zu werden. Radikal verschwinden muss nur der nazistische Größenwahn mit seiner Un- und Afterkultur.»¹ Um den «Betriebsunfall Hitler» aufzuarbeiten, empfahl er die Bildung von Gemeinschaften gleichgerichteter Kulturfreunde «in jeder deutschen Stadt und größeren Ortschaft», denen er «am liebsten den Namen ‹Goethegemeinde› geben» wollte und denen «die Aufgabe zufallen [würde], die lebendigsten Zeugnisse des großen deutschen Geistes durch den Klang der Stimme den Hörern ins Herz zu tragen».² Geistige und politisch-moralische Erneuerung der Deutschen durch eine Restauration der in der NS-Zeit konfliktlos instrumentalisierten deutschen Größen der abendländischen Kultur? Auf jeden Fall: «Goethe wurde der Mann für die stillen Stunden, unter der mit dem Schirm bedeckten Lampe [...] und daher so oft die Zuflucht für die moralischen Drückeberger», urteilte 1951 der Rabbiner Leo Baeck, der Theresienstadt überlebt hatte, in einem Brief an den Bundespräsidenten Theodor Heuss.³ Und er fuhr fort: «Es ist bezeichnend, dass ein jämmerliches Buch eines bedeutenden Mannes, die ‹Deutsche Katastrophe› von Meinecke, mit dem Aufruf zum ‹Goethe-Kränzchen› schließt.»

Als es nach der Kapitulation von 1945 darum ging, die Deutschen das zweite Mal nach 1918 zu Demokrat*innen⁴ umzuerziehen, stellten sich nicht nur die liberalen «Vernunftrepublikaner» der Weimarer Republik dem

Wiederaufbau zur Verfügung. Auch Teile der konservativen Wissenschaftler*innen waren bereit, die Zweite Republik mit aufzubauen. Ihrem Verständnis nach waren sie als «ehrenhafte Kollaborateure» von 1933 bis 1945 nur dabei gewesen, um das Schlimmste zu verhüten. Diese Nachkriegsgewinner nutzten die sogenannte Gnade der Stunde null, die unter dem Signum emphatischen Neubeginns in Wahrheit die Kontinuität konservativ bis reaktionär geprägter kultureller Hegemonie bewahrte. Mit Zustimmung auch der Gründungsväter der Bundesrepublik erwiesen sich deshalb die westdeutschen Bildungseinrichtungen spätestens nach 1948 wieder als ein Instrument ideologischer Stabilisierung, die vorgab, den Weg einer «neuen geistigen Gemeinschaft» (Eugen Rosenstock-Huussy) vorzubereiten. Weder war die Vergangenheit aufgearbeitet und zu Ende noch schien die Zukunft derart verheißungsvoll, dass man zu dem zunächst von den Alliierten verordneten Neuanfang hätte aufbrechen können oder wollen. Nicht wenige waren jedoch nach 1945 bereit, moralische Selbstkritik zu üben. Aber diese Einsicht war in der Regel mit einem Festhalten an tradierten Wertungen verknüpft und erklärt zugleich den widerspruchsvollen Weg «vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt», wie es Wolfgang Fritz Haug formuliert.⁵

Doch wer stand denn überhaupt für ein Schuldbekenntnis und für einen demokratischen Neuanfang zur Verfügung und wer wagte es, mit Alfred Weber zu fragen, ob wir Deutschen nach 1945 nicht erneut versagt haben, weil es uns nicht gelang, «Abschied von der bisherigen Geschichte» zu nehmen?⁶

Emigrant*innen unerwünscht

Noch vor Ende des Krieges hatten Melvin Laszky und Jürgen Kuczynski als linke jüdische Intellektuelle im Rang eines Obersten der US-Armee den Vormarsch der US-amerikanischen Truppen von Frankreich nach Deutschland durch Ruinenstädte begleitet und in ihrer alten Universitätsstadt Heidelberg das Gespräch mit Karl Jaspers und Marianne und Alfred Weber gesucht. Ihr Sonderauftrag bestand darin, die Möglichkeiten des Wiederaufbaus wie auch der Demontage zu prüfen. Dabei mussten sie schnell feststellen, dass die «Besatzungsmächte überall mit Befehlen herrschten: Wir hatten vier Militärdiktaturen, die wie so viele andere, von zivilen Kräften, natürlich auch in diesem Fall ausländischen, dirigiert wurden», so Jürgen Kuczynski.⁷ Auch die für den US-amerikanischen Geheimdienst OSS (Office of Strategic Services) und das US-Außenministerium arbeitenden Exilvertreter aus den Kreisen der Gewerkschaften und der Frankfurter Schule um Franz Leopold Neumann, Ernst Fraenkel, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse mussten sich weitgehend darauf beschränken, die politische Situation in Deutschland nach der Befreiung einzuschätzen und Vorschläge zur Demokratisierung für die Militärregierung vorzulegen. Und das auf der Grundlage der vier großen D's der anglo-amerikanischen Siegermächte: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demokratisierung.

Einige der nach Ende des Krieges zurückgekehrten Emigrant*innen erstickten dann auch «an Luftmangel, auch wenn man gewohnt ist an die immerhin schon recht filtrierte Nachrichtenfreiheit der nicht militärisch okkupierten Länder» – so die in Zürich vergeblich auf einen Lehrstuhl für Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg wartende entschiedene Schulreformerin Anna Siemsen.⁸ Und sie fährt mahndend fort: «Wir sind bedrängt von Not, wir sind bedroht von neuen

Katastrophen» durch die «noch immer mächtigen Kriegsgewinnler und Kriegshetzer, die Hass säen, indem sie Misstrauen predigen». «Wer nicht über 1918 redet, kann 1933 nicht verstehen!», urteilte der mit der französischen Militärregierung nach Deutschland zurückgekehrte Schriftsteller Alfred Döblin und fügte hinzu: Das «Sperrn gegen die Schulfrage» sei auch darauf zurückzuführen, dass die Okkupationen von 1945 eine neue Dolchstoßlegende ermöglichten.⁹ Döblin sah sich 1953 aus Enttäuschung über den kulturellen Niedergang in der französischen Besatzungszone gezwungen, das zweite Mal ins Exil nach Frankreich zu gehen.

Umerziehung als «mitbürgerlicher Auftrag»

Für nicht wenige der die Entwicklungen kritisch beurteilenden Deutschen war die Vergangenheit weder aufgearbeitet oder zu Ende, noch schien die Zukunft derart verheißungsvoll, dass man zu dem zunächst von den Alliierten verordneten Neuanfang hätte aufbrechen können oder wollen. Ganz zu schweigen von dem verweigerten Rückruf an die Exilant*innen. Und nicht wenige von ihnen sahen die Einheit der Volksbildung nach 1945 durch die Vielfalt der konkurrierenden Organisationen gefährdet. Der 1948 vorgelegte Bericht einer US-Erziehungskommission hatte dazu aufgefordert, die Erwachsenenbildung nicht allein auf die Volkshochschulen zu beschränken. Auch Gewerkschaften, Kirchen, Jugendgruppen und andere Organisationen sollten mit einbezogen werden. In der britischen Besatzungszone griff Kultusminister Adolf Grimme diese Initiativen auf und hoffte 1948, den traditionellen Gegensatz von bürgerlicher und sozialistischer Bildung durch die Gründung einer Kooperation von Volkshochschulen und Gewerkschaften in der Arbeitsgemeinschaft «Arbeit und Leben» überwinden zu können. Doch die Mehrheit erwartete von den wiedereröffneten Volkshochschulen eine sittliche

Erneuerung der Deutschen, keine politische Aufklärung und kein Schuldeingeständnis.

Ohne wirksame Gegensteuerung von Gewerkschaften und Arbeiterparteien konnten sich so auch die Erziehungswissenschaften in Westdeutschland rekonstruieren – auf der Grundlage ihres «mitbürgerlichen Auftrags». Ihr Ziel war es, die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse politisch und pädagogisch zu stabilisieren. Das von den West-Al-

litik rechtfertigte. Seine nach 1945 vollzogene Reue und Umkehr qualifizierte ihn zum einflussreichen Theoretiker einer «gesinnungsethischen Erziehung zur mitbürgerlichen Gesittung». Diese neue Karriere bereitete er als Leiter des Hamburger Verlags für Wirtschaft und Sozialpolitik vor, indem er nach 1945 die Schriften verfolgter Sozialist*innen herausgab, unter anderem Anna Siemsen «Einführung in den Sozialismus» und August Hennigs

«Kulturkrise». Nach 1970 dann verkündete er mit seinem alten Namen Theodor Wilhelm und als entschiedener Propagandist der CDU-Kampagne gegen die Bildungsreform den «Mut zur Erziehung». Still, aber

Die Mehrheit erwartete von den wiedereröffneten Volkshochschulen eine sittliche Erneuerung der Deutschen, keine politische Aufklärung und kein Schuldeingeständnis.

liierten vorgegebene Motiv der *Reeducation* erlebte in dem Selbstverständnis der Pädagogik eine Umwandlung: aus den Untertanen des totalen Staates zuverlässige Bürger*innen einer demokratischen Gesellschaft zu machen und sie an die Macht- und Herrschaftsverhältnisse einer kapitalistisch verfassten Gesellschaftsformation anzupassen und alle sozialistischen Neuordnungsvorstellungen aufzugeben. So wurde auch die Erwachsenenbildung ein Instrument ideologischer Stabilisierung. Als «Lebenshilfe» sollte sie den Menschen fähig machen, seine Zeit zu verstehen und sein Schicksal zu meistern. Wilhelm Flitner hatte 1947 als erster diesen Begriff für ein «neues Lehrfach» propagiert: «Lebenslehre» als «Utopie nach dem Debakel» und als Anknüpfung an das Lebenskundekonzept von Weimar.¹⁰ Den theoretischen Untergrund lieferte das Konzept des Kieler Pädagogen Friedrich Oetinger, der half, die mitbürgerliche Erziehung in den Schulen durchzusetzen. Vor 1933 und nach 1933 publizierte Oetinger unter dem Namen Theodor Wilhelm, wurde nach 1933 Herausgeber der *Internationalen Zeitschrift für Erziehung*, die Hitler verherrlichte und die Bücherverbrennung und die Judenpo-

wirkungsvoll trug er so erneut dazu bei, die Bonner Republik nach rechts – in die, wie er es nannte, «radikale Mitte» – zu rücken: mitbürgerliche Erziehung nicht mehr als Medium eines Kampfes, sondern als Einübung in die Partnerschaft, die im sozialen Gründungskompromiss der Bundesrepublik mit der Sozialpartnerschaft politisch abgesichert wurde. Jüngere Mitarbeiter*innen im Bildungsreich dagegen versuchten zusammen mit den älteren, an demokratischen Reformen interessierten Repräsentant*innen um Adolf Grimme und Heinz J. Heydorn, einen neuen Weg jenseits der verhängnisvollen Folgen der Gemeinschaftsorientierung und der starken Staatsfixierung der Weimarer Volksbildung zu finden, der 1933 in der Gleichschaltung der Kultur- und Bildungseinrichtungen kulminierte. Sie setzten dabei weniger auf das von den alliierten Besatzungsmächten von oben verordnete *Reeducation*programm, sondern kooperierten mit den Kräften, die an der Seite der ehemaligen Buchenwald-Häftlinge Hermann Brill und Eugen Kogon für die Erziehung und Bildung der Menschen zu politisch mündigen Mitbürger*innen plädierten. Sie regten jenen bildungspolitischen Prozess

an, der – auch unter dem Eindruck des sogenannten Sputnikschocks¹¹ von 1957 – in den 1960er Jahren in der von Georg Picht und Hellmut Becker geprägten Diskussion über die «Bildungskatastrophe» gipfelte. Becker, der 1956 zum Präsidenten des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV) gewählt worden war und später, 1963, Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung wurde, dessen Gründung auf seine Initiative zurückging, plädierte für ein fundamentales Umdenken in bildungspolitischen Fragen. So hatte er zum Beispiel Theodor W. Adorno eingeladen, den «Zweiten Deutschen Volkshochschultag» in Frankfurt am Main im Oktober 1956 mit einem Vortrag über «Erziehung zur Mündigkeit» zu eröffnen. Becker stieß damit auf den Widerstand des DVV-Vorstands und war nicht in der Lage, Adornos Auftritt auf dem Volkshochschultag durchzusetzen. Nicht verhindern konnte der Vorstand aber, dass die geplante Adorno-Rede in der Wochenzeitung *Die Zeit* publiziert wurde. Trotzdem behielt die konsensstiftende «mitbürgerliche Erziehung» zunächst Vorfahrt vor der «Erziehung zur Entbarbarisierung» bzw. der «Erziehung zur Mündigkeit nach Auschwitz», wie sie die Frankfurter Schule nannte. Nachdem 1964 die deutsche Bildungskatastrophe ausgerufen worden war,¹² konnte man nicht mehr verhindern, dass auch im Bildungsbereich mehr Demokratie gewagt wurde.

Mehr Demokratie wagen

Aus heutiger Sicht muss es erstaunen, dass viele der im Dienst der westlichen Siegermächte stehenden Sozialist*innen, Kommunist*innen und Gewerkschafter*innen äußerst selten einen Rückruf nach Deutschland erhielten – insbesondere die jüdischen Emigrant*innen, die das Versagen der Arbeiterbewegung von 1933 früh zum Thema gemacht hatten oder Opfer des Anpassungs- und Selbstgleichschaltungskurses der Gewerkschaften und der SPD geworden waren. Selbst promi-

nente jüdische Reichstagsabgeordnete der SPD oder Gewerkschafter wie Siegfried Aufhäuser, der den Allgemeinen freien Angestellten-Bund (AfA) bis 1933 geleitet hatte, warteten lange auf ein Angebot. Auch Willy Brandts temporäre Rückkehr war 1946 nur in norwegischer Uniform als Journalist möglich. Kurt Schumacher war in Hannover an einer raschen Mitarbeit der «Sappler», der Genossen aus der Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die 1931 aus der SPD ausgeschlossen worden waren, wenig interessiert. «Fritz Heine, der mit Ollenhauer aus London zurückgekehrt (und jetzt für die Pressearbeit) zuständig war, meinte, Leute wie ich – er nannte auch Richard Löwenthal – könnten sich zunächst draußen nützlich machen», berichtete Brandt über seine Rückkehr.¹³ Auch Gustav Dahrendorf, der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete und, nach 1945, Mitinitiator der Sozialistischen Einheitspartei (SED), teilte offen diese Meinung und glaubte als Sprecher des Zentralaussschusses der SPD am 12. Juni 1945 in Berlin darauf hinweisen zu müssen, dass die neu erstandene SPD «mit gewissen Erscheinungen der Emigranten-Politik» nichts zu tun habe: Niemand im Ausland sei berechtigt, für sie zu sprechen.¹⁴

Noch konsequenter gestaltete sich die Abwehrhaltung der Gewerkschaftsführung: Als es um die hauptamtliche Besetzung des gewerkschaftlichen Zonensekretariats ging – dem Vorläufer des späteren Bundesvorstands –, verweigerten mehrere Mitglieder des gewerkschaftlichen Zonenausschusses der britischen Zone ihre Zustimmung dazu, den jüdischen Emigranten und späteren DGB-Bundesvorsitzenden Ludwig Rosenberg einzustellen. Albin Karl erklärte als stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaften der britischen Zone auf der zweiten Tagung des gewerkschaftlichen Zonenausschusses am 30. Mai 1946 in Bielefeld, «dass es seiner Auffassung nach nicht richtig ist, die Kollegen aus der Emigration sofort in führende Stellungen

zu bringen [...]. Es kann und darf uns nicht daran gelegen sein, einen Mann, der eben 12 Jahre lang die Verhältnisse hier nicht verfolgt hat, in eine so wichtige Funktion zu bringen.»¹⁵

Konkretisieren wir diesen Zusammenhang an jüdischen Intellektuellen aus Berlin, die 1945 als Emigranten im Dienst des US-amerikanischen Außenministeriums nach Deutschland und Japan reisten und vor 1933 teilweise wichtige Funktionen in der Arbeiterbewegung innehatten: Die Starjuristen der Gewerkschaften vor 1933, Ernst Fraenkel und Franz L. Neumann, und der entschiedene Berliner Schulreformer Fritz Karsen, der ehemalige Leiter der Karl-Marx-Schule in Neukölln.

Neumann und Fraenkel hatten im Exil zwei bis heute grundlegende Faschismusanalysen vorgelegt. Ernst Fraenkels «Der Doppelstaat» erschien 1940, Franz L. Neumanns «Behemoth» 1942 bzw. 1944. Deutsche Übersetzungen dieser Standardwerke wurden erst 1974 bzw. 1977 veröffentlicht. Beide warteten wie viele andere darauf, von den Universitäten oder der Gewerkschaft zurück nach Deutschland gerufen zu werden. Erst 1953 erreichte Fraenkel ein Ruf als Professor an die Deutsche Hochschule für Politik der Freien Universität Berlin. Neumann, der 1943 die Leitung der Deutschland-Forschungsabteilung im US-amerikanischen Geheimdienst OSS übernommen hatte, setzte 1959 als bildungspolitischer Beauftragter des US-amerikanischen Außenministeriums nach 1945 die Einrichtung des Otto-Suhr-Instituts, als Nachfolge der Deutschen Hochschule für Politik, an der Freien Universität in Berlin durch. Er scheiterte jedoch zusammen mit anderen prominenten Repräsentant*innen des Bundes Entschiedener Schulreformer (Anna Siemsen, Fritz Karsen, Heinrich Deiters und Paul Oestreich) mit dem Auftrag, das deutsche

Bildungssystem in den Westzonen durch die Einführung der Einheitsschule grundsätzlich zu reformieren, um die bürgerlichen Bildungsprivilegien, in denen sie das entscheidende kulturelle Hemmnis zur Überwindung des deutschen Autoritarismus sahen, abzuschaffen. Die Sozialdemokraten Deiters und Robert Alt nahmen deshalb das Angebot an, den Kampf gegen das Bildungsmonopol in der Sowjetischen Besatzungszone fortzusetzen. Nachdem weitere Versuche, durch Demokratieerziehung «der Linken zum Erfolg zu verhelfen», durch die ins Leere laufende Entnazifizierung und das unzulängliche Interesse der Gewerkschaften verhindert wurden, verstärkte Franz Neumann seine Kritik am Reformismus der SPD und an der

**Dieser frühe Restaura-
tionsprozess ist
ohne die Mitwirkung
von Teilen der Gewerk-
schaftsführung nicht
zu erklären.**

Moskauorientierung der KPD. Er konnte nicht verhindern, dass die Entnazifizierung als Rehabilitierungsmaschine funktionierte, die Nazi-Sympathisant*innen und politische Gegner*innen von einst in wichtige Funktionen brachte. Westdeutschland entwickelte sich zu einer «Mitläuferfabrik» (Niethammer), ein in der Bundesrepublik lange tabuisierter zeitgeschichtlicher Skandal, der die Unzulänglichkeiten der *Reeducation* und die Kontinuität nationalistischer Denkweisen offenbart. 1947 eskalierte der Kalte Krieg und die westdeutsche Arbeiterbewegung stimmte, vertreten durch den Bundesvorstand des DGB und gegen das Votum des SPD-Vorstands, dem Marshall-Plan und der Truman-Doktrin zu. Kurt Schumacher sprach fortan von Adenauer als «Kanzler der Alliierten». Neumann, Fraenkel und Karsen zogen sich resigniert auf ihre Lehrstühle in die USA zurück und kritisierten den sozialdemokratischen Traditionalismus, der ein weiteres Mal in Gefahr geriet, das zu untergraben, was die Weimarer Arbeiterbewegung einst erreicht hatte.

Otto Brenner, der spätere Vorsitzende der IG Metall, hatte diese Entwicklung schon Ende 1947 kritisiert: Enttäuscht über den erneuten Niedergang der «marxistisch-wissenschaftlichen Grundhaltung» in der SPD und den Gewerkschaften schrieb der damalige Bezirksleiter in Hannover an seine SAP-Freunde in den USA, die auf einen Rückruf warteten: «Die marxistische Richtung, die, gestützt auf die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus von Marx und Engels, aus der SPD eine revolutionäre Partei machen wollen [...], befindet sich zur Zeit in der Defensive [...]. An den «Karl-Marx-Schulen» der Partei unterrichten Nicht-Marxisten [...]. Eine konsequente Schulpolitik ist nicht möglich, weil die Kulturpolitik von kirchenhörigen Parteimitgliedern gemacht wird [...]. Heute erkennt man mit Entsetzen, welche Kräfte durch die Farblosigkeit der Parteiführung und durch das Fehlen eines klaren Programms in den Vordergrund getreten sind. Nicht zuletzt ist die Vertrauenskrise, der Partei und Gewerkschaften ausgesetzt sind, auf diese Umstände zurückzuführen.»¹⁶

Dieser frühe Restaurationsprozess ist ohne die Mitwirkung von Teilen der Gewerkschaftsführung nicht zu erklären, was sich an dem bislang viel zu wenig aufgearbeiteten Kapitel der Arbeiterhochschulen in Westdeutschland nach 1945 konkretisieren lässt. Es muss verwundern, dass nach 1945 auch von einem Kultusminister und Widerstandskämpfer wie dem religiösen Sozialisten Adolf Grimme belastete Professoren an die (Reform-) Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rüstersiel berufen wurden, und dies unter dem Rektorat des Juristen, Antifaschisten und Sozialisten Wolfgang Abendroth, der kurz zuvor aus der Sowjetischen Besatzungszone nach Westdeutschland geflohen war. Zu den Berufenen gehörte unter anderem Walter Bogs, der von 1933 an ständiges Mitglied und später Senatspräsident an der Reichsversicherungsanstalt war und der 1949 Professor und Leiter des arbeits-

rechtlichen Instituts in Wilhelmshaven-Rüstersiel wurde. Auch ein Vertreter des öffentlichen Rechts wie Ernst Rudolf Huber gehörte dazu, ein Musterschüler von Carl Schmitt, der zunächst mit Berufsverbot belegt worden war. Auch die Karriere des Freyer- und Gehlen-Schülers Helmut Schelsky, des Gaustudentenführers, darf nicht vergessen werden: Ab 1935 im «Amt Rosenberg» als «Beauftragter des Führers zur Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP» zuständig, konnte Schelsky 1948 seine Tätigkeit an der von den Konsumgenossenschaften und den Gewerkschaften initiierten Hamburger Hochschule für Arbeit und Wirtschaft (später Akademie für Gemeinwirtschaft, dann Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, HWP) fortsetzen. Mit seiner Theorie von der «nivellierten Mittelstandsgesellschaft» lieferte er die ideologische Begründung dafür, dass die Gewerkschaften auf jeden Klassenkampf zu verzichten hätten und Sozialpartnerschaft anstatt Neuordnung angesagt sei. Die empirischen Materialien für diese Untersuchung, wie auch für sein Gutachten über Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend von 1952, stellte er im Auftrag des DGB-Bundesvorstands zusammen. Der Rückgriff auf das theoretische Konstrukt einer angeblich nivellierten Mittelstandsgesellschaft konnte sich nicht nur auf den Klassenkompromiss der Weimarer Republik berufen, sondern sah in der Bonner Demokratie seine Vollen- dung. Der «Abschied vom Proletariat» erlaubte den Verzicht auf Traditionen der Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur und begünstigte die Kooperation mit großen Teilen des Bürgertums. So ist es sicher kein Zufall, dass Schelsky in den 1960er Jahren, unter der sozialliberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen, zum Gründungsrektor der Reformuniversität Bielefeld aufstieg und eng mit dem damaligen Staatssekretär Hermann Lübke (SPD) kooperierte, einem Bewunderer von Carl Schmitt, der jedoch immer Distanz zu den Anhängern der Konser-

vativen Revolution wahrte und sich selbst als «ausgemachten Liberalen» kennzeichnete. Beide gehörten mit Fritz Borinski und Richard Löwenthal zu den Mitbegründern des konservativen Bundes Freiheit der Wissenschaften, der die notwendige demokratische Reform im Hochschulwesen seit den 1970er Jahren bekämpfte und sich für Berufsverbote einsetzte. Überhaupt haben die Soziologen, neben den Historikern, am stärksten dazu beigetragen, dass lange Zeit keine systematischen Versuche unternommen wurden, die Entstehung und den Sieg des Nationalsozialismus aus den gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen der Weimarer Republik zu erklären. Das blieb Emigrant*innen wie Franz L. Neumann überlassen. Dagegen dekretierte Leopold von Wiese, nach 1945 der erste Präsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, in seinem Vortrag zur Eröffnung des «8. Deutschen Soziologentages» von 1946: «Und doch kam die Pest über die Menschen von außen, unvorbereitet, als ein heimtückischer Überfall. Das metaphysische Geheimnis, an dem der Soziologe nicht zu rühren vermag.»¹⁷ Eine solche programmatische Gesinnung erleichterte die Wiedereingliederung der Schuldigen und Belasteten wie Karlheinz Pfeffer, der wie der spätere Staatssekretär von Kanzler Konrad Adenauer, Hans Globke, bei der Propagierung des Antisemitismus intensiv mitgewirkt hatte, unter anderem durch Beiträge in Theodor Fritschs «Handbuch der Judenfrage» und der Kommentierung der «Nürnberger Gesetze» von 1935. Schelsky verhalf ihm 1962 zu einer Berufung an die Universität Münster.

Erst Mitte der 1960er Jahre begann auf Anregungen linker Studentengruppen in der Bundesrepublik die Aufarbeitung des «deutschen Geisteslebens im Nationalsozialismus». Zur gleichen Zeit erschienen in der Europäischen Verlagsanstalt, mit Unterstützung der IG Metall, unter dem Titel «Politische Texte» unter anderem Nachdrucke der Werke von Rosa Luxemburg, Karl Korsch, Franz Leopold Neumann, August Thalheimer und Hermann Duncker (herausgegeben von Abendroth, Oertzen, Fetscher, Gerlach, Flechthelm und anderen), die einen linken Neuordnungsversuch in der Arbeiterbildung mit einleiteten.

1 Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe [1946], 3. Aufl., Wiesbaden 1947, S. 173 ff. **2** Ebd., S. 174. **3** Leo Baeck am 26.9.1959, zit. n. Meinecke, Stefan: Friedrich Meinecke. Persönlichkeit und politisches Denken bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Berlin 1995, S. 32. **4** Zur Verwendung des Gender-Sternchens in dieser Broschüre siehe Fußnote 2 auf S. 3. **5** Haug, Wolfgang Fritz: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Berlin 1987. **6** Weber, Alfred: Abschied von der bisherigen Geschichte [1946]. Alfred Weber Gesamtausgabe, Bd. 3, Marburg 1997. **7** Kuczynski, Jürgen: Reisen durch Deutschland. Ein unveröffentlichter Briefwechsel mit Anna Seghers, in: Wollenberg, Jörg (Hrsg.): Von der Hoffnung aller Deutschen. Wie die BRD entstand, Köln 1991, S. 64. **8** Siemsen, Anna: Vorwort, in: Siemsen, August: Die Tragödie Deutschlands und die Zukunft der Welt, Hamburg 1948. **9** Fiedeler, Hans [d. i. Alfred Döblin]: Der Nürnberger Lehrprozess, Baden-Baden 1946. **10** Flitner, Wilhelm: Schriften, Bd. 1, Hamburg 1982, S. 215 ff. **11** Als Sputnikschock lassen sich die Reaktionen der westlichen Staaten auf den ersten Start eines künstlichen Erdsatelliten Anfang Oktober 1957 durch die Sowjetunion beschreiben. **12** Georg Picht mahnte als Urheber dieses Begriffs 1964 in einer Artikelserie in der Zeitschrift *Christ und Welt* vor den Folgen der Defizite im Schul- und Bildungsbereich und plädierte für «Bildung als Bürgerrecht». **13** Brandt, Willy: Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982, S. 422. **14** Gustav Dahrendorf zit. n. Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher, Stuttgart 1995, S. 250 f. **15** Albin Karl zit. n. Weber, Hermann (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 6, Köln 1987, S. 379–383. Gemeint ist Ludwig Rosenberg, der spätere Bundesvorsitzende des DGB. **16** Otto Brenner zit. n. Grebing, Helga (Hrsg.): Lehrstücke der Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945–1949, Stuttgart 1983, S. 155. **17** Leopold von Wiese zit. n. Saueremann, Heinz (Hrsg.): Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologentages, 19.–21. September 1946 in Frankfurt am Main, Tübingen 1948.

ZUM WEITERLESEN

(NACH ERSCHEINUNGSJAHR SORTIERT)

Zum europäischen Kontext der Nachkriegszeit

Sassoon, Donald: One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century [1996], London/New York 2014.

Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 2000.

Eley, Geoff: Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000, Oxford 2002.

Lowe, Keith: Der wilde Kontinent: Europa in den Jahren der Anarchie 1943–1950, Stuttgart 2014.

Buruma, Ian: '45. Die Welt am Wendepunkt, München 2015.

Klassische Werke zur deutschen Nachkriegszeit

Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945–1952, Frankfurt a. M. 1970.

Schmidt, Ute/Fichter, Tilman: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–1948, Westberlin 1971.

Huster, Ernst-Ulrich/Kraiker, Gerhard/Scherer, Burkhard/Schlotmann, Friedrich-Karl/Welteke, Marianne: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt a. M. 1972.

Badstübner, Rolf/Thomas, Siegfried: Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln 1975.

Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung: Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945 [1976], 2. Aufl., Wuppertal 1995.

Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945: Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

Pirker, Theo: Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der «Restauration», Berlin 1977.

Deutscher, Isaac: Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1980.

Heydorn, Heinz J.: Konsequenzen der Geschichte. Politische Beiträge 1946–1974, Frankfurt a. M. 1981.

Söllner, Alfons (Hrsg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Bd. 1: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–1945; Bd. 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949, Frankfurt a. M. 1982.

Brusis, Ilse (Hrsg.): Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8. Mai 1945, Köln 1985.

Wollenberg, Jörg: 8. Mai 1945. Neugeordneter Wiederaufbau oder verhinderte Neuordnung? Eine Materialsammlung, hrsg. von der Universität Bremen, Fachbereich 12, Bremen 1985.

Hermand, Jost: Kultur und Wiederaufbau. Die BRD 1945–1965, München 1986.

Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, Berlin/Boston 1990.

Kießmann, Christoph: Doppelte Staatsgründung, Göttingen 1991.

Wollenberg, Jörg (Hrsg.): Von der Hoffnung aller Deutschen. Wie die BRD entstand 1945–1949, Köln 1991.

Brenner, Michael: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950, München 1995.

Kühnl, Reinhard/Spoo, Eckart (Hrsg.): Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten, Heilbronn 1995.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999.

Klassische Werke zu den Parteien und Gewerkschaften

Pirker, Theo: Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik 1945–1960 [1960], 2 Bde., Berlin 1979.

Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964 [1964], Berlin 1977.

Graf, William David: The German Left since 1945. Socialism and Social Democracy in the German Federal Republic, Cambridge/NewYork 1976.

Huster, Ernst-Ulrich: Die Politik der SPD 1945–1950, Frankfurt a. M. 1978.

Gurland, A. R. L.: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, hrsg. von Dieter Emig, Frankfurt a. M. 1980.

Olbrich, Josef/Schwarz, Hans Albert: Politik und Bildung: Arbeiterbildung nach 1945, Frankfurt a. M. 1991.

Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, 2. überarb. Aufl., Heilbronn 1992.

Neuere Werke zur deutschen Nachkriegszeit

Plato, Alexander von/Leh, Almut: «Ein unglaublicher Frühling». Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948 [1997], Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011.

Gedenkstätte Buchenwald (Hrsg.): Hier, ist Deutschland ... Von nationalen Kulturkonzepten zur nationalen Kulturpolitik, Weimar 1997.

Badstübner, Rolf: Vom «Reich» zur doppelten Staatsgründung. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999.

Echternkamp, Jörg: Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit 1945–1949, Zürich 2003.

Frei, Norbert: Hitlers Eliten nach 1945, München 2003.

Reichardt, Sven/Zierenberg, Malte: Damals nach dem Krieg. Eine Geschichte Deutschlands 1945 bis 1949, München 2009.

Milert, Werner/Tschirbs, Rudolf: Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland 1848–2008, Essen 2012.

Berger, Stefan (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung, Essen 2015.

Beutin, Heidi/Beutin, Wolfgang/Bleicher-Nagelsmann, Heinrich/Schmidt, Herbert/Wörmann-Ada, Claudia (Hrsg.): «Endlich unsrer Kraft zu trauen und sein schönes Leben aufzubauen». Hoffnung, Sehnsüchte und politische Vorstellungen zum Mai 1945, Mössingen-Talheim 2016.

Holze, Rainer/Voigt, Marga (Hrsg.): 1945 – Eine «Stunde Null» in den Köpfen? Zur geistigen Situation in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus (= Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte Bd. 2), o. O. 2016.

Fuhrmann, Uwe: Die Entstehung der «Sozialen Marktwirtschaft» 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse, Konstanz/München 2017.

Wollenberg, Jörg: Die andere Erinnerung. Spurensuche eines widerständigen Grenzgängers, Bremen 2017.

Brumlik, Micha: Demokratie und Bildung, Berlin 2018.

Boebel, Chaja/Heidenreich, Frank/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Neuanfang 1945. Belegschaften und Betriebsräte setzen die Produktion in Gang, Hamburg 2019.

Winkler, Willi: Das braune Nest. Wie die Bundesrepublik von früheren Nazis zum Erfolg geführt wurde, Berlin 2019.

Wollenberg, Jörg: Mehr Demokratie wagen, Kultur und Bildung wagen. Ein kritischer Blick auf 100 Jahre Volkshochschulen, Bremen 2019.

Aus Politik und Zeitgeschichte 4–5/2020: 1945, unter: www.bpb.de/apuz/303635/1945.

DIE AUTOR*INNEN

Gerd-Rainer Horn ist Professor für die Geschichte des 20. Jahrhunderts am Institut d'Études Politiques de Paris (Sciences Po). Er forscht zur transnationalen Geschichte sozialer Bewegungen im Kontinentalwesteuropa des 20. Jahrhunderts und hat Werke zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zum linken Katholizismus und zu «1968» veröffentlicht, zuletzt «The Moment of Liberation in Western Europe. Power Struggles and Rebellions, 1943–1948» (Oxford 2020). Auf Deutsch erschienen ist das von ihm und Bernd Gehrke 2007 im Hamburger VSA-Verlag herausgegebene Buch «1968 und die Arbeiter. Studien zum ‹proletarischen Mai› in Europa» (Neuaufgabe 2018). Kontakt: gerdrainer.horn@sciencespo.fr

Bernd Hüttner ist 1966 geboren. Er ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik am Historischen Zentrum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er publiziert zu Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der undogmatischen Linken, freien Archiven der sozialen Bewegungen, künstlerischen Avantgarden und Netzwerken vor 1933. Er ist zudem Mitglied des Vorstands der German Labour History Association (GLHA), der Historischen Kommission beim Parteivorstand DIE LINKE und des Internationalen wissenschaftlichen Beirates der ITH – International Conference of Labour and Social History. Mehr zur Person unter www.bernd-huettnr.de.

Keno Ingwersen ist 1994 geboren und studiert Lehramt in Hamburg.

Christoph Jünke lebt und arbeitet als freischaffender Historiker in Bochum. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher, u. a. «Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert» (Hamburg 2014) und «Leo Koflers Philosophie der Praxis. Eine Einführung» (Hamburg 2015). 2017 gab er die Anthologie «Marxistische Stalinismus-Kritik im 20. Jahrhundert» heraus, zurzeit arbeitet er an einer Biografie über Viktor Agartz. Kontakt: Christoph.Juenke@ruhr-uni-bochum.de

Arno Klönne (1931–2015) war Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Paderborn und ist bekannt geworden durch seine Forschungen und Publikationen zur Geschichte der sozialen Bewegungen und politischen Kultur der Bundesrepublik sowie durch seine Arbeiten zur deutschen Jugend vor, während und nach dem «Dritten Reich». Zuletzt erschien von ihm «Hoffnung in Trümmerjahren. Die junge Generation in Deutschland 1945–1949» (Erfurt 2015).

Johanna Kornell hat Geschichte in Hamburg studiert und engagiert sich geschichtspolitisch u. a. in der Initiative Dessauer Ufer in Hamburg.

Julia Lis, studierte Katholische Theologie, Deutsche Philologie und Osteuropäische Geschichte in Münster, Jerusalem und Krakau und arbeitet zurzeit als Geschäftsführerin am Institut für Theologie und Politik in Münster. Forschungsschwerpunkte sind Politische Theologie, Befreiungstheologie, Feministische Theologie und Schnittstellen zwischen Kirche und sozialen Bewegungen.

Gisela Notz lebt und arbeitet freiberuflich in Berlin. Sie ist Autorin und Herausgeberin zahlreicher Bücher, u. a. «Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte» (Neu-Ulm 2018); «Kritik des Familismus» (Stuttgart 2015), «Theorien alternativen Wirtschaftens» (2. Aufl., Stuttgart 2012).

Jörg Wollenberg ist 1937 geboren; ab 1957 studierte er an den Universitäten Hamburg, Göttingen und Paris. Ab 1965 war er pädagogischer Leiter bei «Arbeit und Leben» in Göttingen (bis 1971) und Leiter der Volkshochschule der Stadt Bielefeld (1971–1978) und des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg (1985–1992). Seit 1978 ist er Professor für Weiterbildung an der Universität Bremen – bis zum Ruhestand am 1. Mai 2002. Danach

u. a. Gründungsmitglied der Gedenkstätte Ahrensböök, Mitarbeiter und Referent in gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen und Volkshochschulen. Autor zahlreicher Veröffentlichungen u. a., «Die andere Erinnerung. Spurensicherung eines widerständigen Grenzgängers» (Bremen 2017) – mit ergänzender DVD u. a. über Ausstellungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zum NS-Widerstand mit Videos von Zeitzeugen, auch zur verhinderten Neuordnung nach 1945.

Christoph Jünke und **Gisela Notz** sind Mitglieder des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der seit seiner Gründung 2006 von **Bernd Hüttner** koordiniert wird.

Weitere Informationen unter www.rosalux.de/themen/geschichte.

Impressum

MATERIALIEN Nr. 32

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Gabriele Nintemann

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: März 2020

Titelbild: Freudenfeier in den Straßen von Marseille am 9. Mai 1945,
am Tage nach dem offiziellen Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa

Copyright: Fonds Julia Pirotte, Musée de la Photographie, Charleroi (Belgien)

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

«Der eigentliche Grund für das Fehlen einer offen revolutionären Herausforderung im Westeuropa der Jahre 1943 bis 1948 war das Fehlen quantitativ relevanter, offen revolutionärer politischer Kräfte. Und doch gab es auf dem ganzen Kontinent machtvolle soziale Basisbewegungen, die eine Herausforderung für das Fortbestehen des privatwirtschaftlichen Marktprinzips darstellten.»

GERD-RAINER HORN